

Ründigung. Mit einer Ründigung muß gerechnet werden. Zeit sie ein, so sind erste Verlegenheiten zu befürchten; zum mindesten ist eine erhebliche Steigerung der Miete zu erwarten.
Wir wissen nicht, wie groß die Familie des Frankfurter Generals ist. Darauf Rücksicht zu nehmen, ist auch gar nicht nötig. Denn bis zum Jahre 1917 wird er vermutlich längst einen Nachfolger erhalten haben. Schließlich kann den Steuerzahlern doch nicht zugemutet werden, auch noch dafür zu sorgen, daß die Söhne und Töchter der Generale möglichst angenehm wohnen möchten. Geradezu grotesk ist jedenfalls die Behauptung, daß in der schönen, reichen Stadt Frankfurt a. M. keine einzige Wohnung zu finden sein soll, die würdig und geeignet ist, einem preussischen General Unterkunft zu bieten. In einer Zeit, in der das Reich keine Mittel für die Arbeitslosen hat, wo Tausende heute nicht wissen, wo sie morgen das Brot für ihre Kinder hernehmen sollen, wäre es geradezu eine Bewissenlosigkeit, solche Ansprüche des Militarismus zu erfüllen.

Arbeitgeberterrorismus.

Die „Neue deutsche Töpfer-Zeitung“ vom 10. Februar enthält mehrere Belästigungen des Vorstandes. In der einen werden die Mitglieder darauf hingewiesen, daß die Abnahme bestellter Waren aus den Fabriken, die aus dem „Verband deutscher Töpfer- und Fabrikanten“ ausgehoben sind, mit Geldstrafen bis zu 1000 Mark geahndet werde. Eine andere Mitteilung lautet:

Verband der Arbeitgeber des Töpfer- und Eisenlegewerkes Deutschlands.

Wir weisen unsere Mitglieder ersichtlich auf die Bestimmungen des Gegenseitigkeitsvertrages hin. Die Verstöße gegen diesen Vertrag seitens unserer Mitglieder werden sich demnach, daß mit besonderer Schärfe auf die Einhaltung zu achten ist und Uebertretungsfälle sofort zur Anzeige gebracht werden müssen. Unsere Mitglieder dürfen nach dem Vertrage insbesondere: Nachwaren nur von Mitgliedern des Fabrikantenverbandes oder von solchen Händlern, die unserem Verbands angehören, kaufen!

Nachwaren nur an unsere Mitglieder abgeben!

Nur zu Verbandspreisen kaufen und abgeben!

Nur gestempelte Nachwaren verarbeiten!

Jede Uebertretung der Vertragsbestimmungen wird rechtsgültig mit hohen Strafen (bis zu 1000 M. eventuell noch höher) geahndet!

Wenn Fabrikanten und Händler aus dem Verbands mit Jahresabschluss ausgeschieden sind, braucht und darf gekaufte Ware von diesen nicht mehr abgenommen werden! Geschieht dies dennoch, so wird dies als Uebertretung bestraft.

Berlin, den 21. Januar 1914.

Der Vorstand

Hauwerth, 13.

O. Thiele, Vorsitzender.

Es wird also das Nichtbrechen eines Vertrages mit Geldstrafen bedroht. In ganz ähnlicher Weise geht eine Reihe anderer Arbeitgeberorganisationen vor. Und dennoch wird wegen solchen Terrorismus, der alle Tatbestandsmerkmale der Erpressung enthält, nicht vorgegangen. Wie die Denkschrift der Regierung solche Terrorismuskulte aus industriellen und landwirtschaftlichen Arbeitgebern enthalten?

Politische Uebersicht.

Und noch einmal Klassenjustiz.

Aus dem Reichstag, den 17. Februar: Zu Beginn der heutigen Sitzung wurde eine kleine Anfrage des Genossen Reichmann, die sich auf Kachauschüsse für die Tabakindustrie bezog, mit dem üblichen bürokratischen Hinweis auf die noch nicht abgeschlossenen Vorarbeiten „erledigt“. Dann kamen die zurückgestellten Abstimmungen zum Etat des Reichsamts des Innern an die Reihe. Zweimal mußte zum nicht geringen Gaudium der Abgeordneten dabei von der segensreichen Einrichtung des „Hammelsprungs“ Gebrauch gemacht werden. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Zentrumsleute wurden die von der Budgetkommission gestrichenen 46 000 Mark zur Unterstützung der olympischen Spiele bewilligt. Sämtliche sozialdemokratischen

Aus Bebel's Leben.

II.

Während das Schiff der Sozialdemokratie im Sturm des Ausnahmegerichtes auf den entfestigten Wogen umhergeschleudert wurde, entschied sich Bebel scharf für jene Taktik, nach der noch heute die Partei ihre Schlachten schlägt: für eine praktische Politik, die aus dem Tag für den Tag herauszuschlagen sucht, was eben herauszuschlagen geht, aber nie das Endziel aus dem Auge läßt und keinen Fuß breit vom Boden der Prinzipien abweicht. Dieser Taktik freie Bahn zu schaffen, galt es Widerstände von zwei Seiten zu überwinden. Links fanden Leute wie Kost und Haffelmann, die alles Augenmaß verloren hatten, die an jedem Morgen doppelt so rabiat aufstanden, als sie sich am Abend zuvor niedergelassen hatten und die statt des Parlamentarismus den Dolch und die Bombe der Propaganda der Tat empfahlen. Rechts dagegen hatte Bebel es mit anglichscheren Naturen zu tun, die für das Temporisieren waren und von der Gründung eines Parteiblattes im Ausland ein verärgertes Vorgehen der Behörden gegen die Sozialdemokratie befürchteten und ihre Öffnung auf schnelle Aufhebung des Gesetzes zu Wasser werden sahen. Endlich herrschte über wichtige Dinge eine bedenkliche Unklarheit in der Fraktion und Partei. So war, als es sich um die Stellung zu Bismarck's Schutzgesetzgebung drehte, Auer wütender Schutzadler, Weid und Blas ebenso wütende Freischützer, während Höchberg für unbedingten Freihandel, Bernstein für bedingten Schutzvoll eintraten und Kahfer sogar im Reichstag eine sehr unglückliche Rede für den Eisenloß gehalten hatte.

Einmal um ein Organ des Zusammenhalts in der Partei zu schaffen, dann um den Freiberatern der von Kost in London herausgegebenen „Freiheit“ entgegenzuweichen, und zum dritten, um für prinzipielle Klärung zu sorgen, wurde die Gründung eines offiziellen Parteiorgans in Zürich beschlossen: Das war der „Sozialdemokrat“. Ueber die Redaktionsführung des neuen Blattes, über die Spaltung der Fraktion in der Schutzgesetzfrage wie über den Rechenschaftsbericht der Fraktion entspann sich bald ein Zweifelskampf mit Friedrich Engels, mit dem Bebel in händigem Briefwechsel stand. Engels befürchtete, daß Klammacher wie Schramm und Höchberg auf das Züricher Blatt zu weitreichenden und verhängnisvollen Einflüssen ausübten, was ungehalten, daß die Fraktion, da sie nun einmal gespalten war, die Schutzgesetzfrage nicht für eine reine Bourgeoisfrage erklärt und sich nicht der Abstimmung enthalten hatte und tabelle, daß der sonst gute Rechenschaftsbericht der Fraktion vor der öffentlichen Meinung, die in Deutschland stets die des Vierhunderters sein wird“, den Hut abnehme und so den Klassencharakter der Bewegung vermissen. Aus den abgedruckten Briefen von Bebel und Engels, die zu anziehenden Teilen des dritten Bandes gehören, läßt sich in interessanter Weise das Verhältnis zwischen dem großen Taktiker und

Resolutionen dagegen, die eine Erweiterung der sozialpolitischen Gesetzgebung ins Auge faßten, wurden von der „Arbeiterfreundlichen“ Mehrheit des Hauses abgelehnt.

Bei der Fortsetzung der Beratung des Reichsjustizamts schwingt sich der Staatssekretär Dr. Wiss über heute aus, indem er in seiner hilflosen Art einiges und doch nichts sagte, es kluglich vermied, auf die vom Genossen Dr. Cohn erhobenen Vorwürfe einzugehen und lebhaft um die Bewilligung des im vorigen Jahre abgelehnten Reichsamts bat. Dann kam der wadere Freisinnsmann Dr. Blah, der ein paar an sich gute Gedanken mit seinem Fortschrittspathos übergoß, und es hat gerade keine überzeugende Beweisraft, wenn dieser brave Spießer den Ruf „nach Freiheit der Kunst und nach wahrer Durchbildung des Menschen zu höherer Sittlichkeit“ erhebt. Der konservative Soltschke, dem natürlich der Vorwurf der Klassenjustiz in der eingeschränkten Form unberechtigt erscheint, wirkte wie ein langweiliges Echo des langweiligen Dr. Wiss, und der durchsichtige freikonservative Anwalt Mertzin plädierte gegen die freie Advokatur und führte bewegliche Klage, daß der Staatsanwalt seinem Fraktionsfremde — doch halt eine freikonservative Fraktion gibt es ja nicht —, also seinem Parteifremde v. Liebert bei seiner Fehde gegen das „Berliner Tageblatt“ nicht hilfreich beizugehen sei.

Wir sind durchaus keine Freunde jener Art parlamentarischer Verichterstattung, die allemal mit dem Auftreten des Redners der eigenen Partei die Debatte ihren Höhepunkt erklimmen läßt. Aber wenn man feststellt, daß die Rede des Genossen Dr. Landsberg den Höhepunkt der heutigen Debatte darstellte, so ist das eben nur eine Feststellung und keine Uebertreibung. In einer klugen und überlegenen Art, dabei scharf in der Sache, maßvoll in der Form, sagte er, was zur Freiheit der Advokatur, zu den nationalliberalen Strafrechtsverbesserungsanträgen und zu dem unerschöpflichen Thema Klassenjustiz zu sagen war. Während seiner ganzen Rede hatte er das Ohr des Hauses, und als er mit geradezu niederwachtenden Bemerkungen für das Wanken einer Klassenjustiz aufwartete, wogte ihn auch nicht ein Zwischenruf der Herren von der Rechten zu stören.

Desto flauer wurde die Stimmung — alles rennet, rettet, flüchtet —, als Herr Well, ein unbedeutender Wichtiguer des Zentrums, seine offnen Kamellen auszupacken begann und auch den Drang in sich fühlte, sich an der Sozialdemokratie zu reiben. Zum Schluß gab es ein paar persönliche Bemerkungen.

Zwischendurch hatte, damit wir der Pflicht des Chronisten vollauf genügen, irgendein Antisemit irgendwann irgendwas gequaselt.

Morgen: Fortsetzung der Beratung des Justizetats. Für die Sozialdemokratie wird Genosse Heine sprechen.

Der Wahlkampf in Vorna-Pegau.

Mit begreiflicher Spannung sieht man allenthalben dem Ausfall der auf den 17. März angeetzten Nachwahl im 14. sächsischen Wahlkreis, Vorna-Pegau, entgegen. Der Wahlkampf ist bereits in größter Festigkeit entbrannt, hat aber seinen Höhepunkt noch nicht erreicht. Der Reichsverbandsgeneral v. Liebert zieht von Dorf zu Dorf und mimt in seinen Reden den gemäßigten Politiker. Die Anpöbelung der Sozialdemokratie überläßt er seinen Trabanten, die sich rüdelweise in dem Wahlkreis umhertreiben. Diese teilweise sehr launischen Existenzen bezeichnen sich mit Vorliebe als „Redakteure aus Berlin“. Der Reichsverband scheint sonach seine Helfershelfer zu „Redakteuren“ zu ernennen. An Fliegelschiffen sind die meisten dieser „treu-deutschen Wittbänger“ nicht fehlen. In Vorna trieb es einer dieser Herren so arg, daß die Versammlung fast einstimmig beschloß, ihn nicht mehr weiter anzuhören zu wollen. Am nächsten aber sind die Reichsverbändler auf die Nationalliberalen, weil diese einen eigenen Kandidaten aufgestellt haben, anstatt dem Herrn v. Liebert Schlepenträgerdienste zu leisten. Wie weit dieser Haß der Reichsverbändler geht, ist aus einer Feststellung zu entnehmen, die das Organ des nationalliberalen Landesverbandes für das Königreich Sachsen, die „Sächsische Umschau“, getroffen hat. Das Blatt teilt nämlich mit, daß konservative Grundbesitzer und andere Honoratioren bereits erklärt haben: Wenn

dem großen Theoretiker der Partei ableiten. So tief Ehrfurcht Bebel für die Altmeister des wissenschaftlichen Sozialismus hegte, so wenig dachte er daran, sich in allen Fällen ihrer Auffassung der Dinge ohne weiteres anzupassen, sondern er prüfte selbst und wo seine Anschauung von der ihrigen abwich, entschied er nach eigenem Ermessen, denn „für“, schrieb er nach London, „kann Euch eben dort von der Situation hier keine rechte Vorstellung machen, und da legt Ihr eben einen ganz anderen Maßstab an und kritisiert, wie innerhalb Deutschlands keinem zu kritisieren einfällt“, und er, der sich in seiner Fühlung mit den Massen wußte, murte wohl gar gelegentlich über die „Rögelei“ der Londoner. So beruhigte er denn auch in dem besonderen Fall Engels, was den Einfluß von Schramm und Höchberg anging, verteidigte die Stellung der Fraktion in der Schutzgesetzfrage: „Wir werden, solange wir parlamentarisch mittun, uns in der reinen Negation nicht halten können, die Rasse verlangt, daß auch für das Heute gesorgt werde, unbeschadet dessen, was morgen kommt“, und erklärte zu dem Vorwurf der Rücksichtnahme auf die „öffentliche Meinung“, mit der Taktik, sich möglichst vorsichtig zu benehmen, um den Gegnern die Gelegenheit zu wirksamen Angriffen zu verleiden, vergebte man sich gar nichts, niße aber sehr viel. Dieser Zwiepsalt, bei dem beide Recht hatten, Engels insofern, als er bevor warnte, dem Teufel den Keinen Finger zu reichen und Bebel, als er genau wußte, wie weit er zu gehen hatte, wurde auch durch weitere Briefe nicht überbrückt, aber als im Dezember 1880 Bebel mit Bernstein in seinen „Kanonagang“ nach London antrat, als ein Gleicher unter Gleichen aufgenommen von Marx und Engels, da waren die Unstimmigkeiten schnell ausgeglichen und auch an der Haltung des „Sozialdemokrat“ unter Bernsteins hatten die Londoner fürder nichts mehr auszuheben.

Der Vertrieb des „Sozialdemokrat“ ging nun von Zürich aus unter der Leitung des „roten Feldpostmeisters“ Motzeler munter voran. Von Motzeler, dem er vor sieben Jahren die Trauerrede halten mußte, entwirft Bebel in seinem Buch eine liebevolle Federzeichnung als von einer geborenen Dichter- und Künstlernatur und einem genialisch angelegten Menschen, der die Welt stets anders sah, als die anderen. Daneben hatte sich ein ganzer Generalstab tüchtiger Kräfte eingefunden. Richard Fischer, Tauscher, Derossi, Kaustz und Heinrich Schlüter und im „Möhrenklub“ fand man sich zuweilen auch mit Peter Karageorgewitsch zusammen, der heute auf dem serbischen Königsthron sitzt.

Während sich im Herbst 1880 56 Vertreter der deutschen Partei auf dem Schloß Wöden in der Schweiz zu einem Parteitag zusammenfanden, auf dem einmal die reinliche Scheidung mit den Rosa und Haffelmann vollzogen und zum andern die von Bebel vertretene Parteitaktik ausdrücklich gebilligt wurde, ging das Schandgesetzkrieg seinen Gang weiter. 1880 noch wurde der kleine Belagerungszustand über Hamburg-Altona verhängt, im folgenden Jahre verlängerte die Reichstagsmehrheit das Gesetz um drei Jahre und der „Kleine“ suchte Leipzig heim. Als Antwort auf die Aus-

Herr v. Liebert in der Stichwahl ausfalle, nicht den von der Volkspartei unterstützten nationalliberalen Kandidaten, sondern entweder den Sozialdemokraten wählen zu wollen oder Bekehr bei Fuß zu stehen. Das parteiamiliche Blatt erbietet sich, seine Behauptung durch Nennung der Namen eventuell zu beweisen.

Daß die konservativen Staatsräten das Gesetz haben, erscheint recht glaubhaft; daß sie aber auch so handeln werden, ist nicht wahrscheinlich. Immerhin ist es interessant, zu hören, daß Reichsverbändler den Nationalliberalen die Unterstützung der Sozialdemokratie androhen! Unsere Parteigenossen sind natürlich rastlos tätig. Sätze stehen in großer Anzahl zur Verfügung, und man glaubt annehmen zu dürfen, daß wir den Kreis im ersten Ansturm erobern.

Keine Neuauflage des Kölner Gewerkschaftsprozesses.

Wie bürgerliche Blätter melden, hat Rechtsanwalt Schreiber im Auftrage der christlichen Gewerkschaften die Berufung, die in dem bekannten Gewerkschaftsprozess gegen sozialdemokratische Redakteure eingelegt wurde, zurückgezogen.

Es ist begreiflich, daß den christlichen Gewerkschaften unter den jetzigen Verhältnissen an einer Neuauflage des Prozesses nichts gelegen ist.

„Geschäftsführer der staatsbehaltenden Parteien“.

In der hessischen Zweiten Kammer bezeichnete sich feinerzeit der Minister des Innern v. Homberg als den „Geschäftsführer der bürgerlichen Parteien“. Diesem Beruf gerecht zu werden, bemüht sich nicht nur der Herr Minister selbst, sondern auch seine nachgeordneten Dienststellen. Einen Beweis dafür bietet die Mainz Stadterordnetenwahl. In Mainz stieg am 4. Dezember bei der Stadterordnetenwahl die Liste der sozialdemokratischen Partei. Die unterlegene ultramontan-nationalliberale Koalition schloß die Wahl an. Der Kreisaußschuß wies am 30. Januar den Einspruch zurück und erklärte die Wahl für gültig. Die Abgewiesenen legten Berufung beim Provinzialaußschuß ein und auch der Vorsitzende des Kreisaußschusses schloß sich der Berufung gegen sein eigenes Urteil an. Diese Berufung hat zunächst die Wirkung, daß die aus der Stadterordnetenversammlung hinausgewählten schwarzblauen Stadterordneten noch einige Monate über ihre gesetzliche Zeit amtierend. Ferner aber werden infolge der Wahlankündigung des Kreisrats auch ein Teil der nicht unerheblichen Gerichtskosten der Wahlankündigung auf den Staat übernommen werden. — So sorgt der Staat für die Wahlklasse der „staatsbehaltenden Parteien“.

Aus dem elsass-lothringischen Landtag.

Im elsass-lothringischen Landtag fand am Dienstag bei der Beratung des Etats als erster Punkt auf der Tagesordnung die Streichung von 25 Proz. des Unterstützungsfonds. Hierbei führte der Zentrumsabgeordnete Pauh aus, daß vielfach Mißbrauch mit dem Unterstützungsfonds getrieben worden sei. So sei ihm bekannt, daß ein Beamter, der 6000 M. Gehalt habe, allein 1300 M. Zuschuß im Jahre erhalte. Ein anderer Beamter habe das Unterstützungsgeld für eine Ladereise verwendet können, während andererseits Gelder aus dem Unterstützungsfonds dazu benutzt worden seien, um bei Wahlen unbequeme Kandidaten zu bekämpfen.

Die Liberalen und die Lothringer waren für Verbeibaltung des alten Fonds, während die sozialdemokratische und die Zentrumsfraktion für Streichung der 25 Proz. eintrat, die dem Fonds der ehemaligen Beamten und ihrer Hinterbliebenen zugewiesen werden sollen. Dieser Antrag auf Streichung der 25 Proz. wurde in der Abstimmung angenommen.

Es folgte dann die Beratung des Etats des Statthalters, wobei der Genosse Emmel an die Regierung verschiedene Fragen stellte, vor allem die, ob es wahr sei, daß der Reichsanwalt im preussischen Abgeordnetenhaus erklärt habe, daß der Kaiser, nicht der Statthalter, wie die Verfassung es vorschreibe, die Bundesratsstimmen und die elsass-lothringischen Bundesratsbevollmächtigten instruiere. Er fragte hierbei die Regierung, was der Statthalter getan habe, um diese dem verfassungsmäßigen Verhalten entgegenstehende Erklärung des Reichsanwalters zu korrigieren.

Der neue Staatssekretär v. Roeder erwiderte sofort dem Abg. Emmel und erklärte, daß der Statthalter die Vertreter im Bundesrat instruiere. Die betreffende Rede des Reichsanwalters im preussischen Abgeordnetenhaus liege ihm nicht vor. Eine Uebersicht über die Instruktion der Bevollmächtigten für den Bundesrat, die vom Statthalter vorgekommen werde, sei praktisch nicht möglich und könne deshalb dem Hause auch nicht unterbreitet werden.

weisung Bebel aus seinem Wohnort entsandten ihn die östlich von Leipzig im Belagerungsgebiet wohnenden Arbeiter in den sächsischen Landtag, wo er bald den so Kleinlichen wie tüchtigen Nachhabern vom Schlege eines Rositz-Wallwitz die Hölle ordentlich heiß machte. Bei der Reichstagswahl des gleichen Jahres unterlag er dagegen in Dresden und auch im 4. Berliner Kreis, weil er sich die Stichwahlhilfe der Elbetrainer nicht durch Jugendschändnisse an ihr „christlichsoziales Reformprogramm“ erlauben wollte. — Lieber 3000 ehrlich gewonnene als 30 000 erkaufte Stimmen! Die Dresdener Wahl aber trug ihm nicht nur eine Anklage wegen angeblicher Beleidigung des Bundesrats zu, die ihm nachher zwei Monate Gefängnis einbrachte, sondern gab den sächsischen Politgelehrten auch Gelegenheit zu einem niederträchtigen Streich. Als Bebel sich nämlich während des Verfahrens auf eine Geschäftsreise begeben mußte, teilte er dem Gericht diese Absicht samt der Bemerkung mit, in der Pfingstwoche werde er bestimmt in Dresden sein. Als er nun am Pfingstmontag mit seiner Tochter auf der Prähistorischen Terrasse lustwandelte, wurde er verhaftet und zwar auf Antrag der Strafammer mit Berufung darauf, daß „der Angeklagte seiner eigenen Angabe nach einen festen Wohnsitz im Lande nicht habe.“ In Wirklichkeit kam es den sauberen Dienern der sächsischen Gerechtigkeit nur darauf an, dem verhassten Gegner und seiner Familie das Pfingstfest zu verderben, denn am Dienstag wurde der Inhaftierte prompt entlassen.

Das Jahr 1882 brachte wieder eine Reihe von Unstimmigkeiten, in deren Entwirrung Bebel kräftig eingriff. Bei der sogenannten Begründung der Verlängerung des Ausnahmegerichtes hatte die Regierung sich auch auf Platte aus dem „Sozialdemokrat“ gestützt und die Redner der Fraktion, der Bebel jetzt nicht mehr angehört, hatten das Züricher Blatt abgeschüttelt. Der „Sozialdemokrat“ wehrte sich gegen dieses Vorgehen und es gab böses Blut haben und drüben. Dazu hatte Vollmar im „Sozialdemokrat“ Artikel veröffentlicht, in denen er die Partei aufforderte, sich offen als Feind des bürgerlichen Eigentums, der bürgerlichen Ehe, der christlichen Religion und der ganzen bestehenden Ordnung zu erklären. Die einen billigten, die anderen tadelteten diese Artikel. Bebel, so sehr er ihre prinzipielle Korrektheit anerkannte, bekämpfte sie doch, weil er sie für taktisch falsch hielt. All diese Meinungsverschiedenheiten lieferten reichlich Stoff für eine Konferenz, die vom 19. bis 21. August 1882 in Zürich tagte und die durch rüchhaltige Aussprüche wie ein reinigendes Gewitter wirkte. Dann kamen wieder „Aufsätze“ für Bebel, im Leipziger Gefängnis nämlich, das er Anfang November 1882 aufsuchte, und mit der Beschreibung dieser „Aufsätze“ bricht auch das Buch ab: der große Ruhetag war gekommen und hinderte ihn an der Fortsetzung.

Daß diese rastlose Hand die Feder nicht weiter führen konnte, rüdt uns den Verlust unseres großen Führers heute noch einmal besonders schmerzhaft nahe, aber zugleich erfüllt es uns mit Dankbarkeit, daß sie wenigstens über die Hälfte den Entwidlungsgang eines reichen und seltenen Lebens niederzeichnen durfte, das in jedem seiner Abschnitte so groß wie rein war und so rein wie groß.

Deutsche Gesellschaft für Welthandel.

Wie wir berichteten, hat sich vor kurzem eine Deutsche Gesellschaft für Welthandel gegründet. Es schien sich dabei zunächst um die Schaffung einer Vereinigung zu handeln, die ähnlich wie bereits bestehende Organisationen (Der deutsch-französische Wirtschaftsbund, der deutsch-russische Verein u. a.) Fragen des wirtschaftlichen Verkehrs behandeln würde.

Im Abgeordnetenhaus hat der internationalistische Abgeordnete Fuhrmann bereits angedeutet, daß beide Verbände nun auch in anderen Lebensfragen der Industrie zusammengehen werden: Wir sehen zum ersten Male die Tatsache, daß auf einem wichtigen industriellen Gebiete diese beiden großen, sich oft feindenden Verbände (Zentralverband und Bund der Industriellen) zusammengefunden haben, und wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß dies der erste Schritt auf einem Wege sein möge, um diese großen Interessenverbände der Industrie auch in anderen Lebensfragen der Industrie zusammenzuführen.

Eine neue Berliner Schnellbahngesellschaft.

Am 17. d. M. wurde von der A. E. G. in Gemeinschaft mit den A. E. W. die A. E. G. Schnellbahn Aktiengesellschaft errichtet. Die neue Tochtergesellschaft der A. E. G. übernimmt den Vertrag der A. E. G. mit der Stadt Berlin betreffend die Anlage einer elektrischen Hoch- und Untergrundbahn (Sesunbrunnen-Neukölln). Die Gesellschaft hat ein Aktienkapital von 22 1/2 Millionen Mark 4-prozentiger Vorzugsaktien und 20 Millionen Mark Stammaktien und ist berechtigt, 4 1/2 Millionen Mark vierprozentige Schuldscheine auszugeben, deren Verzinsung und Amortisation von der Stadt Berlin gewährleistet sind.

Der Oeltrust in China.

Die chinesische Regierung hat vor kurzem die Erschließung der Oelfelder in Nordchina an die Standard Oil Company (Petroleumtrust) übertragen. Ursprünglich verlangte sie als Gegenleistung für die Konzession ein Darlehen von drei Millionen Pfund. Da aber das Ausleihen von Geld nicht zu den Geschäften der Standard Oil Company gehört, einigte man sich dahin, daß China kostenlos 7 1/2 Prozent der Aktien der Tochtergesellschaft erhalten sollte, die zur Ausbeutung der Konzession von dem amerikanischen Trust gegründet werden wird, ferner das Recht, innerhalb zweier Jahre weitere 7 1/2 Prozent der Aktien zu kaufen. Der Vertrag schließt das Recht in sich, zur Erschließung der Felder Rohrleitungen zu legen und Bahnen zu bauen. Diese Bestimmung, soweit sie sich auf Bahnen im östlichen China bezieht, erregt großes Mißfallen bei Japan.

Der Metropolyast wird von dem Aktienbauverein „Unter den Linden“ übernommen. Der Übernahmepreis beträgt sechs Millionen Mark. Zwei Millionen werden davon bar ausgezahlt; der Aktienbauverein erhöht zu dem Zweck um den gesamten Betrag sein Aktienkapital. Die auf dem Grundstück ruhenden Hypotheken in Höhe von vier Millionen Mark sollen stehen bleiben.

Die Hoch- und Untergrundbahn beabsichtigt eine Erhöhung ihres Kapitals um 20 Millionen durch Ausgabe von Vorzugsaktien, die mit 5 Prozent verzinst werden sollen. Die Erhöhung erfolgt für den Bau der neuen Strecke Weißbuck-Wittenbergplatz und für den Ausbau der neuen Strecken im Norden und Westen.

Letzte Nachrichten.

Aufgehoben — nicht aufgehoben.

London, 17. Februar. Im Unterhaus richtete Fred Hall an den Ersten Lord der Admiralität, Winston Churchill, folgende Anfragen: Erstens, ob die Erklärung des Staatssekretärs des Reichsmarineamts in der Budgetkommission des Deutschen Reichstags vom 4. Februar, des Inhalts, daß von Großbritannien hinsichtlich der Einschränkung im Schiffbau noch keine positiven Vorschläge an Deutschland gemacht worden seien, daß aber solche Vorschläge, wenn sie gemacht werden würden, wohlwollend geprüft werden würden, die Aufmerksamkeit Churchills gefunden hätte; zweitens ob Churchill erklären wolle, welcher Art die Deutschland gemachten Mitteilungen wären, in welcher Form und wann sie erfolgt wären.

Churchill antwortete darauf schriftlich, daß dieser Gegenstand nicht geeignet für eine Diskussion in Form von Frage und Antwort sei. Soweit es das öffentliche Interesse erlaube, werde er selbst oder Sir Edward Grey die entsprechenden Mitteilungen bei Beratung des Marinebudgets machen.

Pardon wird nicht gegeben.

Babern, 17. Februar. (B. Z. B.) Als am 24. Januar der Refru, der seinerzeit wegen unbefugter Bekanntgabe dienstlicher Mitteilungen an die Presse beziehungsweise wegen Unterschreitens der bekannten Mitteilung an den „Eisäcker“ mit 48 Tagen Mittelarrest bestraft worden war, vor Ablauf seiner Strafe aus der Haft entlassen wurde, wurde gemeldet, daß er begnadigt worden sei. Jetzt stellt sich heraus, daß er lediglich damals wegen seines Gesundheitszustandes die Arreststrafe unterbrechen durfte. Ein am 7. Januar von seinem Vater eingereichtes Gnadengesuch ist nicht befürwortet worden und so muß er jetzt den Rest seiner Strafe abtun.

Schiffsunglück an der Ostküste Nordamerikas.

New York, 17. Februar. (B. Z. B.) Bei Wellfleet (Massachusetts) ist die italienische Bark „Cosiagna“ heute früh um 8 Uhr an der äußeren Barre bei Cap Cod gescheitert, acht Mann der Besatzung wurden gerettet, fünf Mann mit Einschluß des Kapitäns sind umgekommen.

Revision der neuesten sozialpolitischen Gesetzgebung vorgenommen und die Reichsbeitragssteuer befreit werden. Eine starke Regierung könne das machen, wenn sie nur wolle.

Den gleichen Geist atmeten die Ausführungen eines Professors Walbenhauser über den Arbeitswilligenschuß und die Arbeitslosenversicherung. Er verlangte, daß, wenn ein Mann heute einen Streikverstoß begangen hat, müsse er morgen abgetrennt werden. Belästigungen durch Streikposten sollen von vornherein unmöglich gemacht werden. Ein Debatteredner, der nicht ohne weiteres jeden Streik beurteilen wollte, wurde von der Versammlung sofort heftig unterbrochen und fand erst dann wieder ruhige Zuhörer, als er wenigstens zugestand, daß auf dem Lande jeder Streik unter allen Umständen unzulässig sei. Der Landtagsabgeordnete Reher-Kottmannsdorf brachte die Debatte dann wieder auf das richtige Niveau, als er die Arbeitslosenversicherung als Vorbereitung zur Revolution bezeichnete.

Schwindel. Die „Post“ und die „Rheinisch-Westfälische Zig.“ erzählten unlängst, der Demokrat v. Gerlach hätte sich dem Parteivorstand als Redakteur angeboten und dieser hätte bei der „Erfener Arbeiterzeitung“ deshalb angefragt. Die Erfener Sozialdemokraten hätten aber dieses Angebot abgelehnt. Diese ganze Nachricht ist eine glatte Erfindung.

Spanien.

Ein royalistischer Subversivkreis.

Barcelona, 17. Februar. Eine Anzahl jugendlicher Anhänger des Präsidenten Don Jaime drang gestern in die Räume des Blattes „El Reuex“ ein und gab vier Schüsse auf den Direktor und den Redakteur ab, die leicht verletzt wurden. Den Anlaß zu dem Ueberfall hatte eine Karikatur gegeben, die in dem Blatte erschienen war. Sie stellte den Sohn des Führers der Jaimeisten Arm in Arm mit dem Führer der Radikalen Lerroux dar.

Schweden.

Das neue Ministerium.

Stockholm, 17. Februar. Das neue Ministerium ist in der bereits gemeldeten Zusammensetzung ernannt worden. Die verlautet, beabsichtigt es nicht die sofortige Reichstagsauflösung, sondern wolle auf Grund der Arbeiten der Wehrfragekommission binnen 14 Tagen eine modifizierte Wehrvorlage dem Reichstage unterbreiten. Dann erst soll der Appell an die Wähler erfolgen.

Mexiko.

Ein neuer Erfolg der Insurgenten.

Panama, 17. Februar. Die Stadt Esmeraldas in Ecuador befindet sich nach einem hier eingetroffenen Telegramm noch in den Händen der Insurgenten. Sie ist bei den Kämpfen mit den Regierungstruppen zum größten Teil niedergebrannt. Die Ausländer retteten sich während der Beschießung in die neutrale Zone. Sie befinden sich alle in Sicherheit, nur fehlt es an Lebensmitteln.

Japan.

Steuerherabsetzung.

Tokio, 17. Februar. Das Abgeordnetenhaus hat einen das Steuerrecht abändernden Entwurf mit einem Zusatzantrag der Seiyukai-Partei angenommen, der eine Ermäßigung im Betrage von achtzig Millionen Yen bei den Steuern mit sich bringt.

Aus der Partei.

Falsche Behauptungen der P. S. S.

Der Parteivorstand schreibt uns: In Nr. 21 des „Dziennik Robotniczy“, dem Organ der polnischen Separatisten in Oberschlesien, wird ein Bericht über eine Konferenz des Parteivorstandes mit Vertretern der P. S. S. veröffentlicht, in dem entgegen der Wahrheit behauptet wird, der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands habe die Parteipresse über den Verlauf der Konferenz, die durch sein wiederholtes Witten veranlaßt worden sei, tendenziös informiert.

Demgegenüber stellen wir folgendes fest: Wir haben über die Konferenz keinerlei Informationen der Presse oder sonst einer Körperschaft zugehen lassen. Die Konferenz ist auch nicht von uns veranstaltet worden. Für uns war nach dem Beschluß des Jenaer Parteitag und nachdem der Vorstand der P. S. S. es abgelehnt hatte, über die Durchführung dieses Beschlusses mit uns zu beraten, die Angelegenheit geklärt. Auf Ersuchen österreichischer Genossen, die im Einverständnis mit dem Vertreter der galizischen P. S. S. Genossen Diamand, uns gegenüber den Wunsch äußerten, über das Verhältnis der preussischen P. S. S. zur Gesamtpartei noch einmal mit uns zu verhandeln, haben wir uns zu solchen Verhandlungen bereit erklärt. Indes haben wir gleichgültig darauf hingewiesen, daß an dem Jenaer Beschluß nichts geändert werden könne. Den ersten Vorschlag Diamands für den Tag der Sitzung konnten wir nicht akzeptieren, daher ersuchten wir ihn später, einen anderen Tag vorzuschlagen. Das geschah und Diamand teilte mit, daß er mit Genossen Bauer aus Wien nach Berlin käme und gleichzeitig auch Winickiewicz geladen hätte. Daraufhin fand am 1. Februar die Konferenz statt, die resultatlos verlief, da die Vertreter der P. S. S. den Jenaer Beschluß nicht anerkennen und auch auf den gewerkschaftlichen Separatismus nicht verzichten wollten.

Auch die Angabe des „Dziennik Robotniczy“, die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie im Internationalen Bureau hätten anlässlich der letzten Sitzung des Bureau in London den Genossen Diamand erklart, bevor der Protest gegen den Jenaer Beschluß den einzelnen Parteien zugestellt werde, sich erst mit dem Parteivorstand in Berlin zu verständigen, entspricht nicht der Wahrheit. Unsere Vertreter haben dem Genossen Diamand unter Hinweis auf die Verhandlungen, um die er und die österreichischen Genossen ersucht hätten, erklart, daß sie auf den Protest, wenn er eingebracht würde, mit aller Entschiedenheit und Deutlichkeit antworten müßten. Wenn gegenüber diesen Tatsachen die P. S. S.-Genossen in ihrem Blatt erklaren: „Wir stellen fest, daß weder uns noch Gen. Diamand auch nur in den Sinn kam, uns an die deutsche Partei zu wenden“, so ist das nur eine Probe von jener Unwohrhaftigkeit, mit der die P. S. S. fortgesetzt operiert, und die so vergiftend und zerrüttend auf die oberösterreichische Arbeiterbewegung wirkt. Der Parteivorstand.

Gemeindewahlsieg.

In der Gemeinde Malente-Gremmühle (Fürstent. Lübeck) wurde die im Herbst v. J. vorgenommene Wahl zum Ortsauschuß, die drei Sozialdemokraten den Sieg brachte, für ungültig erklart. Bei der nunmehr vorgenommenen Ergänzungswahl überboten unsere Genossen sechs Sitze. Von den zwölf Mandaten des Ortsauschusses besitzt die Sozialdemokratie jetzt neun.

Der deutsche sozialdemokratische Verein in Bergen (Norwegen) hat in seiner Versammlung vom 5. Februar eine Resolution angenommen, in der er gegen die Ausweisung des Genossen Stauning aus Helsingborg protestierte. Die Versammlung war der Meinung, daß das Schwenden des Ansehens der Deutschen im Auslande durch die preussische Gewaltpolitik nicht noch mehr gefördert werden darf.

Zur Charakteristik der Wachemiten.

Im „Neuen Jahrbuch“, der Wochenschrift der Reformkatholiken oder wie sie sich selbst nennen, fortschrittlichen Katholiken, gelangen Briefe zum Ausdruck, in denen ein sächsischer katholischer Politiker, der offenbar die Hauptziele der Kölner Richtung genau kennt, über diese folgendes Urteil fällt:

Wir Sächsischen lieben das Ideale, das Geistige im Religiösen. Wir stehen dadurch dem wesentlich Religiösen um ein erhebliches näher, als die am Rhein, darum wirken auch bei uns und auf uns die Auswüchse ultramontaner Art, wie namentlich der politische Kaplan, häßlicher, krankhafter als nördlich des Rheins. Ein Zentrumsführer vom Rhein würde in München, etwa im Kampfe gegen Horneser eine lässliche Figur machen, eine ebenso lässliche, wie ein Münchener Prediger in Essen gegenüber den Sozialdemokraten. Seien Sie überzeugt, es ist nicht bloß Talint, warum diese politisch so freien Herren in kirchlich-theologischen Dingen so rückständig sind; es ist vielmehr in erster Linie ihre absolute Impotenz in geistigen und wissenschaftlichen Dingen. Ich habe diese Leute alle persönlich sehr gern. Ich liebe den geraden prächtigen Riesige-Kopf Wiesberts, die sichere, ruhige, weltmännische Art der beiden Pieper, den geistreichen, energischen Sonnenstein und alle die anderen. Aber wenn ich mit ihnen zusammen bin, werde ich nie über Dinge geistiger und idealer Art, weil ich hierin auf ein Unverständnis stoße, das mich zur Verzweiflung bringen könnte. Ich weiß, Sie in München behaupten oft, diese Leute seien Modernisten. Verzeihen Sie, nichts ist irriger als dies. Dopperdorff, Krall und alle Integrierten stehen dem Modernismus zehnmal näher als die Wachemiten. Weil der Interkonfessionalismus des Zentrums und der Gewerkschaften im katholischen Volksteil einträglich ist, sind diese Herren interkonfessional; entdecken sie morgen, daß der Konfessionalismus bessere Dienste tut, so sind sie ultramontan bis auf die Knochen. Und warum? Weil diesen Leuten der Katholizismus keine Idee, sondern ein Volksteil ist.

Wir möchten nicht alle Urteile des Briefschreibers unterschreiben; aber in einer Hinsicht hat er unabweisbar recht: es sind nicht religiöse, philosophische oder theoretisch-politische Anschauungen, die so manchen edlen Wachemiten von den Integrierten trennen, sondern lediglich die Ansicht, daß mit dem verschwommenen Interkonfessionalismus unter den heutigen Umständen bessere politische Geschäfte zu machen sind. Eigentliche theoretisch fundierte Grundsätze haben die meisten dieser „Strebsamen“ überhaupt nicht.

Der Generalpardon.

Der Patriotismus der reichen Leute erstarrt im hellsten Lichte. Infolge des Generalpardons bei der Einschätzung zum Wehrbeitrag sind im Kreis Eschwege an Kapitalvermögen bisher 11 055 550 Mark mehr als früher deklarieren worden. Hieron entfallen auf die Stadt Eschwege allein über 5 Millionen Mark. Noch besedenber auf die Erziehung zur Ehrlichkeit wirkte der Generalpardon im Fürstentum Sickingen. Dort haben sich bei der Erklärung zur Wehrbeitragssteuer 19 Millionen Mark mehr ergeben, als bisher versteuert wurden. Auf die Städte Idar und Oberstein kommen davon 11 Millionen Mark.

Politische Eitel.

Es war schade, daß der Kronprinz durch Unwohlsein verhindert war, im Jhrus Busch seinen Gahgeber aus Januschau zu hören. Vielleicht hätte der künftige deutsche Kaiser auch freundlich genickt, als Erzb. v. Oldenburg unter dem Jubel seiner Artgenossen erklarte: „Ich bin ein Eitel gewesen.“

Die Selbstbezüglichung des Januschauers ist übrigens keineswegs neu, er nimmt als „Eitel“ durchaus keine Sonderstellung in seiner Partei ein. Schon vor einer Reihe von Jahren hatte der nun hochselige König Stumm die Existenz von Eiteln unter seinen Parteigenossen erkannt, als er in der Redaktion der „Post“ die indirekte Frage stellte: „Welcher Eitel hat denn das wieder geschrieben?“ Im Laufe der Zeit wird sich wahrscheinlich auch Oldenburgs Bundesgenosse Dr. Georg Dertel zu ähnlichen Ansichten bekennen und sogar von sich selbst ausruhen: Auch ich bin ein Eitel gewesen! Rämlich damals, als ich im Jhrus Schumann erklarte: Ich sehe im Geiste Hunderttausende, Millionen deutscher Bauern vor das Königschloß in Berlin ziehen. Ich höre, wie ihre Führer sagen: Wenn Deine Ratgeber Dich, Kaiser, im Stich lassen, hier sind wir, Deine Bauern. Verlaß Dich auf uns, Dein letztes Gebot...

Auf den Jahresversammlungen hat der Hauptschriftleiter der „Deutschen Tageszeitung“ ganz andere Erscheinungen als in gewöhnlichen, nüchternen Zeiten, wo er immer das „rote Gespenst“ sieht. Und das wird sicherlich eher herkommen, als die „Millionen“ Königsruher Bauern. Die Millionen Kleinbauern mühten wirkliche Eitel sein, wenn sie sich für die Unterdrückungspolitik der tief verachtenden Großgrundbesitzer ins Zeug legten, und die vielen Millionen ausgepöbelter Arbeiter mühten noch größere Eitel sein, wenn sie sich ewig von ein paar tausend Junkern und Agrariern auspressen und Inochten liehen.

Influenza-Epidemie in der Kaserne.

Unter den Soldaten des ersten Bataillons des Eisenbahner-Regiments Nr. 3 in Danau ist eine epidemieartige Krankheit ausgebrochen. Es soll sich um Influenza handeln. Erkrankt sind bisher 80 Soldaten. Der Verlauf der Krankheit war bisher ein günstiger. Das gleiche Bataillon wurde vor gut Jahresfrist von einer heftigen Typhusepidemie heimgesucht.

Agrarische Reformen.

Als ein gewisser Abschluß der landwirtschaftlichen Wochen tagte gestern in Berlin die agrarisch orientierte „Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftseiferer“. Die Teilnehmer schienen sich durch die vorausgegangenen Tage, in denen die Sitzungen des Landesökonomikologiums, des Landwirtschaftsrates und der bündlerischen Girtusversammlungen stattfanden, in eine gewisse Ekstase agrarischer Schwärmerei besessen zu haben. Der Vorsitzende der Vereinigung, des Herrenhausmitglied Graf zu Ritzbach-Sorquitten übertraf in seiner Eröffnungsrede noch die vorerzählten Leistungen des Januschauers. Er führte u. a. aus:

„Man könne für eine Sozialpolitik im Sinne der kaiserlichen Erlasse volle Sympathie haben und könne dennoch, ohne infolge dessen zu sein, die neueste Entwicklung der Sozialpolitik scharf verurteilen. Die Reichsversicherungsordnung und die Krankenversicherung in ihrer neuesten Art seien für alle im praktischen Leben stehenden Männer geradezu unfaßliche Gefetze. Sie bedeuteten eine erhebliche Mehrbelastung der Privatbetriebe. Aber ganz abgesehen davon würden sie auch die guten Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern, wo sie noch bestehen, schwer gefährden. Noch größer sei der Sieg der Sozialdemokratie auf dem Gebiet der modernen Steuer-gesetzgebung. Jedes Geldbedürfnis im Deutschen Reich werde in neuerer Zeit durch die im Reichstag herrschenden radikalen Mächte unter hiesigen Nachgeben des Bundesrats durch Steuern gebildet, die zu einer Konfiskation des Privatvermögens führen müßten. Diese Steuer-gesetzgebung sei geeignet, die Freude an der schaffenden Arbeit zu zerstören, die Neigung zur Sparsamkeit zu vernichten und die Lust zur Vermögens-anhäufung zu vernichten. Außerdem werde sie die Flucht deutschen Kapitals ins Ausland begünstigen. Daher müsse eine

Stenograf Prillwitz
Berlin N.W. 21. Thurmstraße 34.

Möbel-Ausstellung

Ausstellung von neuzeitlichen Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen, schlechtergedingener Geschmacksrichtung unter Berücksichtigung der Bestrebungen der Kommission für vorbildl. Arbeiterwohnungen in **Höfner's Möbel-Engroshaus** Berlin N. 201, Veteranenstr. 11, 12, 13. Besichtigung frei. Abgabe der kompl. Einrichtungen sowie einzelner Stücke zu ganz mäßigen Preisen.



unerreicht bei rauher oder aufgesprungener Haut. Dose 10 und 20 Pf. in Apotheken und Drogerien.

Man melde Nachahmungen!

Husten, Halskoll, rauhen Hals befeuchten **Reichel's Hustentropfen** schnell und sicher. Nur echt mit Marke „Medico“

Fl. 50 Pf. R. 1. In Drogerien u. Apotheken, wo nicht, durch Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Ortskrankenkasse der Steindrucker und Lithographen zu Berlin. Bekanntmachung

betreffend die Wahlen der Vertreter und Ertragmänner zum Ausschuss (früher Generalversammlung) der Ortskrankenkasse der Steindrucker und Lithographen zu Berlin.

I. Die Wahlen aus dem Kreise der Versicherten finden am **Samstag, den 5. April 1914**, in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags in folgenden Lokalen statt:

- Habels Brauerei, S. Bergmannstr. 5-7.
- Bakenhofer Brauerei-Ausschnitt, N.W. Turmstr. 26, Gartenfaal.
- Balkenschieders Festhalle, N. Badstr. 16.
- Brauerei Friedrichshain, N.O. Am Friedrichshain 16-22.
- Obiges Festhalle (früher Keller), O. Koppenstr. 29.
- Gebensauen-Säle (Zuh. J. Kötling), S.O. Köpenicker Damm 76.

Es sind zu wählen aus dem Kreise der Versicherten 60 Vertreter und 120 Ertragmänner (§ 7 der Wahlordnung).

II. Die Wahlen aus dem Kreise der betragspflichtigen Arbeitgeber finden am **Montag, den 6. April 1914**, in der Zeit von 3 bis 7 Uhr nachmittags im **Kassenlokal, Schilderstr. 5**, statt.

Es sind zu wählen aus dem Kreise der Arbeitgeber 30 Vertreter und 60 Ertragmänner (§ 73 der Satzung und § 7 der Wahlordnung).

Die Wahl ist geheim. Gewählt wird nach dem Grundprinzip der Verhältniswahl (§ 14 Abs. 2 der Wahlordnung) und nach näheren Bestimmungen der Wahlordnung für die Wahlperiode 1914 bis 1917.

Das Wahlrecht ist in Person auszuüben nach näherer Bestimmung des § 11 der Wahlordnung.

Die Wahlberechtigten werden hiermit aufgefordert, Wahlvorschläge gesondert für die beteiligten Arbeitgeber und Versicherten (§ 7 der Wahlordnung) aufzustellen und dem unterzeichneten Kassenvorstande spätestens bis zum **7. März 1914** unter der Adresse: **Wahlbureau der Ortskrankenkasse der Steindrucker und Lithographen, Schilderstr. 5**, vorn 1. Treppe, einzureichen.

Die Stimmabgabe ist an die Wahlvorschläge gebunden (§ 12 Abs. 2 der Wahlordnung).

Die Wahlvorschläge können nach ihrer Zulassung (§ 8 der Wahlordnung) im Kassenlokal, Schilderstr. 5, in der Geschäftszeit von 8-1 Uhr eingesehen werden.

In derselben Zeit liegen auch die Arbeitgeber- und Mitgliederverzeichnisse zur Einsichtnahme aus.

Einprüfungen gegen die Richtigkeit der sich aus dem Arbeitgeber- und Mitglieder-Verzeichnisse ergebenden Wahl- und Stimmberechtigung sind, bei Vermeidung des Ausschlusses, spätestens 4 Wochen vor dem Wahltag unter Beifügung von Beweismitteln bei dem Vorstand einzureichen.

Der Wahlausschuss ist beauftragt, die Wahl- und Stimmberechtigung jedes Wählers bei der Wahlhandlung zu prüfen und hat jeder Wähler die Pflicht, einen Wahlzettel zur Wahlhandlung mitzubringen.

Wahlzettel werden auf ihren Antrag an den dem Wahltag vorausgehenden 14 Tagen:

- für die in Arbeit stehenden versicherungspflichtigen Wahlberechtigten durch den Arbeitgeber ausgegeben;
- für freiwillig versicherte Wahlberechtigte im Kassenlokal in der Geschäftszeit von 8-1 Uhr und an den zwei letzten Sonntagen vor dem Wahltag in der Zeit von 10-1 Uhr daselbst ausgehändigt (Quittungsbuch legitimiert);
- für die wahlberechtigten Arbeitgeber werden ebenfalls Bescheinigungen darüber, wieviel Stimmen den Antragstellern zustehen, im Kassenlokal in der unter Ziffer 2 hier selbst ausgeführten Zeit ausgehändigt.

Am oberen weisen wir ausdrücklich auf die einschlägigen Bestimmungen der Wahlordnung und der Satzung hin. 268/20

Der Vorstand
der Ortskrankenkasse der Steindrucker und Lithographen zu Berlin.
M. Stuhmann, Vorsitzender. Herm. Knothe, Schriftführer.

Trustfrei

Nach Feierabend immer nur **PROBLEM** Moslem & Esquire

GREGOR

Theater.

Mittwoch, 18. Februar 1914.

Anfang 3 Uhr.
Prof. Wilhelm Tell.

Anfang 3 1/2 Uhr.
Deutsches Künstler-Theater. Peterchens Mondfahrt. Lesung. Der Erbspäher.

Anfang 6 Uhr.
Eines Palast am Zoo. Varieté. Lichtspiele.

Anfang 6 1/2 Uhr.
Eines Nollendorf-Theater. Varieté. Lichtspiele.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Cavalleria rusticana. Bajazzo.

Kgl. Schauspielhaus. Peter Gyni. 1. Abend.

Deutsches König Friedrich IV. 1. Teil.

Zirkus Busch. Galavorstellung.

Zirkus Schumann. Galavorstellung.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Die Reise um die Erde in 40 Tagen.

Anfang 8 Uhr.
Urania. Winter in der Schweiz. Vortragsabend. Dr. W. Berndt: Fortpflanzung und Entwicklung des Menschen.

Kammertheater. Bürger Schippel. Lesung. Mitternacht.

Deutsches Opernhaus. Maudra. gela.

Deutsches Künstler-Theater. Der Bogen des Odysseus.

Königsgräber Straße. Die Kronbraut.

Komödienhaus. „Kammermusik“. 8 Uhr.

Berliner Theater. Wie einst im Mai.

Theater a. d. Weidendammerbrücke 8 Uhr: Der lustigste Nacht... .

Theater des Westens. 8 Uhr: Polenblut.

Deutsches Künstlertheater Sozietät. Nürnberger Straße 70/71, am Zoo. Kasse: Nollendorf 1383. Mittwoch, nachmittags 5 1/2 Uhr: Peterchens Mondfahrt. Mittwoch, 8 Uhr: Der Bogen des Odysseus. Donnerstag, 8 Uhr: Das Phantom.

Reichshallen-Theater Stettiner Sänger Zimmer No. 13. Urkomische Burleske. Anfang 8 Uhr. Sonntag nachm. 3 Uhr zu ermäßigten Preisen: Eine Hochzeit in der Müllerstr.

Anfang 9 Uhr.
Admiralspalast. Die lustige Puppe. Berliner Gipskopf. Gipsport. Eines Nollendorf-Theater. Varieté. Lichtspiele.

Sternwarte. Invalidenstr. 57-63.

Schiller-Theater O.

(Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr: Wilhelm Tell.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Jugendfreunde.
Freitag, abends 8 Uhr: zum 1. Male: Das Glück im Winkel.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Mittwoch, abends 8 Uhr: Die beiden Leonoren.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Herodes und Mariamme.
Freitag, abends 8 Uhr: Andreas Hofer.

Theater in der Königsgräber Straße
Abends 8 Uhr:
Die Kronbraut.
Komödienhaus.
8 Uhr: „Kammermusik“. 8 Uhr.
Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Wie einst im Mai.

Theater a. d. Weidendammerbrücke
8 Uhr: Der lustigste Nacht... .

Theater des Westens.
8 Uhr: Polenblut.
Sonnt. Am 3/4, 11: Der liebe Augustin.
Fried. Wilhelmstr. Theater
Frl. Trallala - Gilbert.
Kasselerstr. 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Sonntag, den 22. Febr., nachmittags 3 Uhr: Heimat.

Deutsches Künstlertheater Sozietät.
Nürnberger Straße 70/71, am Zoo. Kasse: Nollendorf 1383.
Mittwoch, nachmittags 5 1/2 Uhr: Peterchens Mondfahrt.
Mittwoch, 8 Uhr: Der Bogen des Odysseus.
Donnerst. 8 Uhr: Das Phantom.

Reichshallen-Theater Stettiner Sänger Zimmer No. 13.
Urkomische Burleske. Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr zu ermäßigten Preisen:
Eine Hochzeit in der Müllerstr.

Theater am Nollendorfplatz 5.
8 Uhr: Prinzess Gretl.

8 Uhr: Residenz-Theater
Hoheit - der Franz!
Kunstallige Grotteske in 3 Akten von Arthur Landberger und Bill Wolf. Musik von Robert Winterberg. Morgen u. f. Lage: Hoheit - der Franz!

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.
Nachmittags 3 Uhr: (Heine Freie).
Wilhelm Tell.
Abends 8 Uhr: Im weißen Röhl.
Donnerstag:
Die Maschinenbauer von Berlin.

Vereinigtes Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater.
8 1/2 Uhr: Das erste Ehejahr.
Schausp. in 5 Akten v. Ernst Ritterfeldt. Musik von Robert Winterberg.

Brauerei Friedrichshain

Mittwoch und Donnerstag:
Elite-Bockbierfest.
Dienstag, den 24. Februar, Fastnacht:
ALPENBALL
verbunden mit Preis-Tango-Wett-Tanzen.
4 Kapellen. Kein Kostümzwang. Kolossaler Betrieb.
Karten im Vorverkauf Herren 75 Pf., Damen 50 Pf. bei A. Wertheim.
Nante Gruske, Arrangeur der Alpenbälle bei Kroll.

„Clou“ :: Berliner :: Konzerthaus

Mauerstraße 82 - Zimmerstraße 90/91.

Großes Doppel-Konzert!

Musikkorps d. Garde-Füsiliers-Regiments Dirig. Oberm. Dippel und Tegeraseer und Zillertaler Musikanten, Dirig. Hans Starp.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Morgen: Anfang 8 Uhr.

Gaspiel des Musikkorps d. 1. Leibhusaren-Regts. No. 1 aus Danzig. Dirig. Kgl. Musikm. P. Peters.

Neue Welt.

Arnold Scholz. Hasenheide 108/114.
Heute Mittwoch, den 18. Februar 1914: Extra-Prämierung. Elitetag. Prämierung der größten und schwersten Kartoffel.
Drei bare Geldpreise: 30, 20, 10 Mk.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.
Anmeldungen bis 10 Uhr an der Kasse.
Voranzeige! Morgen Donnerstag, 19. Februar: Große Schweinebraterei.

URANIA

Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Winter in der Schweiz.
Hörspiel 8 Uhr: Dr. W. Berndt: Fortpflanzung u. Entwicklung des Menschen.

Voigt-Theater

Baderstraße 58.
Mittwoch, den 18. Februar:
Die Tragödie eines Weibes.
Drama in 3 Akten v. R. W. Jacobs. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Trionon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr: Anatoles Hochzeit.
Walhalla-Theater.
Täglich 8 1/2 Uhr: Tangofieber. Große Besetzung. Bei u. Lang in 3 Akten v. Erich Urban.

Zirkus Alb. Schumann.

Heute Mittwoch, d. 18. Februar, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Sport-Vorstellung.
U. a.:
Original Little Freds Akrobat u. kunstreich Hunde.
Therese Renz, dressierte Elefanten und Ponys.
Ku-Ka-Di gen. Goldmephisto.
Apachentanz.
Toto und Cottrell.
Leach-Laguina-Trio.
Drahtseilakt.
Dir. Alb. Schumann, neueste Orig.-Schul- u. Freiheitsdress.
Um 9 1/2 Uhr: Das gr. Ausstattungsspiel 17 Bildern „Tipp“ der Derby-Favorit 1914.

WINTERGARTEN

Madge Lessing und Fred Wright
Grock u. Lola Porezoffs Trupp.
Kometisches Jongleurstück.
Musik-Duo „Un souper chez Maxim“ sowie die von Publikum und Presse glänzend beurteilten Februar-Attraktionen! - Rauchen gestattet! -

Apollo-Theater.

Tel.: Lützow 2757.
Zum 57. Male:
Der Stolz d. 3. Kompagnie mit Hartstein.
Sachen ohne Banke! Rauchen gestattet!

Folies Caprice.

8 1/4 Café Pingsheim Der Heiratsgraf Meyersteins

Casino-Theater

Lothringers-Str. 37. Täglich 8 Uhr. Ein neues Berliner Volksstück: Die alle Webern.
Ur-Berl. Figuren, Ur-Berl. Humor! Einziges Theater in diesem Genre! Im Sile der alten Wallner-Bühne. Sonntag, 4 Uhr: Unsere Lieben Frauen.

Zirkus Busch.

Heute Mittwoch, den 18. Februar, abends 7 1/2 Uhr:
Ganz Berlin spricht von den fliegenden Hunden am Trapez, welche abendlich von Herrn Ed. Wolf vorgeführt werden. Hierzu Die Uessens in ihrem atomballigen Fleisch „Artistenkinder“. Ferner das gr. Spezialität-Programm. Zum Schluss: „Pompeji“.

Metropol-Theater.

Abends präzis 7 Uhr 55:
Die Reise um die Erde in 40 Tagen.

Passage-Panoptikum.

Die wilden Feuerfresser
in ihren fanatischen Hartern.
Mister Rappo, der Ausbrecherkönig. Unfesselbar! Lebend! Ohne Extra-Entree.

Admiralspalast.

Eis-Arena. Täglich:
Die lustige Puppe.
Großes Ballet auf dem Eis. Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr ab halbe Kassenpreise. Wein- u. Bier-Abteilung.

Germania-Prachtsäle

N. Chausseestr. 110. K. Richter. Jeden Mittwoch:
Paul Mantheys lustige Sänger.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Nachdem Freitag. - Vorzugsarten gelten. - Neben Donnerstag: Großes Militär-Streich-Konzert. Einchl. Familienfrühstück.
Für den Inhalt der Zuvor abgenommen die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Bewerkschaftliches.

Scharfmacherblatt und Gewerkschaftsführer.

Der Jörn ist ein schlechter Berater. Das beweist nun die Zeitung des Gewerkschaftsvereins der christlichen Bergleute. In der letzten Zeit erließen sich ausgesprochene Kulturkampforgane bei der Erörterung der Gewerkschaftsfrage der Mitarbeit christlicher Gewerkschaftsführer. Das fiel um so mehr auf, als dabei die den christlichen Gewerkschaften nicht freundlich gesinnten Geistlichen und auch der Papst sehr unanständig behandelt wurden. Zu den Organen, die sich der Mitarbeit aus dem Lager der M.-Gladbacher erfreuten, gehört auch die „Rhein.-Westf. Ztg.“. Dieses Blatt zeichnet sich aber nicht nur durch Kulturkämpferei, sondern auch durch rücksichtslose Scharfmacherei aus. Das bewies es in besonders auffälliger Weise bei Gelegenheit des letzten Bergarbeiterstreiks, und zwar sehr deutlich als Sprachrohr christlicher Gewerkschaftsführer, die im Jochenorgan die christliche Streikbruchtaktik ganz nach Scharfmacherlogik rechtfertigten und verteidigten. Man konnte oft glauben, die M.-Gladbacher hätten ihre Direktiva ganz in die Redaktion des Scharfmacherblattes verlegt. So toll trieben's die Streikbruchhezer mit dem Erzählen und Erfinden von Terrorismsgeschichten, daß schließlich sogar die Redaktion der „Rhein.-Westf. Ztg.“ einen Eklat bekam. Nachher gestand das Blatt offen ein, die Gewerkschaftsschriften hätten fürchterlich übertrieben. Zu dem Heranziehen des von ihnen geforderten Militärs hätte nicht mehr Veranlassung vorgelegen, als bei dem Streik im Jahre 1906, wo nach der Behauptung der M.-Gladbacher alles in Ruhe und Ordnung verlaufen wäre. Aber damals hätten die Christen mitgeteilt, diesmal nicht. — Darum ihre gemein verlogene Sehe. Der Streik mußte kaputt gemacht werden, jedes Mittel dazu war den M.-Gladbachern heilig. Ein gutes Bündel von Material, auf das sich die Hezer gegen das Koalitionsrecht berufen, haben die Führer der christlichen Gewerkschaften geliefert. Dieses Bewußtsein macht sie nun empfindlich, sehr empfindlich. Anscheinend, um die durch das Vorgehen der Gewerkschaftsschriften verschütteten Bischöfe zu versöhnen, richtete die „Köln. Volksztg.“ mit recht auffälliger Spitze die Mahnung an die christlichen Gewerkschaftsführer, sich vor Entgleisungen zu hüten. Dabei wies das führende Blatt der Interkonfessionellen besonders darauf hin, daß die von christlichen Gewerkschaften benutzten Blätter („Rhein.-Westf. Ztg.“) mit ihrem Herzen doch bei den Selben wären. Um ja recht deutlich zu werden, unterschied die „Köln. Volkszeitung“ zwischen „taktvollen“ und „maßvollen“ Führern und solchen Gewerkschaftsschriften, die entgleisen. Das war zu deutlich für die Mitarbeiter der „Rhein.-Westf. Ztg.“. Die Redaktion des „Bergknappen“, die geniale Strategin des Massenstreikbruchs, plakt los:

... Doppelt auffällig wirkt das häufige Reden über Entgleisungen, weil es in der Regel begleitet ist von einigen Verbeugungen gegen die „taktvollen“ und „maßvollen“ Führer. Hier und da wurde dadurch der Eindruck hervorgerufen, als sollte der eine gegen den anderen ausgespielt werden. Die „R. Z.“ sollte, statt in diesem Maße über angebliche Entgleisungen der Gewerkschaftler zu reden, sich lieber mit den Entgleisungen ihrer Parteigänger beschäftigen. ... Nun wird die „Köln. Volksztg.“ wieder einlenken, ansonsten bestünde wohl die Gefahr, daß der „Bergknappe“ in seinem Jörn noch verriet, von welcher Seite der Befehl zum Streikbruch, zur Niederknüppelung der Arbeiter ausgegangen

ist. Hat doch einst auch August mit Enthüllungen gedroht! Dann bekam er eine Pension — und er schwieg. Na, ja; im Hause der Christen passieren eigenartige Sachen.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Schuhmacher bei der Firma Schach und Co., Münzstr. 4, ist erfolgreich beendet. Durch Vermittlung des Vorsitzenden des Unternehmerverbandes erfolgte ein weiteres Zugeständnis auf den Preis für Herrenartikel, womit die Streikenden sich einverstanden erklärten. Die Arbeit wurde infolgedessen am Dienstag, den 17. Februar, wieder aufgenommen.

Dieses günstige Resultat wurde erzielt trotz der Streikbrechervermittlung des Arbeitsnachweises des Gewerkschaftsvereins der Lederarbeiter (S. D.) Greifswalderstr. 222. Die von dort vermittelten Arbeitskräfte verließen zum größten Teile wieder den Betrieb, als ihnen der wahre Sachverhalt mitgeteilt wurde. Diese vielfach in Not befindlichen Arbeiter bewiesen also mehr Solidarität und Klassenbewußtsein, als die Zeitung des angeblich auch der Schaffung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen dienenden Christlich-Demokratischen Gewerkschaftsvereins der Lederarbeiter. Den Schandfleck, den der Christlich-Demokratische Gewerkschaftsverein sich damit selbst zuzugibt, wird derselbe nie wieder verwischen können. Ihrem Treiben setzt die Zeitung des Gewerkschaftsvereins die Krone auf mit einer Erklärung in der „Kollagezeitung“, worin in Aussicht gestellt wird, daß bei allen zukünftigen Streiks Arbeitsnachweise vermittelt werden würden. Grund dazu soll der Umstand sein, daß der Nachweis vom Zentralverband beauftragt werde. Darüber stellen sich die Gewerkschaftler verwundert, obwohl sie genau wissen, daß sie offensichtlich Ursache und Wirkung verwechseln. Ihre Intention sollte von vornherein ein Kampfmittel gegen den Zentralverband sein, wird auch von den Unternehmern als nichts anderes betrachtet, und die jetzigen Vorkommnisse haben diese Auffassung bestätigt.

Wir wünschen dem Gewerkschaftsverein zu seinen „Kampfmitteln“ viel Glück. Damit gräbt er sich selbst die Grube, welche für den Zentralverband bestimmt war. Im Uebrigen wird er damit ebenso Fiasko machen, wie bei dem jetzt beendeten Streik. Vielleicht erkennen dann auch die Unternehmer, daß es für sie vorteilhafter und vornehmer ist, mit der Arbeiterschaft einen gemeinsamen, partiiatischen Arbeitsnachweis zu errichten, der außerhalb des wirtschaftlichen Kampfgebietes seine Funktionen ausübt. Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands. Crüderverwaltung Berlin.

Tarifabschluß. Zwischen der Firma Rinke, Bierdruckapparate und Kohlenäurebehandlung, Charlottenburg, Poissdamerstr. 34, und dem Deutschen Transportarbeiterverband, Regiel Groß-Berlin, wurde unterm 8. Februar d. Js. ein Tarif abgeschlossen. Die Anfangslöhne betragen 30 M., steigend bis 36 M. pro Woche. Ferner wurde Bezahlung der Ueberstunden sowie Befreiung des Sonntagsnachmittagsdienstes für die Kutscher erreicht. Die abgestempelt wird.

Kutscher und Arbeiter legitimieren sich gegenüber der Kundschaft als Mitglieder des Transportarbeiterverbandes durch Vorzeigen einer blauen Kontrollkarte, welche seitens des Verbandes monatlich

Deutsches Reich.

Gewahrgelagte Ingenieure.

Bei den technischen Angestellten der Maschinenbauanstalt Humboldt in Köln herrscht seit langem eine große Unzufriedenheit über die zu lange Arbeitszeit und das völlige Fehlen geregelter Urlaubsverhältnisse. Nach Mitteilungen, die die Direktion selbst vor einiger Zeit gemacht hat, sollen nur die „wirklich guten Beamten“ Urlaub erhalten und auch diese in der Regel nur 3-6 Tage! Damit ist natürlich der Wille zur Arbeit und die Produktion in einem widerwärtigen Maßstabe sinken. Auf Anregung des Bundes der technisch-industriellen Beamten sind deshalb die Angestellten vor bald Jahresfrist mit einer 350 Unterschriften tragenden Eingabe an die Direktion herangetreten, außerdem ist der Hauptbeamte des Bundes in zwei Generalversammlungen als Aktionär aufgetreten, um die Wünsche der Angestellten zur Sprache zu bringen. Aber weder das eine noch das andere führte zu einem Erfolg: Die Eingabe wurde einfach nicht beachtet und in der Generalversammlung wurde auch keine Auskunft gegeben. Im ganzen eine

prächtige Illustration zu dem berühmten Wohlwollen, das die Arbeitgeber für ihre „Mitarbeiter“ übrig haben!

Wie wir jetzt erfahren, sind gestern zwei Ingenieure, die Obervertrauensmänner des Bundes waren und an der Durchführung der Aktion hervorragenden Anteil hatten, plötzlich gekündigt worden, nachdem gute Freunde der Direktion ihnen schon seit mehreren Tagen geraten hatten, ihrerseits die Kündigung einzuziehen. Diese Umstände — einer war überdies vor einiger Zeit bereits strafverurteilt worden — schlossen jeden Zweifel an dem Vorliegen von Maßregelungen aus, wemgleich die Direktion freilich genug ist, ihr rigoroses Vorgehen offiziell mit Arbeitsmangel und ungenügender Qualifikation zu erklären. Als treibende Kraft wird von den Angestellten allgemein Generaldirektor Jörner angesehen.

Leider scheint in letzter Stunde die Einigkeit der Angestellten eine bedauerliche Schwächung erfahren zu sollen, denn wie uns weiter berichtet wird, hat der Techniker-Verband, der ursprünglich die Aktion unterstützt hat, sich jetzt unter ganz fadenheimgigen Gründen zurückgezogen. Gegen die Maßregelungen findet am Freitag eine große Protestversammlung in Köln statt.

Die Tapeziererauspierrung in Magdeburg.

Die unter Tarifbruch von den Unternehmern veranlaßte Auspierrung besteht weiter fort. Gegenüber der Kundschaft verhalten die Meister den Glauben zu erwecken, als ob die Gehilfen streikten. Auch vor dem Gewerkschaftler haben die Herren die Auspierrung abgelehnt. Sie geben an, sie hätten die Arbeiter wegen Mangels an Arbeit entlassen müssen. In Wirklichkeit haben sie unter arger Verletzung von Treu und Glauben wiederrechtlich die Auspierrung verfügt, um die momentane wirtschaftliche Depression dazu zu benutzen, die Gehilfenorganisation niederzuzwingen und die Arbeitsbedingungen allein diktieren zu können. Inzwischen suchen sie von auswärtigen Streikbrechern heranzuziehen. Es haben sich auch einige auswärtige Meisteröhne gefunden, die mit ihrer Arbeitskraft den Tarifbruch stützen wollen. Schließlich fanden Verhandlungen statt. Die Unternehmer erklärten sich nur zu ganz minimalen Zugeständnissen bereit, für die aber bedeutende Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen von den Arbeitern mit in den Kauf genommen werden sollten.

Jetzt eröffnen die Unternehmer Hilfe von der Gründung eines gelben Vereins. Der Obermeister kündigt vor einigen Tagen dem Altgehilfen an, daß die Unternehmer mit Unterstützung von zwei Gehilfen einen meistertreuen Verein gründen würden. Dieser Anknüpfung ist die Tat auf dem Fuße gefolgt. Einer Anzahl ausgesuchter Leute ging ein hektographiertes Rundschreiben zu, monach sie zu einer Sitzung eingeladen wurden, die sich mit der Gründung einer Vereinigung nichtorganisierter Kollegen beschäftigen sollte. Es hatten sich denn auch etwa zwei Duzend Gehilfen eingefunden. Außerdem war der Sekretär des nationalen Arbeitersekretariats anwesend. Der Monatsbeitrag für diesen wirtschaftsfeindlichen Verein soll nicht höher sein, als der Wochenbeitrag des Verbandes. Der Unternehmerverband hat einen Zuschuß zugesagt, ebenso die Zwangsinnung. Zur Erledigung der weiteren Vorarbeiten wurde eine Kommission von acht Mann gewählt. Viel Aussicht auf Erfolg dürfte der neue Verein kaum haben. Die bisherigen Erfahrungen haben bewiesen, daß das Tapezierergewerbe kein guter Boden für gelbe Sumpfschwämme ist. Die organisierten Arbeiter werden unbeirrt ihren gerechten Kampf fortführen.

Die Not der Weber.

Seit 1. Januar feiern in Augsburg am Montag fast die gesamten Weber. Den Anregungen des Süddeutschen Textilindustriellen-Verbandes, die Arbeiterschaft für den Lohnausfall angemessen zu entschädigen, ist nur ein Teil Unternehmer und auch dieser nur in ungenügender Weise nachgegeben. In letzter Zeit sind noch einige Textilindustrielle dazu übergegangen, eine Reihe von Entlassungen infolge der Krise vorzunehmen. Am Montag, den 16. Februar, nachmittags 2 Uhr, fand nun auf Veranlassung der drei Textilarbeiter-Organisationen (Deutscher Textilarbeiter-Verband, Christlicher Textilarbeiter-Verband und Gewerkschaft S. D.) eine Protestversammlung statt. Dieselbe war lange vor Beginn überfüllt, sodah nur drei Parallelversammlun-

Kleines Feuilleton.

Das Ganze halt! Warum fahren wir nicht weiter? Die Elektrische steht, wie eingemauert steht sie und rührt sich nicht. Der Führer lehnt behaglich am Stund, den Ellenbogen aufgestellt und sieht sich die Gegend an. Ein Unglück! Das kann nicht sein, denn niemand ist irgendwie bewegt. Was aber...? Zum Teufel, ich habe Gile.

Soldaten. Militär zieht des Wegs daher, Artillerie, immer zwei Reiter nebeneinander, und Wagen und Kanonen. ... Und die schwerfälligen Gefährte rattern über die Schienen, und die Säule prusten, und die Reiter, rote, vorschweigende junge Leute, bewegen sich ermüdet in den Sätteln. Die Straße kocht. Alles steht, die Wagen der Bahnen und die Droschken und die Automobile und die Kradler und die Passanten. Niemand kann einen Schritt vorwärts machen: nicht die Krätze, die zu den Kranken wollen, nicht die Kaufleute, die mit jedem Augenblick mehr alle Zeit, die Geld verlieren, bares Geld, das ihnen niemand ersetzt. ... alle warten. Und man kann eigentlich nicht einmal sagen, daß einer ungeduldig ist. Im Gegenteil: sie sehen sich richtig interessiert das oft geübene Schauspiel an; wie die Pferde vorwärts laufen, und wie die Offiziere alle Welt verachten, und sie meinen, eine Freudigkeit glänze auf den Soldatengesichtern. ... eine Freudigkeit! das ist ja nicht zu sagen, wie sich diese Leute freuen, daß sie dienen dürfen.

Und auf einmal fühle ich, wie sehr dies alles Freuen ist. Dieses Freuen, diese Geduld, diese Anmahnung, den ganzen Verkehr aufzuhalten. Wir haben immerhin Frieden, und es ist ja gänzlich gleichgültig, wann der ganze Zug in der Kaserne angelangt ist. Wie sehr ist das Freuen: diese Geduld, in die solche Wundenwahrheiten nicht hereinzugehen, die sich einbilden, es käme etwas darauf an, daß so ein Soldatengeduld nicht in kurze Notizen getrennt wird, so daß er nun einfach und selbstverständlich alles zum Stoden bringen kann! Und auf der anderen Seite die geborbenen Bürger, die nicht müde und warten, warten, warten. ... Mein Freuen!

Die Musik der Kälte. In der französischen Musikzeitschrift „Meneirel“ berichtet ein Reisender, der Sibirien bereist hat, über die „Musik der Kälte“, wie die außerordentliche Resonanz genannt wird, die die Gegenstände geben, wenn die Temperatur zu 50 Graden herabsinkt. Er gibt seine Eindrücke folgendermaßen wieder: Das Konzert ist äußerst peinlich, mehr als die Kälte selbst. Ein undefinierbares schmerzhaftes Geräusch scheint über der verzweifeltsten Erde zu schweben. Alles hallt wider, als ob Metallplatten aneinander schlugen. Die Menschen sprechen nicht, die Tiere schweigen. Ein Pferdebeuf, der auf einen Stein schlägt, hallt wie eine Glocke. Schlägt man auf einen Baum, gibt es einen Stoßklang. Beim Rasen eines Schlittens empfindet das Ohr ein schmerzhaftes Jerren. Eines Tages hatten wir einen Schinken mitgenommen. Wir waren zwei robuste Männer, aber als wir mit der Hand ein Stück herunter-schneiden wollten, tönten die Schläge wie auf einen Amboss, und nichts löste sich ab. Wir behielten uns unter Hunger. ... Das Gleiten des Schlittens gleicht dem vielfachen Geräusch eines Diamanten, der Glas schneidet. Die Sonne ist wie ein großer kupferfarbener Fleck und erhebt sich nur für wenig Stunden über den Horizont. Während der endlosen Nacht aber vernimmt man immerzu das un-

bestimmte, pfeifende Geräusch. Es ist das seltsame, nie aussehende Orchester der Kälte.

Münchener Theater. Karl Schönherr, dessen vollständig umgearbeitete Tiroler Bauernkomödie „Die Trenkwalder“ bei der Erstaufführung im Schauspielhaus einen stark umstrittenen Erfolg davontrug, scheint den Glauben an die Heimat, den er in seinem großen Treffer: „Glaube und Heimat“ besaß, einigmaßen verloren zu haben. Er geht wenigstens bei der Schilderung einer verkommenen bäuerlichen Familie Falschneider aus dem Dorfe Trenkwald in der Fäufung von Greueln fast in den Fußputzen Bedenkens und Strindbergs, ohne in der Justiz- und Verbiegung seiner Figuren seine bildschamerbegabung verlegen zu können. Da ist die Mutter: alte Weiswäuser und Hure zugleich. Der eine Sohn, die „Frucht der Sünde“, soll Pflaue werden, wird aber Heber Schürzenjäger. Die von ihm verführte Annemarie nimmt — es ist die höchste Zeit — den dummen Bauerntypus Martin, den zweiten Sohn der alten Falschneider-Bäuerin zum Ehegespons. Der jüngste Sohn, der die schimpfliche Laufbahn seiner Erzeugerin kannte, hat die Kudenmarktdarre erworben und geht „auf den letzten Pfählen“; er hat keine Mutter an den Weibern rächen wollen. Am Feuer der Sonntagsnacht bekant die ganze Familie von sich und den Wallfahrern in „Generalricht“ ihre Schuld und Sünden. Hans hängt die Pfaffenkutte an den Nagel und wird Bauer wie sein Bruder Martin. Schönherr hat die biblisch-bildhafte Sprache aus „Glaube und Heimat“ auch in dem modernen Bauernstück, wo sie innerlich nicht berechtigt ist, festgehalten. Sie wirkt als Manier und kann ebenso wenig überzeugen wie die künstlich konstruierte Familiengeschichte und die unglaubhafte Seeleneinkehr am Sonntagsfeuer. Regie und Darstellung waren nur mäßig.

Seide aus Seetang. Einen neuen Rohstoff, der eine ganz vorzügliche Kunstfaser liefert, soll nach einer Mitteilung des Fachblattes „Industrie Textil“ Dr. L. Sarasin im Seetang entdeckt haben. Die Seide, die aus Seetang erzeugt werden kann, soll einen starken Glanz haben und alle Eigenschaften in sich vereinen, die für die technische Verarbeitung in Frage kommen. Der Ausgangsstoff ist dabei außerordentlich billig, denn die Algen, um die es sich dabei handelt, werden vom Meere an die Küste der Normandie, Schottlands, Norwegens und die kanarische Küste haufenweise an Land geworfen. Fachleute weisagten dieser neuen Kunstfaser eine große Zukunft. Ueber die Einzelheiten der Herstellung wird nichts mitgeteilt, doch soll sich bereits eine Gruppe englischer Geldmänner zusammengetan haben, um Kunstseide aus Seetang zu erzeugen.

Humor und Satire.

Der Ordnungszug.

Auf dem Stuhle sitzt ein Greis
Der sich nicht zu helfen weiß.

Seht! des Reichstags Nebenritzen —
Wer ist nicht empört?! —
Haben fürchterlich gelitten —
Kampf hat nichts gehört!
Bestarf sängt schon an zu toben,
Wenn ein Roter spricht.
Ist denn sowas nur zu glauben?
Kampf verstand es nicht!

Horchend hebt er an die Ohren
Die berlingte Hand,
Doch er läßt ihn ungehört,
Weil er nichts verstand!

Doch die Herren Stenographen
Sind es, welche niemals schlafen!

An jedem Tag, den Gott erschuf,
Erteilt Herr Kaempf voll Stolz
Roch hinterher den Ordnungszug
Auf Grund des Protokolls!

Notizen.

Theaterchronik. Im Elfe Lehmann soll sich die Direktion der Neuen Freien Volksbühne für das Ensemble des eigenen Bühnenhauses bemühen. Das Ziel ist vortrefflich, aber es zu erreichen scheint aussichtslos, denn die Künstlerin ist noch für eine Reihe von Jahren an das Künstlertheater gebunden. Immerhin sollte man meinen, bei der besonderen künstlerischen Art dieses Theaters müßte es im Bereich der Möglichkeit liegen, Elfe Lehmann für Gastspiele an der Neuen Freien Volksbühne zu gewinnen. Auch davon ist die Rede, und man hat sie für Jüben-Aufführungen ins Auge gefaßt. Alles ist aber vorläufig nur ein schöner Plan.

Vorträge. Professor Oswald Stamm von der Technischen Hochschule beginnt heute im Charlottenburger Schiller-Theater, abends 9 Uhr, einen Zyklus von 10 Vorträgen mit Lichtbildern und kinematographischen Vorführungen über „Fragen des Schiffbaues und der Schiffahrt“. Abonnementhefte für den ganzen Zyklus 5 M. einschließlich Garderobe.

Eine Grabstätte Jules Vallés, des großen Vorläufers der impressionistischen Literatur, den die offizielle Literaturgeschichte um der Verachtung willen, die er den Götzen der bürgerlichen Kultur beigeigt hat, aber auch wegen seiner Zugehörigkeit zur Pariser Kommune lange totgeschwiegen hat — in den 1000 Welt-Druckseiten des bekannten Buches von Van son, R. ist sein Name nicht einmal erwähnt —, ist am Sonntag auf dem Père Lachaise enthüllt worden.

Zahlreiche Delegierte von Arbeiterorganisationen und viele Arbeiter sowie eine größere Zahl von Schriftstellern wohnten der Feier bei. Es sprachen u. a. der Schriftsteller Frank Jourdain, dessen Hauslehrer Vallés war, Courtelaine, Lucien Descares, der Vallés als Führer zur Tat, im Dienste der Freiheit und Gerechtigkeit und als stolze Rebellennatur feierte, und Frau Sabérine, deren Meister im literarischen Schaffen Vallés gewesen ist.

Der gottlose Verne. Auch Jules Verne, den Dichter läubhantastischer Reiseromane, der als ein Vorläufer technischer Großtaten der Gegenwart gelten kann, hat der römische Jnder erreicht. Weil er nämlich seine Abenteuer in ihren Räten niemals beten läßt. Ein belgisches Blatt sagt erläuternd: „Die Kinder, die diese abenteuerlichen Erzählungen gern lesen, werden leicht zu der Meinung geführt werden, daß man im Verlaufe des Lebens den lieben Gott ganz gut entbehren kann.“ Der Jnder wird nun konsequenter auch das große Buch des Lebens verbieten müssen. Denn das verführt mit hunderttausend Mitteln zu ganz derselben verfluchten Meinung.

lungen, die ebenfalls bis auf den letzten Platz besetzt waren, be-
anstaltet werden mußten.

In den Versammlungen wurde eine Resolution einstimmig
angenommen, in der gegen die Nichtbeantwortung der bisher an
die Unternehmer erfolgten Eingaben protestiert wird. Ferner wurde
verlangt: Eine angemessene Entschädigung für den Lohnausfall,
sowie Verlegung des Feiertages vom Montag auf Sonnabend.
Weiter forderte die Versammlung, daß die Vertreter von Staat
und Gemeinde einer baldigst einzuführenden Arbeitslosen-Ver-
sicherung näher treten sollen.

Nach Schluß der Versammlung bewegte sich ein gut 5000köpfi-
ger Demonstrationzug durch die Straßen der Stadt. Im Zuge
wurden Plakate mit den Aufschriften: „Der mit der Arbeits-
losenversicherung“, „Unseren Frauen der freie Samstagmittag“
und „Nieder mit dem ungerechten Straffuß in den Betrieben“
getragen. Der Zug, der sich in musterwürdiger Ordnung bewegte,
würde ohne Störung seinem Ende zugeführt worden, wenn nicht
der schneidige neue preussische Polizeihauptmann die Ruhe und
Ordnung durch seinen Eingriff gestört hätte. Aber trotz des Ein-
greifens von etwa 4 Dutzend Polizisten, 2 Dutzend „Geheimen“ und
einigen Richterinnen bewahrte die Arbeiterschaft ihre Besonnenheit,
obwohl einige derbe, die neue Richtung in Augsburg bezeichnende
Ausdrücke nicht vermeiden konnten.

Lobend muß anerkannt werden, daß die unteren Polizei-
organe sich nicht dem scharfen Vorgehen ihres schneidigen Polizei-
hauptmannes nicht einverstanden waren.

Ausland.

Das Ergebnis der Tarifverhandlungen im österreichischen Buch-
druckgewerbe wird nur langsam bekannt. Der Korrespondent für
Deutschlands Buchdrucker“ kann folgendes darüber berichten:

„Der Wiener Zeitungsgewerbetarif wird von den neuen Verein-
barungen nicht betroffen, bleibt also weiter für sich bestehen. Die
Arbeitszeit erfährt eine wöchentliche Verringerung um eine
halbe Stunde. Gefordert wurden von den Gehilfen ander-
halb Stunden, die Prinzipale wollten in dieser Beziehung über-
haupt nichts bewilligen. Die durchschnittliche Lohnhöhe be-
trägt 8 Kr. für Wien 4 Kr. Das Angebot der Prinzipale war
anfänglich 2 Kr. Weiter sollten nach Ansicht der Prinzipale die r
Lohnstaffeln eingeführt werden. Es ist jedoch zu der für die im
ersten Jahre Ausgelernten schon bestehenden Lohnklasse nur eine
neue eingefügt worden: vom zweiten Gehilfen- bis zum
23. Lebensjahre. Der Lohn selbst bleibt für die Kategorie von
Gehilfen unverändert. Der Löhnerpreis für Verrechnen wurde
um 4 Heller erhöht, prinzipalseitig waren 2 Heller geboten.
Zulagen an Höherentlohn sind dem Belieben des Prinzipals
anheimgestellt.“

In der heizungstechnischen Synchronmaschinenfrage bleibt
das Berechnen auch ferner ausgeklüffelt. Dagegen wurden die
Lohnaufschläge wesentlich herabgesetzt: sie betragen nur noch 30,
nach einer anderen Meldung 30 und 35 Proz., je nach der Arbeits-
zeit. Das Leistungsminimum soll gemäß dem deutschen
Tarif erhöht werden sein. Mit Ausnahme der großen
Maschinen mit Einlegeapparaten kann ein Maschinenmeister auch
an zwei Maschinen tätig sein. Gegen entsprechenden Lohnaufschlag
ist die Bedienung von mehreren Ziegelbrennöfen gestattet.

Der paritätische Arbeitsnachweis, eine Haupt-
streitfrage zwischen den Parteien, gelangt zur Einführung und da-
durch die bis jetzt ausschließlich bestanden Stellenvermitte-
lung der Gehilfen zur Auflösung. Für die Ver-
trauensmänner wurden besondere Bestimmungen geschaffen. Ferner
sollen die diesmal während der Tarifdauer zur Anwendung ge-
kommenen Kampfmethoden der passiven Resistenz und der
Auspörierung als dem Geiste der Tarifgemeinschaft
widersprechend erklärt worden sein.“

In der Hauptsache dürften die Mitteilungen zutreffend sein.
Das danach vereinbarte lehnt sich vielfach darauf an, daß die
Lohnverhältnisse an, daß die harte Mitarbeit des deutschen Tarifs
antes beim Zustandekommen der Vereinbarungen unverkennbar ist.
Den österreichischen Buchdruckern gefällt das neu zustande gekommene
Verhältnis nicht. Als am Montag der Obmann der Wiener
Buchdrucker vor diesen über das Ergebnis der Verhandlungen
referierte, rief er eine starke Opposition hervor. Die
Opposition verhinderte schließlich den Reichstagsabgeordneten
Schilder, der als Gehilfenvertreter in erster Linie die Verhand-
lungen mit der Prinzipalität geführt hatte, zu Worte zu kommen,
worauf die Versammlung von einem Regierungsvertreter aufgelöst
wurde. Diese Auflösung verhinderte leider, daß die Versammlung
durch Abstimmung zu einer festen Stellungnahme kam. Wie das in
solchen Fällen immer der Fall ist, dürften sich Freunde und Gegner
des Tarifes in gleicher Weise die Mehrheit zuschreiben.

Jugendbewegung.

Es ist erreicht!

Wenach der Jungdeutschlandbund sich lange gefehnt, er hat es
vorgestern, am 18. Februar, endlich erreicht: den Anschluß der
„Zentrale für Jugendklubs“ an den Jungdeutschland-
bund! Zu diesem Zweck hatte die „Jugendfürsorgezentrale“ preußi-
scher Kreise, Lehrer und Lehrerinnen eine Konferenz nach dem
Sitzungslokal des Abgeordnetenraumes einberufen, die sehr zahl-
reich besucht war. Auch einige Abgeordnete und Offiziere sowie
Vertreter der Behörden waren erschienen, für welche hohe Ehre der
Vorsitzende in seiner Eröffnungsrede gar nicht genug Worte des
Dankes finden konnte.

Der Referent des Abends, Generalfeldmarschall von der
Goltz, Präsident des Jungdeutschlandbundes, leitete zuerst den
Lehrern seinen Dank ab, weil die „preussischen Lehrer von Anfang
an die beste und treueste Hilfe des Jungdeutschlandbundes gewesen
sien“. Und dann bemühte er sich in einer dreiviertelständigen
Rede nachzuweisen, daß dem Jungdeutschlandbund zu Unrecht nach-
gesagt werde, er beabsichtige die Militarisierung der Jugend. Seine
Ausführungen bewiesen allerdings das Gegenteil. Als er meinte,
„im übrigen habe der Militarismus bis jetzt dem deutschen Vater-
lande noch nichts geschadet“, erhob sich allgemeines Beifalls-
gemurmel bei denselben Lehrern, die fortwährend und mit Recht
über ihre schlechte Befoldung klagen und um Aufbesserung petiti-
onieren, aber offenbar weit davon entfernt sind, in den kolossalen
Militärlöhnen die letzte Ursache der allgemeinen Teuerung und
ihrer üblen Lage erkennen zu wollen. Herr von der Goltz hält die
„kurze“ Dienstzeit von zwei Jahren für nicht genügend zur
Festigung des jungen Soldaten. Deshalb müßte die Vorbereitung
zum Dienst schon viel früher einsetzen mit Übungen zur Scharfung
des Sinnes.

Ein ganzes Programm entwickelt er, das nichts anderes ist,
als eine systematische Erziehung zum Kriegsdienst, deren Objekt
die Jugend des Volkes sein soll. Und um den Lehrern die
Sache etwas schmackhafter zu machen, würzt er seine Rede reichlich
mit selbstverlebten Anekdoten aus seiner türkischen Dienstzeit.

Er bedauert, daß die Offiziere augenblicklich durch die starke
Heeresvermehrung nicht so viel Zeit, wie sie wünschen, zur Ver-
sorgung haben, um sich der Jugend zu widmen, die Lehrer müßten
deshalb mehr als je die Jugend lehren, daß es Pflicht jedes
heranwachsenden Deutschen sei, sich stark und
wehrkräftig zu machen.“

Zum Schluß reißt er den Jugendklubleitern noch den Köder
der außergewöhnlichen Vergünstigungen hin, die allen dem Jung-
deutschlandbund angeschlossenen Vereinen gewährt werden und die
trotz wiederholten Erfahrens der proklamarischen Jugend-
bewegung versagt bleiben, wie billige Eisenbahnfahrten, Ueber-
nachten in Kasernen, Führerkurse u. a. m.

Einstimmig gelangte folgender Beschluß zur Annahme:

„Die Jugendfürsorgezentrale schließt sich dem Jungdeutsch-
landbund an, derart, daß bei Wahrung voller Selbstständigkeit
der beiden Organisationen, die von jeder getroffenen Sonder-
einrichtungen, sowohl in der Hauptverwaltung als auch bei allen
Ortsgruppen, der anderen Organisation dienstbar gemacht werden,
so daß die Praxis in ein einheitliches harmonisches Zusammen-
wirken ausfließt.“

Ueberflüssig ist es, besonders darauf hinzuweisen, daß zu den
500 000 jugendlichen Mitgliedern, die der Jungdeutschlandbund in
seinen 35 Verbänden heute umfaßt, auch nicht ein einziges Kind
klaffenbewahrter Arbeitereltern hinzukommen darf, trotz des Druckes,
den zweifellos die Jugendklubs der Gemeinde- und Fortbildungs-
schulen im ganzen Reiche in verstärktem Maße auszuüben ver-
suchen werden!

Gerichtszeitung.

Die Hinwirkung zum Abschluß eines Tarifvertrages — Erpressung?

Das Reichsgericht hatte sich am Montag mit einer Auf-
lehnung gegen seine eigenartige Anwendung des Erpressungs-
paragrafen auf Arbeitsvertragsstreitigkeiten zu befassen.

Wegen verachteter Erpressung hatte sich vor dem Landgerichte
Hamburg am 6. Oktober v. J. der Gewerkschaftsbeamte Friedrich
Boh zu verantworten. Das Gericht ist jedoch zur Freisprechung
des Angeklagten gelangt. Die Arbeiter der Firma Heermann u. Co.
in Hamburg, Fabrik für Oele und Pflanzenfette, verlangten im
Frühjahr v. J. höheren Lohn. Als ihre Forderungen abgelehnt
wurden, traten sie am 21. Mai in den Streik. Am 26. Juni sandte
dann der Angeklagte im Auftrage der ausländischen Arbeiterschaft
der Firma ein Schreiben, in welchem es folgendermaßen hieß:
Die unterzeichnete Organisation erlaubt sich nochmals die Anfrage,
ob die Firma zur Beilegung der Streitigkeiten bereit sei. Man
biete der Firma nochmals die Hand zum Frieden. Ueber die Ware
der Firma sei bei der Kommission und dem Kartell bereits der
Voylott beantragt, und dieser werde durchgeführt werden, wenn
die Firma in den geforderten neuen Tarifvertrag nicht einwillige.
Die Firma antwortete jedoch auf den Brief nicht und so trat dann
der angekündigte Voylott ein. In dem erwähnten Schreiben, und
zwar in der Androhung des Voylotts soll nach der Anlage die dem
Angeklagten zur Last gelegte verachtete Erpressung liegen. Zu
seiner Verteidigung hatte der Angeklagte ausgeführt, er habe ledig-
lich geschrieben, um einen Voylott zu verhindern. Eine Androhung
eines solchen habe nicht vorgelegen, denn der Voylott an sich sei,
als er den Brief schrieb, bereits in der Kommission beschlossen ge-
wesen, und um ihn zur Durchführung zu bringen, habe es damals
nur noch einer Nachricht an die Zentralstelle Hamburg des Verbandes
der Fabrikarbeiter Deutschlands bedurft. Er habe die Firma vor
einem Voylott bewahren wollen und ihr deshalb nur eine Ritze-
lung von dem Kommissionsbeschlusse und dem voraussichtlichen
weiteren Verlauf der Sache gemacht. Das Gericht führte aus: Da
nach ständiger Rechtsprechung ein Streik zwecks Erlangung gün-
stiger Arbeitsbedingungen nicht strafbar ist, so war auch der
Voylott an sich nicht strafbar und ebensowenig die Androhung
eines solchen, oder vielmehr es lag im vorliegenden Falle über-
haupt keine Androhung, kein Drohen mit einem Uebel im straf-
rechtlichen Sinne vor. Gegen das Urteil hatte die Staatsanwalt-
schaft Revision eingelegt. Der Reichsanwalt beantragte, der Re-
vision stattzugeben. Demgegenüber führte der Verteidiger des An-
geklagten, der die Verwerfung der Revision beantragte, folgendes
aus: Der Angeklagte habe in dem fraglichen Briefe überhaupt
kein Uebel angedroht, sondern lediglich Bezug genommen auf eine
bereits in der Vergangenheit liegende vollendete Tatsache, da der
Voylott zu jener Zeit bereits beschlossen gewesen sei und es ja
nicht in der Macht des Angeklagten gestanden habe, ihn herbeizufü-
hren. Das Schreiben habe also nicht enthalten einen Hinweis
auf ein zukünftiges Uebel, das der Angeklagte unter gewissen Vor-
aussetzungen selbst herbeiführen werde. Auch sei in der Revision
der Staatsanwaltschaft der Begriff des rechtswidrigen Vermögens-
vorteils verkannt. Denn die Erlangung eines neuen Tarifver-
trages sei kein rechtswidriger Vermögensvorteil, da der Tarifver-
trag nicht festsetze, ob Arbeitsverträge abgeschlossen werden, sondern
wie sie abgeschlossen werden sollen.

Das Reichsgericht verurteilte die Entscheidung auf den
8. April.

Vom polnischen Kriegsschauplatz.

Wegen Aufreizung zum Massenhaß (§ 130 St.G.B.) wurde
gestern der Händler Kalkowski vor der 4. Strafkammer unter
Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hofmeister zur Verantwortung ge-
zogen. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit
statt. Im Juli v. J. ging bei dem Postamt in Leipzig eine Sendung
national-polnischer Postkarten ein, die von der Firma Fries in
Strakonitz abgehandelt und an eine Leipziger Firma adressiert war.
Lehtere sollte die Karten an einen gewissen Paul Kalkowski in
Berlin senden; dieser war eine Dedresse für den Angeklagten,
der sich mit der Strakonitzer Firma einseitig hatte. Die Polizei,
die von dieser Transaktion durch irgend eine unterirdische Quelle
Wind bekommen hatte, nahm plötzlich eine Durchsuchung in den
Geschäftsräumen des Angeklagten vor und beschlagnahmte eine
große Anzahl von Postkarten. Diese sind nach Ansicht des Gerichts
geeignet, verschiedene Bevölkerungsklassen gegeneinander aufzu-
reizen, nämlich die polnischen Untertanen polnischer Nationalität
gegen die übrigen Untertanen. Daß dies der Zweck und der Sinn
der Karten ist, geht schon, wie vom Vorsitzenden im Urteil ver-
händelt wurde, aus den Aufschriften hervor, die sich auf den Karten
befinden. Die Karten seien aber nicht bloß objektiv als aufreizend
anzusehen, dem Angeklagten sei auch tatsächlich bekannt gewesen,
daß sie diese Eigenschaft haben. Der Angeklagte, der eine national-
polnische Kundenschaft habe, habe die Karten an seine Kundenschaft
verkauft oder zugegeben, er inseriere in polnischen Zeitungen und
habe 1912 bei der Reichstagswahl Wahlzettel für den polnischen
Kandidaten vertrieben. — Der Gerichtshof verurteilte den An-
geklagten zu 150 M. Geldstrafe event. 30 Tagen Gefängnis und
verfügte die Einziehung der beschlagnahmten Postkarten mit einigen
Ausnahmen, ferner die Unbrauchbarmachung der betr. Exemplare,
Platten und Formen.

Da, da ist Preußen-Deutschland doch wieder mal gerettet.
Sind die Postkarten aufreizender als die Tatsache, daß wegen solcher
eine Verurteilung möglich ist?

Ein Handelslehrer als Erpresser.

Als ein recht verwerfliches und gemeingefährliches Erpressungs-
manöver bezeichnete gestern der Vorsitzende der 3. Strafkammer
des Landgerichts III, Landgerichtsdirektor Schmer, die Handlungs-
weise des staatlich geprüften Handelschullehrers Erich Sadow aus
Siegling, der sich wegen verachteter Erpressung zu verantworten hatte.

Der Angeklagte war von einem Warenhause in der Leipziger
Straße als Handelslehrer angestellt worden. Die betreffende Firma
hat mit behördlicher Genehmigung für ihre Fortbildungsschul-
pflichtigen Angestellten eine Handelsschule eingerichtet, in welcher
der Angeklagte wöchentlich 6 Stunden à 4 M. zu geben hatte.
Außerdem erteilte er auch noch in einer städtischen Fortbildungs-
schule Unterricht. — Eines Tages erfuhr der Angeklagte zufällig,
daß eine Frau Hauptmann A. in den — wie sich später heraus-
stellte fälschlichen — Verdacht geraten war, in dem Warenhause
Diebstähle verübt zu haben. Er fasste den Plan, aus der erlangten
Kenntnis des Sachverhalts Kapital zu schlagen und erziehen eines
Tages in der Wohnung der Frau Hauptmann A. in Charlotten-
burg. Er stellte sich als „Dr. Simon“ vor und gab an, Sanditus
der Firma zu sein. Indem er immer wieder darauf hinwies,
daß es lediglich menschliches Mitleid mit den Verurteilten anderer
sei, das ihn zu diesem Schritte veranlaßt habe, kam er allmählich
damit hervor, daß er in der Lage sei, es zu verhindern, daß die
Firma das belastende Material gegen Frau Hauptmann A. der
Staatsanwaltschaft übergebe. Wenn sie sich bereit erkläre, eine

größere Summe, etwa 3 oder 500 M. für wohlthätige Zwecke zu
opfern, so werde er Mittel und Wege finden, daß die „Affäre“
totgeschwiegen werde. In der weiteren Unterhaltung gewann
Frau A. die Ueberzeugung, daß sie es mit einem Erpresser zu tun
habe. Sie erklärte deshalb, sich die Sache nochmals überlegen zu
wollen und setzte sich sofort mit der Firma in Verbindung. Als
der Angeklagte ihr gegenübergestellt wurde, spielte er die Rolle der
gefrenkten Unschuld und erklärte scheinbar höchst entrüstet, daß
er sich eine derartige Verächtlichkeit nicht gefallen lassen werde.
Später legte er allerdings ein Geständnis ab, welches er vor
Gericht wiederholte. — Staatsanwalt Assessor Dr. Erich beantragte
ein Jahr Gefängnis bei fortgesetzter Bestrafung. Das Gericht er-
kannte auf sechs Monate Gefängnis.

Versammlungen.

Zentralverein der Bildhauer. In der am Montag abgehaltenen
Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin gab der Vor-
sitzende Bonebold eine kurze Uebersicht über die Bewegung im
Jahre 1913. Unter der allgemeinen wirtschaftlichen Depression
hatten natürlich auch die Bildhauer zu leiden. Die Arbeitslosigkeit
war ausgebeutet und anhaltend. Die beschlossene Extrazustellung
an die ausgebeuteten Arbeitslosen erforderte eine Ausgabe von
3200 M.

Nachdem die Versammlung den Vorstandsbericht entgegen-
genommen hatte, schritt sie zur Wahl der Ortsverwaltung, die
folgendes Ergebnis hatte: 1. Vorsitzender Bonebold, 2. Vor-
sitzender Maedje, Schriftführer Ebers und Lehmann, Beisitzer
Meinert und Jensch, Revisoren: Hildesheim, Meyer, Strojed und Müller. Bezirkskommission: Wel-
fer, Krumbel und Briel.

Nach einer längeren Diskussion über die Extrazustellung
der Ausgesteuerten wurde der frühere Beschluß, der den Mitglie-
dern, welche 13 Wochen arbeitslos und seit 6 Wochen ausgesteuert
sind, 30 M. Extrazustellung gewährt, dahin abgeändert, daß die
Unterstützung von 30 M. denen zuteil wird, die 13 Wochen arbeits-
los und seit 2 Wochen ausgesteuert sind.

Aus aller Welt.

Ein Akt der Verzweiflung.

Eine furchtbare Muttat beging am Dienstagvormittag in
dem hannoverschen Dorfe Volkmarshausen der durch
lange Arbeitslosigkeit schwerwütig gewordene
Arbeiter Ernst Franke. In einem Anfall von Verzweiflung
überfiel er seine Frau und seine drei Kinder und schlug
mit einem Weil derart auf sie ein, daß alle vier schwer
verletzt wurden. Es besteht keine Hoffnung, das jüngste
fünf Monate alte Kind am Leben zu erhalten. Franke wurde
verhaftet.

Noch immer Fortner.

Das Zaberner Landgericht sollte gestern gegen den Leutnant
v. Fortner verhandeln. Gegen ihn hat das Mädchen
Franziska Murr, geboren am 7. Januar 1899, vertreten durch ihren
Vater, den Stadtarbeiter Johann Murr in Zabern, Klage erhoben.
Streitwert 2000 M. Der Beklagte wird beschuldigt, die Klägerin im
Sommer 1913, als sie kaum 14 Jahre alt und noch unbescholten
war, verführt zu haben. Er hat auch nachher mit dem Mädchen
noch geschlechtlich verkehrt. Das erste Mal soll er nur durch Hinterlist
und Gewalt zum Ziele gekommen sein, indem er die Klägerin in
einen Wald lockte und sie zwang, ihm willfährig zu sein. Auch
das zweite Mal verfuhr er es, die Jugend und Unerfahrenheit der
Klägerin auszunutzen, um ihren Widerstand hinwegzuräumen.

Die Klage wurde vom Landgericht Zabern am 28. April v. J.
verurteilt. Inzwischen wird der beklagte Leutnant v. Fortner
mündig, da er am 21. April 21 Jahre alt wird.

Ein ganz Mißvergnügter.

Auf recht radikale Weise hat in der rheinischen Ortschaft
Badenberg ein Bauer seinem Mißvergnügen über die
Heranziehung zum Wehrbeitrag Ausdruck verliehen. Der
Rann namens Burbach, der reichste Bauer des
Dorfes, wurde in seiner Scheune erhängt aufgefunden.
Vor seinem Tode hatte der Selbstmörder geäußert, die
Heranziehung seines Bestandes zur Wehr-
steuer habe ihm das Leben verleidet. Hoffentlich
ziehen die Herren im Zirkus Busch daraus keinerlei Konse-
quenzen; 's wäre schade!

Schneesturm in New York.

Ein furchtbarer Schneesturm ist erneut über New York nieder-
gegangen. Innerhalb weniger Stunden waren die Straßen wieder
fuhhoch mit Schnee bedeckt und bei der Riesenausdehnung der Stadt
ist es dem Magistrat nicht möglich, das Wegbringen des Schnees mit
der nötigen Schnelligkeit zu besorgen, so daß der Verkehr in den
meisten Straßen fast vollkommen unterbrochen ist.
Die gesamte Feuerweh New Yorks und 13 000 Hilfspersonen
sind ununterbrochen mit dem Freimachen der Straßen beschäftigt,
und doch ist es ihnen bisher möglich gewesen, die Hauptverkehrs-
straßen zu säubern. Auch aus dem Innern des Landes kommen
Meldungen über schwere Schäden, die der neuerliche Blizzard an-
gerichtet hat. Der gesamte Eisenbahnverkehr im Staate New York
ist stundenlang unterbrochen, und war bis spät abends noch
nicht wiederhergestellt. Sieben weitere Todesfälle werden
gemeldet.

Kleine Notizen.

Beim Fenster erschlagen. In der bayerischen Ortschaft Rain
wurde der Dienstknecht Johann Huber am Kammerfenster seiner
Geliebten mit einem Prügel niedergeschlagen und ge-
tötet.

Betrügerischer Regierungsbeamter. Die Staatsanwaltschaft hat
einen Steckbrief gegen den 27 Jahre alten Regierungs-
supernumerar Karl Schneider aus Beller bei Mar-
burg wegen Unterschlagung und Buchfälschung erlassen.
Drei Arbeiter ertranken. Wie aus München gemeldet wird,
sind auf dem Eise des Walchensees drei Holzarbeiter einge-
brochen. Alle drei ertranken. Die Leichen konnten geborgen
werden.

641 000 Kronen unterschlagen. In der Diskontobank in Kol-
borg (Dänemark) haben zwei Beamte, die privatim an der Börse
spielten, im Laufe der letzten acht Monate 641 000 Kronen
unterschlagen. Das Aktienkapital, die Reserven und der
Garantiefonds der Bank decken die Unterschlagungen, so daß die
Kundenschaft keinen Schaden erleidet.

Todesopfer ins Meer. Bei Beniccola in Florida ist Leut-
nant Murray vom Fliegerkorps der amerikanischen Marine mit
seinem Flugzeug aus einer Höhe von 800 Fuß in das Meer ge-
fallen und ertrunken.

Tödtliche Unfälle im Rheinlande. Im rheinischen Industriegebiet
haben sich am Dienstag eine ganze Anzahl von schweren Unfalls-
fällen ereignet, die fast alle einen tödtlichen Verlauf nahmen. So ge-
riet in Hamburg der Arbeiter Leopold Brenner aus Marzloh
auf der Gewerkschaft Deutscher Kaiser unter einen Hammer
und wurde sofort getötet. — In Lindenthal bei
Köln wurde gestern von der Kleinbahn ein Mann überfahren
und sofort getötet. — In den Hafenanlagen der Familie
Haniel gehörenden Zeche Azeinpreußen geriet der Verlade-
meister Zimmermann zwischen die Räder zweier Eisen-
bahnwagen. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er kurz
darauf starb.



Amol Hausmittel

Allgemein-Verchiedenes

Greenow's Kaffee-Verd. Dresdenstr. 70

C. Kisch Lindenstr. 105

Alkoholfreie Getränke

Franz u. Abraham

Arbeiter-Berufskleidung

Auto-Fahrer

Bade-Anlagen

Bad Frankfurt, Gr. Prkt. Str. 132

Bad Hufeland, Hufelandstr. 45

Bad Nienburg, Nienburgstr. 18

Bad Ostend, Ostendstr. 17

Bad Silesia, Silesiastr. 21

Bandagen, Gummivarren

Passage-Bad, Wiener Str. 63

Schiller-Bad, Müllersstr. 153a

Silesia-Bad, Silesiastr. 21

Bandagen, Gummivarren

Bäcker- u. Konditoreien

C. Adamek, Nolln, Jonsstr. 23

Albrecht, E. Praterstr. 29

Landbröcker, Hermann, Albrecht

P. Andersch, Zionskirchstr. 17

R. Anderson, Thüringerstr. 32

A. Anst, Drontheimer Str. 40

W. Bagge, Wiefelstr. 30/31

Willy Bär, Stromstr. 48

Paul Berger, Mirbachstr. 29

P. Beyer, Franckstr. 45

Josef Breika, Kirchhofstr. 46/47

A. Bickel, Eibingerstr. 33

Otto Billepp, Kastanien-Allee 21 a 22

Reinh. Blenk, Wiesenstr. 19 a

R. Block, Sorsenerstr. 18

Alw. Brämer, Romintenstr. 40

Brodfabrik Heinersdorf Mühl

Paul Buching, Pankow, Görschstr. 11

Rudolf Brochmann, Köpenick, 3 Müll

F. Brecht, E. Praterstr. 29

W. Brömer, Brömer, Driesenerstr. 3

Hermann Bull, Grünauerstr. 12

Ernst Buller, Bröselerstr. 43

M. Burghard, Waldemarstr. 76

Gust. Böhm, Gubenstr. 26

G. Büchner, Nordhäuserstr. 29

Alb. Dachwig, Kamerunerstr. 36

David Landbröcker, Hufelandstr. 37

Paul Dilly, Markustraße 15

Albert Denkewitz, Jakobstr. 14

Dollwa, Ferdinand Torallstr. 4

Otto Donath, Stolpischstr. 32

H. Donner, Driesenerstr. 10

A. Dörmann, Pankow, Hufelandstr. 71

F. E. Ernst, Pankow, 18

W. Ernst, Pankow, 42

Franz Faustwetter, Wiefelstr. 47

Carl Paul, Friedenstr. 101

Paul Freitag, Stutgartenerstr. 33

F. Freyer, Bismarckstr. 72

R. Friedrich, Marienburgerstr. 58

Heinrich Frister, Pankow, Florast. 20

Rob. Gebler, Widenbruchstr. 65

F. George, Wilschauerstr. 22

F. G. Glauber, Chausseestr. 80

Gunnar, R. Posenstr. 16

W. Göt, Emdenerstr. 59

B. Gonsior, Troptow, Grätzstr. 63

O. Götz, Wiesenstr. 31

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Bäcker- u. Konditoreien

Landbr.-Bäck. Kröcher, Saalestr. 20a

C. Kunze, Liebigstr. 1

Karl Kumerle, Teres a. Altesa

Max Köhl, Triftstr. 9

Felix Kynast, Dänenstr. 5

Bäckerei Künscher

Kastanien-Allee 47

Ev. Liesegang, Danzigerstr. 42

Adolf Lind, Lichthg., Willemsstr. 75

Carl Lindenberg, Lychenstr. 4

H. Lübb, Reinickendorferstr. 12

F. Lutzmann, Hohenloherstr. 2

W. Lutzmann, O., Gabrielstr. 2

W. Megow, Lichtenbg., Grätzstr. 49

H. Markgraf, Charl., Goethestr. 49

R. Markwort, Pflegerstr. 11

R. Mascher, Liebigstr. 17

Anton Meynar, Landbergerstr. 17

Alfred Meiner, Pankow, 55/56

Mühlsteif, Spandau, Bismarckstr. 5

G. Mosler, Wilschauerstr. 42

E. Mühl, Mantelstr. 87

Max Muth, Falckensteinstr. 87

Carl Neundorfer, Sickingenstr. 76

Wilhelm Nilsen, Malplauent. 6

Gustav Nielsen, Lindowstr. 9

P. Nitschke, Cadinerstr. 4

Paul Otto, Danzigerstr. 21

Robert Pötschke, Sprengelstr. 48

J. J. Pötschke, Amst. 204, Reinickend. 6st

Herm. Prager, Gr. Frankfurterstr. 26

F. Pribyl, Osabrückerstr. 26

Richard Raasch, Weichselstr. 64

Frühlicher jr., Liebenwalderstr. 13

Rekordbäckerei

Schützendorferstr. 23

G. Riewe, Bismarck, Hufelandstr. 87

C. Reich, Bismarck, Hufelandstr. 87

F. Radloff, Nolln, Allee 37

Osw. Raub, Gürtelstr. 27

Gust. Rauteberg, Metzstr. 11

Kurt Reinecke, Franzstr. 12

P. Reiheloh, Troptow, Kiehlstr. 17

Richard Rieger, Triftstr. 15, Sparr. 29

Otto Reutewisch, Simon-Dachstr. 1

F. Rielen, Smarinerstr. 11

R. Rieme, Pannierstr. 4

Willy Rohde, Zellerstr. 11

Hubert Köster, Triftstr. 4

Alfred Rost, Hufelandstr. 133

F. Sandmann, Troptow, Grätzstr. 25

Wilhelm Sauter, Gedenkerstr. 14

W. Schaaf, Reinickend. 6st, Praterstr. 43

Emil Schaller, Schreinerstr. 52

P. Schauer, Anklamerstr. 18

P. Schirmer, Reinickend. 6, Praterstr. 53

Carl Schleich, O., Wilschauerstr. 3

W. Schmidt, Liebenwalderstr. 19

Paul Schmitt, Amsterdamerstr. 9

O. Schneider, N.W., Sankt-Nikolastr. 12

Willy Schneider, Nolln, Grätzstr. 21

Gustav Schöfflich, Dolgerstr. 31

Paul Schön, Koppenhagenstr. 74

Eberhard Schönwiese, Lichtenstr. 27

Paul Schröder, Hufelandstr. 27

E. Schön, Knippenstr. 9

W. Schönwiese, Romintenstr. 54

Carl Schulz, Hufelandstr. 26

Paul Schulz, Hufelandstr. 26

Adolf Schulz, Florast. 78

Pank. Paul Schürer, Tilsiterstr. 12

Reinh. Schwarz, Kastanien-Allee 11

Carl Schwan, Hufelandstr. 26

Paul Schwan, Hufelandstr. 26

Adolf Schulz, Florast. 78

Pank. Paul Schürer, Tilsiterstr. 12

Reinh. Schwarz, Kastanien-Allee 11

Carl Schwan, Hufelandstr. 26

Paul Schwan, Hufelandstr. 26

Adolf Schulz, Florast. 78

Pank. Paul Schürer, Tilsiterstr. 12

Reinh. Schwarz, Kastanien-Allee 11

Carl Schwan, Hufelandstr. 26

Paul Schwan, Hufelandstr. 26

Adolf Schulz, Florast. 78

Pank. Paul Schürer, Tilsiterstr. 12

Reinh. Schwarz, Kastanien-Allee 11

Carl Schwan, Hufelandstr. 26

Paul Schwan, Hufelandstr. 26

Adolf Schulz, Florast. 78

Pank. Paul Schürer, Tilsiterstr. 12

Reinh. Schwarz, Kastanien-Allee 11

Carl Schwan, Hufelandstr. 26

Paul Schwan, Hufelandstr. 26

Adolf Schulz, Florast. 78

Pank. Paul Schürer, Tilsiterstr. 12

Reinh. Schwarz, Kastanien-Allee 11

Carl Schwan, Hufelandstr. 26

Paul Schwan, Hufelandstr. 26

Adolf Schulz, Florast. 78

Pank. Paul Schürer, Tilsiterstr. 12

Reinh. Schwarz, Kastanien-Allee 11

Carl Schwan, Hufelandstr. 26

Paul Schwan, Hufelandstr. 26

Adolf Schulz, Florast. 78

Pank. Paul Schürer, Tilsiterstr. 12

Reinh. Schwarz, Kastanien-Allee 11

Carl Schwan, Hufelandstr. 26

Paul Schwan, Hufelandstr. 26

Adolf Schulz, Florast. 78

Pank. Paul Schürer, Tilsiterstr. 12

Reinh. Schwarz, Kastanien-Allee 11

Carl Schwan, Hufelandstr. 26

Paul Schwan, Hufelandstr. 26

Adolf Schulz, Florast. 78

Pank. Paul Schürer, Tilsiterstr. 12

Reinh. Schwarz, Kastanien-Allee 11

Carl Schwan, Hufelandstr. 26

Paul Schwan, Hufelandstr. 26

Adolf Schulz, Florast. 78

Pank. Paul Schürer, Tilsiterstr. 12

Reinh. Schwarz, Kastanien-Allee 11

Carl Schwan, Hufelandstr. 26

Paul Schwan, Hufelandstr. 26

Adolf Schulz, Florast. 78

Pank. Paul Schürer, Tilsiterstr. 12

Reinh. Schwarz, Kastanien-Allee 11

Carl Schwan, Hufelandstr. 26

Paul Schwan, Hufelandstr. 26

Adolf Schulz, Florast. 78

Pank. Paul Schürer, Tilsiterstr. 12

Reinh. Schwarz, Kastanien-Allee 11

Carl Schwan, Hufelandstr. 26

Paul Schwan, Hufelandstr. 26

Adolf Schulz, Florast. 78

Pank. Paul Schürer, Tilsiterstr. 12

Reinh. Schwarz, Kastanien-Allee 11

Carl Schwan, Hufelandstr. 26

Paul Schwan, Hufelandstr. 26

Adolf Schulz, Florast. 78

Pank. Paul Schürer, Tilsiterstr. 12

Reinh. Schwarz, Kastanien-Allee 11

Carl Schwan, Hufelandstr. 26

Paul Schwan, Hufelandstr. 26

Adolf Schulz, Florast. 78

Pank. Paul Schürer, Tilsiterstr. 12

Reinh. Schwarz, Kastanien-Allee 11

Carl Schwan, Hufelandstr. 26

Paul Schwan, Hufelandstr. 26

Adolf Schulz, Florast. 78

Pank. Paul Schürer, Tilsiterstr. 12

Reinh. Schwarz, Kastanien-Allee 11

Carl Schwan, Hufelandstr. 26

Paul Schwan, Hufelandstr. 26

Adolf Schulz, Florast. 78

Pank. Paul Schürer, Tilsiterstr. 12

Reinh. Schwarz, Kastanien-Allee 11

Carl Schwan, Hufelandstr. 26

Paul Schwan, Hufelandstr. 26

Adolf Schulz, Florast. 78

Pank. Paul Schürer, Tilsiterstr. 12

Reinh. Schwarz, Kastanien-Allee 11

Carl Schwan, Hufelandstr. 26

Paul Schwan, Hufelandstr. 26

Adolf Schulz, Florast. 78

Pank. Paul Schürer, Tilsiterstr. 12

Reinh. Schwarz, Kastanien-Allee 11

Carl Schwan, Hufelandstr. 26

Paul Schwan, Hufelandstr. 26

Adolf Schulz, Florast. 78

Pank. Paul Schürer, Tilsiterstr. 12

Reinh. Schwarz, Kastanien-Allee 11

Carl Schwan, Hufelandstr. 26

Paul Schwan, Hufelandstr. 26

Adolf Schulz, Florast. 78

Pank. Paul Schürer, Tilsiterstr. 12

Reinh. Schwarz, Kastanien-Allee 11

Carl Schwan, Hufelandstr. 26

Paul Schwan, Hufelandstr. 26

Adolf Schulz, Florast. 78

Pank. Paul Schürer, Tilsiterstr. 12

Reinh. Schwarz, Kastanien-Allee 11

Carl Schwan, Hufelandstr. 26

Paul Schwan, Hufelandstr. 26

Adolf Schulz, Florast. 78

Pank. Paul Schürer, Tilsiterstr. 12

Reinh. Schwarz, Kastanien-Allee 11

Carl Schwan, Hufelandstr. 26

Paul Schwan, Hufelandstr. 26

Adolf Schulz, Florast. 78

Pank. Paul Schürer, Tilsiterstr. 12

Uhren und Goldwaren
Kesslerskop-Werkzeugfabrik - St. 167
Jonass & Co.
BERLIN S.W. 309
Teilhaltung
Kataloge
gratis u. franko.

Unterrichtsinstitute
Maschinen- u. Holzerzubildg.
Lehrkr., Licht-, Kraft-, Fahrstuhl-
föhrer, Zentralheiz., Urbanstr. 54
Warenhäuser
Carl Hoffmann
Schöneberg
Herbertstr. 4.

Café Metropol
Köpenicker-,
Eckstr. 10.
Tägl. gr. Künstler-Konzert.
Grand-Café „Zepplin“
Frankfurterallee 76, Ecke Fildlerstr.

Wild- u. Geflügel
Georg Riedl, Eisenstr. 57.
Yoghurt-Präparate
Yoghurt-Milch-Kakao
wirkt blutreinig. 100 Tass. M. 2. -
Für Korpulente Zehr-Yoghurt.

Aldershol
Fisch- u. R. Kleemann, Harnsdorferstr. 11a
Kaufhaus Julius Weill Nachf.
Brenz
Emil Gold, Bäckerl., Germania-Tempelstr. 10

Lichterfelde
Königsberger & Co. Lankwitzstr. 1
Herrenartikel und Konfektion.
Mariendorf
A. Böckmann
Gartenstr. 1. Samsenhandlg. 70. Nolln, Hermannstr. 116

Spandau
J. Bode, Fischelndorferstr. 54.
W. Lattke, Fahr., Fischelndorferstr. 28.
O. Kruer, Fischelndorferstr. 117. Möbelgesch.
O. Wenzel, Fischelndorfer Str. 2a.

Vericherungen
„Deutschland“ Berlin
Arbeiterversicherung - Schützen-
Sicherheitsversicherung, Straße 2
„Juna“ zu Halle a. S.
Berlin, Charlottenstr. 83
Volks- und Lebensversicherung.

Kino-Variété
Sensouol, Cottbuser Str. 6.
Erstklassiges Programm
Gut gepflegte Biere
Dienst. Donnerst. Sonnt. Ball.
Volkstümliche Preise
Ball.

Konzert-Café
Nord-Palast
Brunnenstr. 18, E. Veteranenstr.
Hiebeck-Ausschank, gr. Frl. 31.
O. Rohloff, Uferstr. 1, Ecke.

Zahnateller
Max Alm, Franseckstr. 18
P. Baren, Steinmetzstr. 30.
W. Best, Sülzstr. 82 E. Wrasgeln.

Butterhandlung Monopol
G. Hübscher, Uferstr. 12, Bahnh. 20
Kaufhaus Emil Bergmann
Otto Krasche, Frl. Köthener Str. 34

Schöneberg
W. Hübner, Bülowerstr. 61 Möbel.
O. Kurzweg, Schum. Fährstr. 17.
Tegel
E. Scheller, Arb.-Berf. Berliners 114

Wilhelmsruh
Cari Gahl, Gehlendorfer, Eifelweiser 26.
J. Laschinski, Bäck., Eifelweiser 11.
P. Negow, Milchgesch., Lindenallee 13

500,000 Gratis-Löffel.
Quaker Oats Pakete enthalten jetzt Gutscheine, für welche schwer versilberte Löffel gänzlich kostenlos erhältlich sind.
Ohne Reklameaufdruck sind die Quaker Oats Löffel eine Zierde für jeden Tisch. Man beginne also sofort mit dem Sammeln der Gutscheine.
Quaker Oats kommt frisch und mit nussartigem Geschmack aus der modernst eingerichteten Hafermühle Deutschlands.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zweifach fettgedruckte Worte).
Stellungsuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg.
Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
Für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Leppich-Thomae, Oranienstr. 44
Inhabershalbe Teppiche (pottblig);
Gardinen, Steppdecken, Tischdecken
haben Preis. Vorwärtsliefern 5 Prozent
Estrabatt! 785R
Wandteppichhaus Hermannplatz 6.
Spottbliger Bettdeckenverkauf.
Wohlfühlverkauf, Gardinenverkauf, Teppich-
verkauf, Goldwarenverkauf.
Ausswahl herrlicher Teppiche.
Sonntags-
verkauf ebenfalls.

Bettenbank 9., Brunnen-
1200R
Teppiche (Farbenlehler) pottblig.
Babylager Neuerhof, Große
Frankfurterstr. 9, parterre.
„Vorwärts“-Lieferer zehn Prozent
Estrabatt! 1938R
Kinderwagen! Teilzahlung! 0,50
wöchentlich an!
Ausschlussverkauf!
Spottblig! Richard, Warthener-
str. 90. 2137R
Vegetarier billig.
Seitz, Eibinger-
str. 27. 210/8
Schulentlassungsfeier (Kommuni-
kationsfeier), Festansprachen, Ge-
dichte, Widmungen und Festgedänge.
Zu beziehen durch alle Buchhand-
lungen, auch Vorwärtsbuchhandlung,
oder gegen Einzahlung von 25 Pfennig
an D. Breiter, Lichtberg, Wein-
richtstr. 20. 946R
Kinderwagen verkauft
Hohenzollernstr. 20, Cuesgebäude 1
Treppe
links.

Metalbetten, modern, Kinder-
bett, pottblig verlässlich.
Soffener-
str. 10, 3. St. 18/8
Billiger Möbelverkauf wegen
Hausumbau.
Quilbodenlampen 30,-,
35,-, 42,-, Vertikal-, Schreibst.,
Schlafzimmer 180-300,-,
Chaiselongue 30,-, 35,-,
Umbauarbeiten 55,-, 60,-,
Dresdenerstr. 107/108.
Rein Schwindelangebot! 2138R
Kerzenleier gewasene Möbel aller
Art.
Einsparungen in pottblig.
Kaufzählung.
Möbel-Bermittlung.
Zentrale, Lützowstr. 95. 23/7
Möbel-Cohn, 1. Geschäft: Große
Kantnerstr. 58, 2. Geschäft:
Grüner Weg 100.
Wohnungs-
Einrichtungen auf bequeme Teil-
zahlung.
Stube und Küche An-
zahlung von 15 Mark an.
Einsparung
Möbelstücke Anzahlung von 5 Mark
an.
Moderne Schlafzimmer, Speise-
zimmer, Herrenzimmer.
Zu bunten
Räumen reichere Auswahl.
Vielerlei
auch nach auswärts.
Abzahlung
wöchentlich, monatlich, ganz nach
Wunsch.
Größte Rücksicht bei Kran-
keit und Arbeitslosigkeit.
Vorgezigt
dieses Interests erhält beim Kauf
5 Mark gutgeschrieben.
Sonntags
12-2 geöffnet. 1005R
Sporen
Sie bei den schlechten
Zeiten.
Sie erhalten von mir gegen
ganz kleine An- und Abzahlung
nach Ihrem Wunsch ganze
Wohnungseinrichtungen und einzelne
Einrichtungen von 200 Mark bis 1000
Mark.
Spezialität:
Doppelbetten
Bettmattungen für Handwerker,
Arbeiter und Beamte.
Auch gebrauchte,
guterhaltene Möbel sehr billig.
Garantie
Umtausch oder Geld zurück,
wenn nicht gefällt.
Bei päpstlicher
Zahlung hohe Prämien in bar, also
große Vorteile für den realen Käufer.
Gewerkschaftsmitteln 5 Prozent
Rabatt.
Beliebte Rücksicht bei Kran-
keit, Arbeitslosigkeit, Streit um
u. Schenkung.
seit 1896
Brunnen-
str. 190, Eingang Anhalterstr.
- Rein Abzahlungsgeschäft. 1736R
Möbel (Küchen).
Auf Teil-
zahlung liefert Wohnungseinrich-
tungen, auch Einzelmöbel, bei leichter
Anzahlung und den allerbesten
Kaufpreisen.
Vollqualitäts 3.
Vollamt 22. 2029R
Verkauf
moderne Stube-
Einrichtungen, dabei Bezahlbare, noch
neu, pottblig.
Große Frankfurter-
str. 80, eine Treppe. 24/8
Küchen-
Kaufmann,
Große Frankfurterstr. 1, liefert
bei denkbar kleinsten An- und
Abzahlungen ganze Einrichtungen,
Stube und Küche schon bei 15,-
Anzahlung, einzelne Möbelstücke
schon bei 2,-.
Anzahlung.
Hilfs-
große Auswahl in bunten Räumen
und aller Arten Möbel.
Abzahlung
nach Wunsch des Käufers.
Beliebte
Anzahlung und Rückzahl.
Sonntags
geöffnet.
Vorgezigt
dieses
Interests erhält beim Kauf 5 Mark
gutgeschrieben.
Bitte um Hausnummer Nr. 1
amien.

Musikinstrumente.
Piano, kreuzsaitig 100,-,
ein Bestes billig (eventuell Teil-
zahlung).
Pianobau, Lützowstr. 9.
Piano, prämiert, wenig ge-
braucht, prachtvoller Ton, neu, kreuz-
saitig, billig verlässlich.
Korn-
trumpf, Oranienstr. 88, Hof-
parterre. 24/7
Fahrräder.
Fahrräder, gebrauchte, größte
Auswahl Berlin, 10,-, 15,-, 20,-,
25,-, neue 30,-, 35,-, 40,-
Zusatz-
decken 1,-, 1,50, 2,-,
Zusatzteile
1,-, 1,50.
Kadonow, Weinmeister-
str. 14. 2157R
Tasenfahrräder, größte Aus-
wahl, 20,-, 25,-, 30,-, 35,-, neue
40,-, 45,-, 50,-, 55,-.
Kadonow,
Weinmeisterstr. 14. 2158R
Fahrräder 15,- bis zu feinsten
Garantierädern.
Verkaufhaus Rolan-
thaler Str., Lützowstr. 209/1, Ecke
Köpenickerstr. 2067R
Reste.
Kaufhaus Reiterhandlung, Kott-
buserstr. 2, Kaufmannsart.
billig:
Kerzen, Damenstoffe, Blüsch, Seide,
Sejapartikel, Pelzwaren. 1508R
Kaufgesuche.
Zahngebisse, Goldschalen, Silber-
schalen, Platinabfälle, sämtliche Details
höchstzahlend.
Schmelzer,
Königsbergerstr. 30 a (gegenüber
Kantnerstr. 11)
Fahrradkauf
Reberstr. 42
Gefucht für eine größere Buchdruckerei Norddeutschlands ein
Sezerfaktor

Unterricht.
Kato - Fachschulen.
Kölnung,
unvergleichliche Ausbildung wird erteilt im
Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15 II,
Zimmer 43/44. 61/1
Unterricht in der englischen
Sprache.
Für Anfänger und Fort-
geschrittenen, einzeln oder im
Zirkel,
wird englischer Unterricht erteilt.
Auch werden Übersetzungen ange-
fertigt.
G. Siewierski - Liedniedt
Löhrentienburg, Stuttgarterplatz 33,
Gartenhaus III. 44R
Wohngüteriges Deutsch
sprechen
und schreiben leicht
billig (auch abends)
erfahrenen Privatlehrer.
Kaufhaus
unter,
Vollagerstr. 658*,
Driesch-
amt, Berlin. 78R
Verschiedenes.
Bauanwalter Müller, Lützow-
str. 16.
Küchengeräte
Reparaturen
jede-
gemäss,
schnell,
billig,
in eigener
Werkstatt,
auch außer dem Hause.
Seemann,
Gölnowstr. 26,
nahe
der
Landsbergerstr. 202R
Handwägerei
Frau
Hilf,
Köpenick,
Karlstr. 16,
nähe
des
Kloster-
Seelwäde,
Leibwäde,
für
Handwägerei,
Lützowstr. 0,10,
Ab-
holung
täglich. 2127R
Küchengeräte
Reparaturen,
Kaufhaus
Frau
Hilf,
Köpenick,
Karlstr. 16,
nähe
des
Kloster-
Seelwäde,
Leibwäde,
für
Handwägerei,
Lützowstr. 0,10,
Ab-
holung
täglich. 2127R
Küchengeräte
Reparaturen,
Kaufhaus
Frau
Hilf,
Köpenick,
Karlstr. 16,
nähe
des
Kloster-
Seelwäde,
Leibwäde,
für
Handwägerei,
Lützowstr. 0,10,
Ab-
holung
täglich. 2127R

Vermietungen.
Wohnungen.
Wohnungen, 2 Stuben, Küche,
Stall und Zubehör 23,00, 1 Stube,
Küche, Zubehör 14,00.
Heinersdorf
bei Berlin,
Koblenbachstr. 33, +69
Zu vermieten
Ein- und Zwei-
zimmer-Wohnungen
Soranerstr. 21.
Zimmer.
Wohlfühleres Zimmer, ruhig, Boh.
Vollstr. 11,
Hermannsdorfer,
Reutlin. +57
Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle, Herrn.
Bad,
Kottbuserdamm 28,
Abler,
Dorn II. +8R
Möblierte Schlafstelle bei Schmarz-
kop,
Baranienstr. 45,
Dorn II.
Schlafstelle, 1-2 Herren.
Stube
Koch,
Stallstr. 101. 24/5
Schlafstelle
einem,
Schlafstelle
zwei Herren,
Wolke 3,00,
Dragoner-
str. 18,
Hoffmann. 951R
Mietsgesuche.
Junge Mann
sucht
einfach
un-
geheures
Zimmer,
Küche
Geh-
weiden,
Offerten
Lützowstr. 6,
Bismarckstr. 10.

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Korretor,
Buchdrucker,
Sprachen,
ungefährlich,
sucht
sich
zu
verändern.
Lützowstr. 373,
Vollamt 58. 952R
Stellenangebote.
Lehrling
sucht
Otto
Bäde,
Stell-
machermeister,
Danzig (Pars),
895R
Kaufmann,
Biedersteiner
überall
gekauft
für
gehobenen
Kaufmannsart.
Georg
Brunow,
Lützowstr.
11. +13
Lehrling
sucht
Schloßerei
H.
Schulz
u.
Co.,
Koblenbachstr. 61. 947R
Tätiger
Hammerarbeiter
und
Monteur
suchen
dauernde
Beschäfti-
gung,
Haberstr.
Koch
H.
Jansow,
Alexanderstr. 97. 948R
Wamfelle,
Kaufmannsart,
im
Hause,
2-3
Mark,
Döring,
Brunnen-
str. 146. +43

Die Arbeitgeberwahlen zum Kaufmannsgericht

finden heute von 12 bis 4 Uhr statt.

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß die unabhängigen, sozial denkenden und demokratisch gesinnten Kaufleute ihre Stimmen auf

Liste 2, Freie Arbeitgeber

vereinigen. Da nach dem Proporzsystem gewählt wird, kommt es auf jede Stimme an. Die Wahl ist geheim. Kein Anhänger unserer Partei darf fehlen.

Parteiangelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, bei Kapf, Dönnelwitzerstr. 13, Viertelversammlung der 1. und 2. Abteilung. Vortrag des Genossen Hugo Wolderky über: Die Gemeindeführung in Berlin. Pünktliches Erscheinen erwarten. Die Abteilungsleiter.

Vierter Wahlkreis. Am Donnerstag, den 19. Februar, abends 8 1/2 Uhr, finden in den Lokalen Süd-Ost, Waldemarstr. 75 und im Lokal von Siegel, Große Frankfurter Straße 30 je eine Versammlung für die jugendlichen Mitglieder des Wahlvereins im Alter von 18 bis 21 Jahren statt. Tagesordnung: „Die Ziele der Sozialdemokratie“. Referenten sind die Genossen H. Schulz und Reichstagsabgeordneter Genosse G. Davidsohn.

Ferner findet am Mittwoch, den 25. Februar, ein Extra-Zahlband in unserem Kreis statt. Der Vorstand.

Neukölln. Heute, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Vartsch, Hermannstr. 10, für alle jugendlichen Genossen und Genossinnen im Alter von 18—21 Jahren eine Versammlung statt, in welcher Genosse Richard Großmann über „Seelische Konflikte im Pubertätsalter“ spricht. Die Genossen wollen für regen Besuch der Versammlung Sorge tragen.

Lichtenberg. Am Donnerstag, den 19. Februar, findet anlässlich des 50. Todestages Hebbels eine Hebbelfeier im Lokal Schwarzer Adler (Arnhold), Frankfurter Chaussee 5/6, statt. Mitwirkende sind: Herr Ernst Däumig, Vortrag; Frä. Elisabeth Lee, Gesang; Frä. Hanna Engel, Klavier; Herr Theodor Voos, Rezitation. Eintritt 10 Pf. Saalöffnung 1/8 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Maricendorf. Donnerstag, den 19. Februar, abends 8 1/2 Uhr, öffentliche Wählerversammlung bei Gerold, Chausseestr. 288. Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Gemeindevahl. 2. Aufstellung der Kandidaten.

Jessen. Am Donnerstag, den 19. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Scharler: Wählerversammlung. Tagesordnung: Vortrag des Genossen R. Geoger-Berlin, Reuewahl des ersten Vorsitzenden und des Kassierers, Bericht von der Kreisgeneralversammlung.

Hohen-Schönhausen. Donnerstag, den 19. Februar, abends 7 Uhr: Flugblattverteilung von den Bezirkslokals aus.

Grünau. Einen „Bunten Abend“ veranstaltet der Bildungsausschuss am kommenden Sonnabend im Restaurant „Jägerhaus“. Das sorgfältig aufgestellte Programm sowie der bescheidene Eintrittspreis von 30 Pf. sollte jeden Parteifreund veranlassen, für den Besuch der Veranstaltung zu sorgen. Nach den Vorträgen Tanz.

Vorsigtal. Die Handzettelverteilung zu der am Donnerstag, den 19. Februar, stattfindenden öffentlichen Versammlung findet umständehalber heute Mittwoch (vor der Mitgliederversammlung) von den bekannten Stellen aus statt.

Berliner Nachrichten.

Was Berlin noch fehlt!

Es herrscht in unserer Stadt eine Not, die keine Grenzen kennt, aber noch breiter macht sich ein Luxus, der sich nicht genug tun kann. Der Berliner Fasching ist nur ein Ansporn für die „vornehme Welt“, ihren Glanz und Reichtum restlos zu entfalten. Der Prinz Karneval mischt sich nicht unter das Volk, das den freudlosesten aller Kämpfe um das höchste Dasein kämpft und das nur im Tanz der Not nicht zur Besinnung kommt.

Er regiert in den Kreisen der Gesellschaft, die sich zu seiner höchsten Ehre gerne opfern. Und doch klagt noch immer eine „Lücke“ im Berliner Gesellschaftswinter. Berlin, das geistige Zentrum Deutschlands, hat keinen offiziellen Ball. Das geht so nicht weiter! Die Lücke muß ausgefüllt werden, denn es gilt, eine glänzende Attraktion für die Kaiserstadt zu gewinnen.

Alle jene, die zu den Berliner Hofflichkeiten im Januar herkommen, würden ihren Aufenthalt gern verlängern, um dem vielleicht in den Februar zu verlegenden Ball beizuwohnen zu können, denn es gäbe auf diesem Ball der Stadt Berlin eben jede markante Persönlichkeit der Berliner Gesellschaft aus Künstler- und Welts, Diplomaten- und Gelehrtenkreisen zu sehen, neben hohen Persönlichkeiten des ganzen Deutschen Reiches. Die Vertreter aller Industrien, die von starkem Fremdenverkehr in der Reichshauptstadt profitieren, würden diesem Projekt sympathisch gegenüberstehen, jeder einigermassen weitsehende Vertreter der Stadt Berlin würde gern in die daraus erwachsenden Kosten willigen.

Warum haben wir nicht einen solchen Ball? An Geld und Geschmack fehlt es nicht, sagen sie. An repräsentativen Räumen und an „weitsehenden Stadtvätern“ auch nicht. Aber es fehlt erstens: an energischer Initiative, zweitens: an innerem Schwung und drittens an der wahren Freude an glänzender Repräsentation. Ja, daran fehlt es! Und diese betrübende Tatsache ist das Schmerzenskind aller, denen das Prestige der Stadt Berlin auch nach außen hin am Herzen liegt. Aber noch legen sie blindes Vertrauen in die weit schauende Stadtväter.

Man mühte den Freibern das Schmerzenskind vom Herzen und in Stücke reißen. Es gibt so viele Kinder in Berlin, die der Hunger schmerzt und die keine Freude haben. Ihre Väter sind ohne Arbeit und wissen nicht ein noch aus, während die Besitzenden sich um neue Gelegenheiten mühen, den altgewohnten Glanz zu entfalten.

Die Berliner Luftbarkeitssteuer für gültig erklärt.

Am gestrigen Vormittag ist dem Berliner Magistrat sowie den Direktionen des Wintergartens und des Jirkus Busch die Entscheidung des Berliner Bezirksausschusses in Sachen der Berliner Luftbarkeitssteuer zugegangen. Das Urteil lautet auf Gültigkeit der Steuerordnung. Der Bezirksausschuss ist dem Antrag der Kläger, die Steuerordnung für ungültig zu erklären, weil sie eine Erdbrodelungssteuer sei, nicht gefolgt, betont vielmehr in den Entscheidungsgründen, daß es nicht Sache des Gerichts sei, darüber zu befinden, ob die Sache einer Steuerordnung zu hoch seien oder nicht. Hierüber liege die Entscheidung lediglich den Aufsichtsbehörden ob, die die Ordnung genehmigt hätten,

im vorliegenden Falle dem Oberpräsidenten und dem Minister des Innern. Rechtliche Gründe auf Ungültigkeitserklärung einer Steuer können aus den Steuerbüchern nicht hergeleitet werden. Auch den Einwand der Kläger, die Steuer sei schon deshalb ungültig, weil die Genehmigung durch den Oberpräsidenten zwar erfolgt sei, der Minister des Innern aber die Dauer der Luftbarkeitssteuer auf zwei Jahre beschränkt habe, hat der Bezirksausschuss zurückgewiesen. Die Kläger hatten angeführt, daß durch die Einschränkung des Ministers die Steuerordnung in der Form, wie sie die städtischen Behörden beschloffen hätten, nicht in letzter Instanz genehmigt worden und damit die Beschlüsse des Magistrats und der Stadtverordneten hinfällig geworden seien. Es hätte also eine neue Beschlusfassung erfolgen müssen, um so mehr, als es fraglich erscheine, ob die Stadtverordnetenversammlung überhaupt der Luftbarkeitssteuer auf eine so kurze Dauer von zwei Jahren zugestimmt hätte, da doch die Kosten der Einziehung usw. ganz beträchtliche seien. Der Bezirksausschuss hat sich aber auf den Standpunkt gestellt, daß die Genehmigung der Steuerordnung nur durch den Oberpräsidenten zu geschehen hatte und geschehen ist und daß daher die Einschränkung des Ministers des Innern städterechtlich ohne Belang sei. Bei der Verfügung des Ministers handele es sich nur um die Ausübung eines Aufsichtsrechts, das mit der Steuerordnung selbst in keinem Zusammenhang stehe. Die Interessenten wollen gegen diese Entscheidung beim Oberverwaltungsgericht Einspruch einlegen.

Besondere Prozeßabteilungen für die Unterhaltungs-Klagen des Berliner Vormundschaftsamt.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Berufsvormundschaft ist die Heranziehung der natürlichen Väter zu dem Unterhalt ihrer Kinder. In der Regel ist hier eine Heranziehung nur im Wege der Klage zu erreichen. Das Vormundschaftsamt der Stadt Berlin hat in der Zeit vom 1. April 1913 bis 15. Februar 1914 insgesamt 1411 Unterhaltungsprozesse austragen müssen. Für beinahe die Hälfte dieser Klagen war das Amtsgericht Berlin-Mitte zuständig.

Die Führung dieser zahlreichen Rechtsstreite gestaltete sich außerordentlich schwierig; denn die anhängig gemachten Klagen werden bei den Gerichten auf die verschiedenen Prozeßabteilungen nach dem Namen der Beklagten verteilt. So kam es, daß sich derartige Klimentenklagen in der angegebenen Zeit allein bei dem Amtsgericht Berlin-Mitte auf 97 Abteilungen verteilten. Die Abwartung der Termine durch eigene Beamte war dem Vormundschaftsamt bei dieser Sachlage ganz unmöglich. In sehr vielen Fällen mußte deshalb die Zuordnung eines Rechtsanwalts im Armenrecht beantragt werden. Die Anwaltschaft wurde hierdurch mit einer Fülle von Armenmandaten belastet, zugleich aber die Arbeit des Vormundes ungemein erschwert, da dem Anwalt ständig Information zu erteilen war. Ferner erwuchsen den unterliegenden Erzeugern stets auch noch Anwaltskosten, deren Beibringung seitens des Anwalts oft wieder dem Vormund Schwierigkeiten bereitete, wenn er zur gleichen Zeit wegen des Unterhaltungsanspruchs pfändete.

Um diesen mannigfachen Nöthen abzuwehren, wurde im vergangenen Jahre das Amtsgericht Berlin-Mitte mit Erfolg darum gebeten, in diesen Sachen von der Verordnung eines Armenanwalts zunächst abzusehen und die Termine auf einen Wochentag zusammenzulegen. Damit konnte wenigstens für solche Sachen, die sich in einem Termin erledigten, z. B. Anerkenntnis- und Vermögenssachen, auf die Inanspruchnahme eines Anwalts verzichtet werden. Trotz dieser Maßnahme mußten noch immer zahlreiche Prozesse Anwälten übertragen werden, ganz abgesehen davon, daß die Belastung des Bureau nahezu über die Grenzen der Leistungsfähigkeit wuchs.

Im Laufe des Winters wurde deshalb vom Vormundschaftsamt an die Präsidenten des Amtsgerichts Berlin-Mitte und des Landgerichts I in Berlin die Bitte gerichtet, beim Amtsgericht Berlin-Mitte ohne Rücksicht auf den Namen des Beklagten zwei besondere Prozeßabteilungen die Verhandlung der Unterhaltungsprozesse zuzuwenden.

Diesem Ersuchen ist entsprochen worden. Mit dem 1. März wird die Tätigkeit dieser beiden Abteilungen beginnen.

Diese Neueinrichtung ist im Interesse der Berufsvormundschaft warm zu begrüßen, da sie eine Wahrnehmung der Prozesse durch die Berufsvormünder selbst und damit schnelle Erledigung gewährleistet und zur Vereinfachung der Rechtsprechung führen wird. Die Anwaltschaft dürfte diese Entlastung von der Führung zahlreicher Armensachen ebenfalls freudig begrüßen.

Der Plan eines Schnellbootverkehrs auf Berliner Gewässern

Ist von einer Gesellschaft wieder aufgenommen worden. Was diese jetzt verwirklichen will, betrifft nur den Landwehrkanal und eine Verbindung zwischen dem Westen Berlins und Neukölln. Nach dem Plan, den die Gesellschaft gestern den Magistrats und Polizeipräsidenten von Berlin und Neukölln unterbreitet hat, sollen Motor-Schnellboote zwischen der Tiergartenschleuse in Berlin und der Kölnischen Allee in Neukölln verkehren, und zwar in Abständen von fünf Minuten. Haltestellen sollen die Cornelius-, Lägow-, v. d. Heydt-, Potsdamer, Köthener und Möderbrücke, das Gallesche Tor, das Waterlooufer, die Admirals-, Kottbusser, Hobrecht- und Thielenbrücke, der Bildenbrückplatz und die Zeupiger Brücke sein. Der Fahrpreis soll einheitlich 10 Pf. betragen. Die elegant eingerichteten Motorboote sollen eine geschlossene Kabine und Polsterfüße nach Art der amerikanischen Straßenbahnwagen erhalten. Es wäre recht schön, wenn sich der Plan verwirklichen ließe.

Nach der Wassertorre die Gassperre.

Der von uns vor einiger Zeit gemeldeten Wassertorre eines Hauses in der Rheinsberger Straße folgt nunmehr eine Gassperre. Seit einigen Tagen ist über das Wohnhaus Adersir. 158, dessen Besitzerin Anfang Januar verstarb und deren Erben zurzeit noch unbekannt sind, die Gassperre verhängt worden. Die Mahregel soll erfolgt sein, da angeblich die Gasmiterle nicht bezahlt worden sei. Da auch die Hypothekengläubigerin, Preussische Hypotheken-Mitienbank, ihre Zinsen nicht erhalten hat, sind sämtliche Mietten mit Beschlagnahme belegt worden. Die Polizei, die angerufen wurde, erklärte, nicht einschreiten zu können. Inzwischen brannte das Gas an zwei Tagen, ist jedoch wiederum am Montag abgESPERRT worden. Da es sich um ein von zahlreichen Familien bewohntes Grundstück handelt, sind die Mieter allerlei Unfällen ausgelegt.

„Arthur Gröbning u. Co., Inhaber Artur Keil“.

Der „Ballkettmeister“ Arthur Keil, Generalpächter von Garderoben und Toiletten, Inhaber der Firma „Arthur Gröbning u. Co.“, den eine aus polizeilicher Quelle schöpfende Korrespondenz als festgenommen meldete, soll am Montag wieder auf freiem Fuß gewesen sein. Am Dienstag ließ er in einer gegen ihn gerichteten Klage auf Rückzahlung von Garderobenpacht vor

dem Amtsgericht Berlin-Mitte sich durch einen Rechtsanwalt vertreten, der im Laufe der Verhandlung erzählte, erst am Montag sei der Firmeninhaber persönlich zu ihm gekommen und habe in dieser Rückzahlungssache ihn mit der Vertretung vor Gericht betraut. Kläger war diesmal nicht eine Pächterin, sondern ein Kaufmann, dem eine Gröbning'sche Garderobenpächterin ihre Forderung überlassen hatte. Sie selber war Schuldnerin des Kaufmanns dadurch geworden, daß sie nach dem vorzeitigen und sehr raschen Ende der Bewirtschaftung ihrer bei Arthur Gröbning u. Co. gepachteten Garderobe und nach Verlust des größten Teils der für einen Monat vorausbezahlten Pacht von 800 M. — die trüben Erfahrungen dieser Pächterin sind ja im „Vorwärts“ (Nr. 42) eingehend geschildert worden — ein kleines Geschäft aufmachte und hierzu Waren auf Borg von dem Kaufmann erwarb. Als vor Gericht die Zeitungsanfrage über eine Festnahme des Inhabers von Gröbning's Bureau, des Herrn Arthur Keil, erwähnt wurde, trug der Rechtsanwalt vor, was sein Auftraggeber ihm hierüber gesagt hatte. Es handle sich gar nicht um eine Festnahme, und die wegen der Pachtungen gegen ihn erhobenen Festholdigungen seien unbegründet; nur ein „Vorwärts“-Artikel habe die „kleinen Leute“, die bei Arthur Gröbning u. Co. Garderoben und Toiletten zu pachten pflegten, „rebellisch gemacht“. (Genau umgekehrt war der Gang der Sache: Pächterinnen wurden in Folge der bösen mit Arthur Gröbning u. Co. gemachten Erfahrungen „rebellisch“ und daraufhin erschienen die „Vorwärts“-Artikel, deren erster sogleich auch darüber berichtete, daß schon Strafanzeige eingereicht war.) Bei der Staatsanwaltschaft seien, fügte der Rechtsanwalt — immer nach den Angaben seines Auftraggebers — hinzu, sechs Anzeigen eingegangen, und über drei davon seien Ermittlungen vorgenommen worden; aber es habe sich ergeben, daß keine strafbare Handlung vorliege und höchstens zivilrechtliche Ansprüche versucht werden könnten. Ueber die Art eines solchen Pachtverhältnisses schein bei Bericht eine ganz falsche Meinung zu bestehen, darum wolle er es näher beleuchten. Die Pächterinnen hätten bei Abschluß des Pachtvertrages eine „Anzahlung“ zu leisten; wenn aber das Geschäft nicht gut gehe, kämen sie manchmal schon nach 14 Tagen, um die Rückzahlung des Pachtgeldes zu fordern. Ueber das Gesicht des Richters huschte ein Lächeln bei diesen Ausführungen des Gröbning-Keilschen Rechtsbeistandes, der zu seinem Unglück nicht wußte, daß drei Tage vorher in der Rückzahlungsfrage einer anderen Pächterin vor demselben Richter ein sehr viel anderer Hergang durch beide Zeugenaussagen festgestellt worden war. So nebenbei wurde die Frage aufgeworfen, wer denn Firmeninhaber sei und ob es überhaupt einen Arthur Gröbning g e b e. Inhaber sei Arthur Keil, lautete die Auskunft seines Rechtsbeistandes. Verklagt war nun allerdings ein Arthur Gröbning und einem Gröbning sollte nach Ausweis der Justizwunderte die Klage in seinem Geschäftslokal zugestellt worden sein; Widerspruch gegen die Klage hatte aber „Arthur Gröbning u. Co.“ gezeichnet „Keil“ erhoben. Da müßte, meinte der Rechtsanwalt, dem Gerichtsvollzieher ein Irrtum passiert sein; Keil sei eben für Gröbning gehalten worden, ein Arthur Gröbning existiere gar nicht. Der Kläger erwiderte, im Geschäftslokal von Arthur Gröbning u. Co. habe ein Herr, der sich ihm als Inhaber vorstellte, auf ausdrückliches Befragen sich Gröbning genannt, auch sei er (Kläger) in seinem Glauben an die Existenz eines Gröbning bestärkt worden durch Scheinurteile, die außer der Firma Arthur Gröbning u. Co. noch die Unterschrift „Gröbning“ zeigten. Die Parteien einigten sich dahin, daß die Klage als gegen die Firma Arthur Gröbning u. Co. und ihren Inhaber Arthur Keil gerichtet gelten solle. Es kam dann ein Vergleich zustande, wonach Keil die geforderten 602 M. in Wochenraten von 50 M. abzahlen soll.

Inzwischen ist uns eine „Berichtigung“ zugegangen, jetzt mit der Unterschrift „Arthur Gröbning u. Co.“ alleiniger Inhaber Arthur Keil“. Sie wendet sich gegen die in Nr. 46 veröffentlichte Notiz „Der verhaftete Toilettenpächter“. Keil sei nicht verhaftet, sondern am Sonnabend „zwangsweise dem Untersuchungsrichter zugeführt“ und nach der Vernehmung ohne weiteres wieder entlassen worden. Nicht er habe eine Klosterschule gehabt, nur für die Klosterschule eines anderen Ballettmeisters habe er Schülerinnen gesucht, die dort für 10 M. Honorar Ausbildung und Anstellung erhalten sollten. Weil dieser Ballettmeister seine Versprechungen nicht einhalten konnte, habe Keil seine Vermittler-tätigkeit eingestellt. Im vergangenen Jahr habe er als Tanzmeister eines Berliner Ballhauses im Auftrage der Direktion Tänzerinnen engagiert; er habe ihnen aber nicht Zahlung von Garderoben- und Tanzgeld auferlegt, und nicht er habe ihnen das Gehalt versprochen oder es ihnen zu zahlen brauchen, als die Direktion plötzlich das Lokal schloß. Keils Kompagnon habe sich nicht von ihm, weil er ihn betrogen haben solle, zurückgezogen, sondern sei vor einigen Wochen gestorben.

In dieser „Berichtigung“ hat Herr Arthur Keil manches be- gegnen, was in jener Notiz gleichfalls erwähnt war.

Im Restaurant erschossen hat sich am Montagabend ein noch unbekannter junger Mann von etwa 20—25 Jahren. Er kam gegen 9 Uhr nach den Pöhlge-Vierhalten in der Behrenstraße, ab zu Abend und trank ein Glas Bier, trat dann aus und schloß sich eine Kugel in den Kopf. Gäste und Personal hörten den Knall, gingen hin und fanden den Gast besinnungslos daliegen. Als ein Arzt kam, war er schon tot. Die Leiche wurde beidseitig abgenommen und nach dem Scheitern gebracht. In den Taschen des Selbstmörders fand man weder Geld noch irgend welche Ausweispapiere. Der Mann ist etwa 1,70 Meter groß hat dunkelblondes, hochgestimmtes Haar, ein bartloses Gesicht und trug eine graugestreifte Hose, schwarzen Rock, einen braunen Ufster und einen braunen, weichen Hut mit breitem grünen Bande. Seine wollene Wäsche ist A. A. gezeichnet.

Eine Gemeinheit, die sich gegen zwei der preussischen Zahnärzte-kammer angehörende Zahnärzte in Schleswig-Holstein richtet, ist am 10. Februar ausgeführt worden. Von Berlin W 8 aus wurden unter Führung der Unterschrift an eine Reihe deutscher Zahnärzte Trauer-briefe mit der Mitteilung geschickt, daß die genannten Zahnärzte in-folge eines Unglücksfalles gestorben seien, gleichzeitig wird zur Heberhebung von Kranzpenden aufgefordert. Die Angelegenheit wurde der Staatsanwaltschaft übergeben; man ist den Tätern bereits auf der Spur.

Ein mutmaßlicher Kindesmord beschäftigt die Kriminalpolizei. An der Sellenbrücke wurde gestern aus dem Korbhaken die Leiche eines neugeborenen Mädchens gelandet, dem am Hinterkopf der Schädel eingedrückt ist. Ob diese Verletzung den Tod herbeigeführt oder ob sie erst nachträglich durch eine Dampfstrahlröhre oder dergleichen hervorgerufen worden ist, muß noch festgestellt werden. Das Kind scheint etwa 14 Tage gelebt zu haben.

Zwei große Cafés haben in der Dranienstraße dieser Tage ihre Pforten geöffnet: der Dranien-Palast und das Café am Moritzplatz in dem früherem Wertheim-Gebäude. Beide Etablissements sind elegant ausgestattet. In den ersten Tagen trat eine Ueberfüllung ein, die wohl auf die Neuheit zurückzuführen sein dürfte.

Daschulbrand in der Grelstraße. Gestern, Dienstagmorgen, kurz nach 4 Uhr kam in der Grelstr. 37, im Nordosten Berlins, ein

größerer Dachstuhlbrand zum Ausbruch. Die Feuerwehr wurde mehrfach alarmiert und rühte mit den Sägen 17, 19 und 20 an. Es wurde sofort aus zwei Rohren Wasser gegeben, doch dauerte es fast eine Stunde, ehe der Brand unterdrückt war. Der Dachstuhl des Hauses ist teilweise zerstört worden. — In der Biesenstr. 31 standen mehrere Bodenversätze mit Inhalt in Flammen. Nach der Ablösung stellte sich heraus, daß Brandstiftung vorlag. Eine Untersuchung ist eingeleitet worden.

Ammoniakausströmung im Münchener Brauhaus. Gestern Abend wurde die Feuerwehr nach dem Münchener Brauhaus in der Johannisstr. 18/19 gerufen, wo im Maschinenhaus ein Rohr an der Wasserpumpe undicht geworden war. Es strömte größere Mengen Ammoniak aus, die in kurzer Zeit das Maschinenhaus anfüllten, so daß das Personal flüchten mußte. Die Feuerwehr war schnell mit einem Schaugas zur Stelle und pumpte mit einer Dampfpritze frische Luft in den Maschinenraum. Ein Feuerwehrmann, der mit einem Rauchschutzhelm ausgerüstet wurde, drang in den mit giftigen Ammoniakdämpfen angefüllten Raum ein und sperrte das Ventil des undichten Rohres ab. Nach halbstündiger Tätigkeit der Feuerwehr war jede Gefahr beseitigt. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Vorortnachrichten.

Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Die Fraktion der Rechtsliberalen hatte Protest gegen die gewählten Linksliberalen erhoben. Als Grund wurde angegeben, daß der Magistrat in unzulässiger Weise in die Wahlgeschäfte eingegriffen hätte. Ganz besonders wurde die Rede des Oberbürgermeisters Dominikus herangezogen, der die Behauptungen der Rechtsliberalen, daß die finanzielle Lage der Stadt geradezu trübselig wäre, auf das schärfste zurückgewiesen hatte. Ferner fühlten die Protestierer sich verletzt, weil ihnen wiederholt von ihren liberalen Brüdern der Vorwurf gemacht wurde, daß sie Sonderpolitik trieben und einzig und allein die Interessen des Kommerzienrats Haberland wahrnehmen. — Der Wahlprüfungsausschuß konnte diese Gründe nicht als stichhaltig anerkennen und lehnte die Proteste ab. Der Referent Engel (Lib. Frakt.) betonte, daß Verträge gegen die Befestigung des Bahnhofslandes sowie des Wahlreglements nicht vorzulegen und die Wahlen auch sonst überall ordnungsmäßig verlaufen seien. Selbst das Oberverwaltungsgericht habe in allen solchen Fällen stets eine zurückweisende Haltung eingenommen. — Ruz (Fr. Frakt.) meinte, im Interesse des guten Rufes der Stadt wäre es richtiger, von einer Diskussion abzusehen, da die Gerichte zu dieser Frage noch Stellung zu nehmen hätten. Wegen die Wahl der acht Stadtverordneten soll das Verwaltungsverfahren eingeleitet und gegen den Stadtverordnetenbeschuß Klage bei dem Bezirksauschuß anhängig gemacht werden. — Die Linksliberalen und die Sozialdemokraten stimmten für Gültigkeit der Wahlen.

Der Verein für soziale innere Kolonisation hatte die städtischen Körperchaften ersucht, ihm für seine Kulturarbeitstätten Arbeitslose und den Betrag von 500 M. zu überlassen. Dieser Antrag war auf Ansuchen der sozialdemokratischen Fraktion noch einmal zurückgestellt worden, da angebliche Mißstände erst untersucht und beseitigt werden sollten. Die Geschäftsleitung hatte sich bereit erklärt, alles zu tun, um vorliegende Forderungen zu befriedigen. Nachdem Genosse Bäumer diese Erklärung mitgeteilt, stimmten sämtliche Fraktionen der Vorlage zu. — Der Magistrat ersuchte, die Schreibstube der Unkenntlichmachung wegen zu schließen. Der Ausschuß empfahl jedoch, die Schreibstube zu erhalten und sie in den Räumen des alten Rathauses unterzubringen. Bei dieser Erweiterung ist die Wohlfahrtsvereinsung und die Schreibstube dem Arbeitsamt räumlich anzugliedern. Dem wurde zugestimmt. — Alsdann wurde Kenntnis gegeben von der Amtsaniederlegung des Stadtrats Wilsch. Allgemein wurde der Wunsch ausgesprochen, daß ein Mann mit landwirtschaftlichen Kenntnissen angestellt werden möge.

Die große Arbeitslosigkeit hat sich auch in der Arbeitslosenunterstützung recht erheblich bemerkbar gemacht, so daß die früheren Beträge diesmal bei weitem überschritten wurden. Die bereits bewilligten 15 000 M. sind daher um weitere 8000 M. zu erhöhen. Ohne Debatte wurde dem zugestimmt.

Auf der Hauptfeuerwache soll der Automobilbetrieb eingeführt werden, da die Umwandlung des Pferdebetriebes in Kraftwagenbetrieb im Interesse der Feuericherheit und die Beschaffung eines Autoschlüssels die Schlagfertigkeit und Aktionsfähigkeit der Feuerwehr erhöht. Es soll der Benzinantrieb gewählt werden; an Kosten würden insgesamt 103 168 M. entstehen. Die Vorlage wurde einem Ausschuß überwiesen, dem die Genossen Eichelhardt, Hoffmann und Rosenbuh angehören.

Darauf wurde zur Beratung der Einzelteile geschritten. In bezug auf den Volksschulbau hatte Genosse Müller bereits im Ausschuß erklärt, daß von einer nochmaligen Einbringung des Antrages: Lieferung unentgeltlicher Lernmittel Abstand genommen werde, da der Antrag schon vorliege und uns das Ergebnis der Umfrage bei denjenigen Städten, die diese Forderung bereits erfüllt, abgewartet werden soll. Anzuerkennen sei, daß für schwerhörige Kinder ein besonderer Unterrichtskursus eingeführt werden soll. Nicht gut zu heißen sei, daß den Schülern zu wenig Gelegenheit geboten werde, die Urania und die Sternwarte besuchen zu dürfen. Allen Kindern müsse dieser Anschauungsunterricht ausgestellt werden. Schultat Ros stimmte dem zu. Ferner wurde beschlossen, die Schulärzte lebenslanglich anzustellen und auch den Schulschwarz, da die Befestigung dieser Posten sich außerordentlich bewährt hat. Für die Fortbildungsschule war beantragt worden, Schulgeld einzuführen. Die Schneiderinnung ersuchte, das Schulgeld den Eltern aufzuerlegen, für Unbemittelte sollte der Magistrat aufkommen. Genosse Hoffmann wendete sich dagegen, daß überhaupt Schulgeld erhoben wird, und kritisierte ganz besonders das Verhalten der Schneiderinnung, die durch ihre Schreiben heranlassen wolle, daß einmal die Eltern und ferner die Allgemeinheit die Vorteile, die die Arbeitgeber in allererster Linie durch Besuch der Schule haben, beachten sollen. Gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion wurde beschlossen, die Beiträge für jeden Schüler der kaufmännischen Klassen auf 20 M. und der gewerblichen Klassen auf 6 M. jährlich zu erhöhen. Die Schüler der freiwilligen Klassen haben jährlich 2 M. für jeden zweijährigen und 4 M. für jeden vier- und mehrjährigen Wochenkursus zu zahlen. Für die ungelerneten Arbeiter sollen Schulgeldbeiträge nicht erhoben werden.

Für die höheren Schulen ist ebenfalls das Schulgeld von 110 auf 120 M. erhöht worden.

Im August-Viktoria-Krankenhaus soll fortan für Säuglinge in der 1. Pflegeklasse 3,50 M., in der 2. 2,50 M. pro Tag in Ansatz gebracht werden.

Bei den Hochbauten wurde beantragt, die Wohnung der Direktoren nicht mehr in Schulgebäude, sondern in Privathäuser zu verlegen. Nachdem der Oberbürgermeister dagegen gesprochen, wurde der Antrag abgelehnt. Angenommen wurde, die zu erhebende laufende allgemeine Kanalisationsgebühr auf 2 v. H. des amtlichen Gebäudesteuerwertes festzusetzen. — In den Ausschüssen des Elektrizitätswerkes „Schwielow“ wurde der Stadtverordnete Gottschalk delegiert. Der öffentlichen folgte eine geheime Sitzung.

Neußönn.

Volkstümliche Konzerte. Der nächste der von der Stadt Neußönn veranstalteten Kammermusikabende, ausgeführt von der Berliner Triovereinigung, findet am Donnerstag, den 28. Februar d. J., abends 8 1/2 Uhr, in der Aula der Realschule, Boddinstr. 34/41, statt. Eintrittskarten: Saal nummeriert 50 Pf., Balkon nummeriert 30 Pf. sind zu haben in den Vorwärts-Expeditionen Redarstr. 2 und Siegfriedstr. 29 und an der Abendkasse. Es ist dies der letzte Kammermusikabend unter den für dieses Winterhalbjahr getroffenen Veranstaltungen.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wietzmann, Neußönn. Für den

Ober-Schönebeide.

Mit den Zuständen der Niederbarnimer Kreiskrankenkasse

beschäftigte sich eine vom Gewerkschafts-Komitee nach dem Wilhelmshof einberufene gut besuchte Protestversammlung. Der Referent Vehrensdorff übte herbe Kritik an den Verhältnissen in dieser Kasse. Die gut geleitete Ortskrankenkasse sei am 1. Januar zugunsten der zu errichtenden Kreiskrankenkasse aufgelöst worden, mit der Begründung, die Leistungen der Kasse seien demnach hohe, daß eine Gefahr für die neue Krankenkasse bestehe. Die Versicherer hätten gemauert, was ihnen bevorstehe; die sich jetzt herausstellenden Verschlechterungen zeigten sich in einem grellen Lichte. Die Abfertigung der Kranken, soweit dieselben im Kassenbezirk wohnen, werde in einem öffentlichen Schanklokal vorgenommen. Im Statut der Kasse heiße es aber: „Das Betreten von Schankstätten ist den Kranken verboten, im Uebertretungsfalle tritt Bestrafung ein durch Entziehung eines Teils des Krankengeldes, bei öfterer Uebertretung kann der Vorstand Uebertretung an ein Krankenhaus anordnen.“ In diesem Falle zwingt die Kasse die Kranken, diesen Vorschriften zu wider zu handeln. Die Kassenräume der aufgelösten Ortskrankenkasse ständen leer und es sei für dieselben noch für vier Jahre Mietz zu zahlen. Der Herr Assessor Bornmann ordnete trotzdem an, daß Schankstätten genommen werden müssen, um die Geschäfte zu erledigen. Die Abfertigung der Kranken erfolge infolge Mangel an genügenden Beamten in einer langsamen Weise, daß Wartezeiten von 4 bis 5 Stunden durchaus keine Seltenheiten seien. Fünf Beamte der Ortskrankenkasse, die sich durchaus bewährt hätten, habe man unter Fortzahlung ihres Gehaltes für ein Jahr entlassen, dem einen übernommenen Beamten müde man zu, alle Geschäfte für Ober-Schönebeide allein zu bewältigen, und das trotz des Erlasses des Handelsministers, die alten brauchbaren Beamten in die neue Kasse mit zu übernehmen. Die Kreisparlamente, der man anfangs die Auszahlung des Krankengeldes übertragen hatte, habe schon nach dem ersten Zahlungstage abgelehnt, die Geschäfte weiter zu besorgen, weil es ihr unmöglich gewesen sei, den Ansturm der Kranken zu bewältigen. Der Verwaltungsdirektionsratismus auf dem Hauptbureau in der Krankenkasse, Friedrich-Karl-Ufer in Berlin, habe es fertig gebracht, Kranke, die schon 14 Tage erwerbsunfähig waren, ohne jede Anweisung zu lassen, so daß die Sparkasse es habe ablehnen müssen zu zahlen, weil kein Krankenschein vorhanden war. Das habe zu Differenzen mit den Kranken geführt, die die Sparkasse veranlaßten, der Krankenkasse ihre Geschäfte selbst zu überlassen. In gleichem Maße sei es der Polizei ergangen, der zu Anfang die Ausstellung der Krankenscheine übertragen wurde. Auch sie habe bald einsehen müssen, daß sich eine Polizeiverwaltung mit einer sozialen Versicherung nicht gut vertragen läßt. Noch schlimmer seien die nicht im Bezirk der Kasse wohnenden Versicherer daran, ebenso die freiwilligen Mitglieder; sie hätten, sobald sie die Kasse in Anspruch nehmen müßten, alle nach dem Hauptbureau Friedrich-Karl-Ufer zu wandern. Und hier wägen dieselben Mißstände: unzulängliche Kassenräume, stundenlanges Warten zu vergehen, ehe die Kranken abgefertigt werden. Außerdem werde Klage geführt, daß der größte Teil der Kranken zum Vertrauensarzt zur Nachuntersuchung geschickt werde, der dann in den meisten Fällen die Gewerkschaftigkeit der Kranken feststellen zu müssen glaubt. Auch hier ständen die Warte- und Aufenhaltsräume im unzulänglichen Verhältnis zur Zahl der Kranken. In einem schmalen Korridor müßten sich zeitweise 40 bis 50 Personen aufhalten, ob das den Erkrankten zuträglich sei, müsse man bezweifeln. Desgleichen sei der Anstaltsraum beim Vertrauensarzt, in dem die Patienten sich zur Untersuchung entleeren, nur durch einen Vorhang vom Vorraum getrennt, in dem sich Männer und Frauen aufhalten. In der Diskussion gingen die Genossen Jabel, Ademann und Schneider noch scharf mit der Kasse ins Gericht. Schneider betonte, die Versicherer hätten ein Recht, zu verlangen, daß mit ihren Beiträgen auch so gewirtschaftet werde, daß man es verantworten könne. Dies sei aber bei der Kasse nicht der Fall; es gingen der Kasse durch die Entlassung der Beamten, die auf ein Jahr ihr Gehalt bekommen müssen, und durch die nach zu zahlenden Mieten für die geschlossenen Kassenräume im ganzen Kassenbezirk mindestens 100 000 bis 180 000 M. verloren, inbessien die Versicherer in Schankstätten abgefertigt werden müssen. Die Versammlung nahm folgende Resolution an:

Weihenfele.

Zu dem in der Sonntagnummer erschienenen Artikel: Die Gemeinde-Milchsuranstalt, eine Anstalt der Reichs, wird uns von einem der Gemeindevertretung angehörenden Genossen geschrieben, daß die darin gemachten Angaben nicht den Tatsachen entsprechen. So koste das Liter Säuglingsmilch nicht 1 M., sondern 70 Pf. Allerdings werde für 1 Viertelliterflasche 25 Pf. erhoben, was einem Preise von 1 M. pro Liter entsprechen würde. Dabei müsse jedoch die Aufmachung in Betracht gezogen werden. Der verhältnismäßig hohe Preis der Einvierteliterflasche erkläre sich daraus, daß die Flaschen gereinigt, gesäubert, gefüllt und etikettiert werden müßten. Hierzu komme die eigenartige Behandlung dieser Milch. Nach dem Keilen werde die Milch auf 2 Grad abgekühlt, hierauf werde sie mit einem Sterilisierungsapparat nochmals gelöscht und wiederum in den Flaschen abgefüllt; diese Prozedur erfordere soviel Zeit, daß der Preis angemessen erscheine. Die Milch werde von den Ärzten als Medizin empfohlen und auch den Säuglingen im Gemeinde-Säuglingsheim ohne Ausnahme verabreicht. Die Schweizer seien ferner verpflichtet, bei jedem Keilen die Flasche zu waschen und auch die Rührer müßten vor dem Keilen ein gereinigtes Bad nehmen. Von den übrigen Produkten koste Kindermilch 40 Pf., das Liter Vollmilch 25 Pf., Sanitätsmilch 30 Pf., Butter 100 Pf., Säuglingsmilch 50 Pf., Käse 30 Pf. ufm. Die Angabe, daß die Gemeinde jährlich Tausende für diese Anstalt zugebe, trafe nicht zu. Nach dem Etat von 1912 sollte die Anstalt sogar einen Ueberfluß von 20 810 M. und im Jahre 1913 einen solchen von 24 000 M. erzielt haben. Nun sei zwar der Ueberfluß nicht ganz so hoch gewesen, von Zuschüssen sei indessen keine Rede. Der Ueberfluß der Anstalt besiffere sich täglich auf rund 2500 Liter, da auch das Rittgut Viehholz von den Beständen von 150 Kruben die gebundene Milch an die Milchsuranstalt liefere. Die von den 30 Kruben der Milchsuranstalt gelieferte Milch werde lediglich für Säuglings-, Kindermilch und Präparate verarbeitet.

Diese Zuschrift vermag die von uns gemachten Einwände über die Preishöhe der Produkte nicht zu entkräften. Daß den im Säuglingskrankenhaus befindlichen Säuglingen gute Säuglingsmilch gereicht wird, ist eine Maßnahme, die sich von selbst versteht. Daß die als „Medizin“ charakterisierte Säuglingsmilch wegen ihres

hohen Preises nicht von der ärmeren Bevölkerung, für deren Kinder diese „Medizin“ besonders angebracht wäre, bezogen werden kann, sondern ausschließlich von den Bessergestellten, ist durch die Zuschrift nicht widerlegt. Reiche Leute werden den geforderten Preis sicherlich gern zahlen, wenn sie wissen, daß die Schweizer sich vor jedem Keilen der Rührer neu ankleiden müssen und die Rührer erst gehabt werden; haben sie doch dabei die Genugtuung, daß ihre Kinder von Krankheiten verschont bleiben. Hierbei möchten wir noch darauf aufmerksam machen, daß in den Bestellkarten der Gemeinde-Milchsuranstalt die Säuglingsbuttermilch a 150 Grammflasche mit 15 Pf. bemerkt ist, was pro Liter einem Preise von 1 M. entsprechen würde, nicht 50 Pf., wie es in der Zuschrift heißt. Die von uns gemachte Mitteilung, daß die Gemeinde Weihenfele an ihrer Milchsuranstalt jährlich noch Tausende zugebe, entspricht den Angaben eines Genossen, der der Gemeindevertretung angehört. Wir nehmen gern Notiz davon, daß die Gemeinde noch Ueberflüsse durch die Anstalt erzielt. Um so eher lassen sich vielleicht vorhandene Mängel beseitigen.

Trebbin (Kreis Teltow).

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Bei der Wahl eines Mitgliedes in die Schuldeputation wurde der Vorseher, Herr Deufeler, mit neun gegen sieben Stimmen, die auf unseren Genossen Schönebeck entfielen, gewählt. Sodann wurden für die Errichtung einer Mittelschule 5000 Mark gefordert. Genosse Richter erklärte sich gegen die Errichtung einer solchen Schule. Dadurch werde die Volksschule nur zur Armelehre degradiert. Viel mehr als die Errichtung einer Mittelschule empfehle sich die Angliederung gehobener Klassen an die Volksschule, damit den beschäftigten Kindern die Möglichkeit gegeben werde, höhere Kenntnisse zu erlangen. Nach den aufgestellten Berechnungen koste jedes Kind der Volksschule 39 Mark, jedes Kind der Mittelschule aber 150 Mark. Redner warf die Frage auf, wie vielen Eltern es wohl möglich sein werde, 120 Mark Schulgeld pro Jahr zu zahlen. Zur Deckung der Kosten schlägt der Magistrat eine Erhöhung der Zuschläge um 10 Prozent und der Grundwertsteuer von 2 auf 2,30 Mark vor. Hierzu betonte unser Redner, daß gerade die Arbeiterschaft wieder am meisten geschädigt werde. Denn die Hausbesitzer würden sich durch eine allgemeine Mieterhöhung von der Erhöhung der Grundwertsteuer schadlos zu halten suchen. Der Bürgermeister brachte es fertig, die Gegner der Mittelschule unter den Bürgerlichen zu beschwichtigen. Die namentliche Abstimmung ergab, daß elf Herren für unsere Genossen gegen die Mittelschule stimmten. Die Herren Leben und Krüger enthielten sich der Stimme. Der von unseren Vertretern gestellte Antrag auf Abschaffung des Bürgerrechtsgeldes wurde gegen die fünf Stimmen unserer Genossen und der des Herrn Leben abgelehnt. Eine stoffelweise Einführung wurde mit neun gegen neun Stimmen, wobei der Vorseher den Ausschlag gab, angenommen.

Johannisthal.

Der vierte und letzte Vortragabend des vom hiesigen Bildungsausschuß veranstalteten Vortragskurses über die „Entwicklungsstufen des Wirtschaftslebens“ findet am Donnerstag, den 19. Februar, im Lokal von Senfleben, Friedrichstr. 48 (II. Saal), pünktlich 8 1/2 Uhr statt. Vortragender ist Genosse Otto Käthe. Da der Vortrag auch für diejenigen, welchen es nicht möglich war, den ganzen Kursus zu besuchen, von Interesse ist, hat der Bildungsausschuß beschlossen, daß Teilnehmer ohne Karte nur ein Eintrittsgeld von 10 Pf. zu zahlen haben.

Bezirk Berlin-Buchholz.

Heute, Mittwoch, nachmittags von 1—3 Uhr findet in Karow die Gemeindevertreterswahl für die III. Klasse statt. Kandidat der Sozialdemokratie ist Genosse Rich. Gardner. Die Wähler werden ersucht ihr Wahlrecht auszuüben und uns noch Fernstehende auf die Wahl aufmerksam zu machen.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Lichtenberg. Donnerstag, den 19. d. Mts., abends 6 Uhr, im Rathaus, Köllenerstraße.
Köpenick. Am Donnerstag, den 19. Februar, abends 6 Uhr, in der Aula der Gemeindeschule, Schillerstraße.
Tempelhof. Donnerstag, 19. d. Mts., nachmittags 5 1/2 Uhr, im Gemeindebesprechungszimmer, Dorfstr. 42.
 Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Frauen-Leseabende.

Karlshorst. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, bei Poser, Dönhofsstraße 8.

Jugendveranstaltungen.

Baumfalkenweg. Am Sonnabend, den 21. Februar, abends 8 Uhr, findet im Lokale von H. Erbe, Baumfalkenweg 14, der am 10. Januar vertagte Vortrag der Genossin K. Dunder statt.

Verein ehemaliger Berliner zur Bekämpfung der Tuberkulose. Mittwoch, den 18. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im „Köpenicker Hof“, Köpenicker Straße 13: Versammlung. Vortrag des Genossen Dr. Bernstein. Gäste sind freundlich eingeladen.

Marktpreise von Berlin am 16. Februar 1914, nach Ermittlungen des Hl. Reichsanzeigers. Weis (mitgez.), gute Sorte 16,90—17,30, Donau 16,00—16,80. Rind (runder), gute Sorte 14,70—15,10. Rindfleisch 0,00, Schweinefleisch 0,00.

Marktpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—36,00. Sperdbohnen, weiße 35,00—40,00. Erbsen 40,00—42,00. Kartoffeln (Kleinbl.) 4,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,50—2,40. Rindfleisch, Hausfleisch 1,50—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Rindfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 5,40—7,30. 1 Kilogramm Karotten 1,20—2,60. Wale 1,60—3,20. Rander 1,20—3,20. Geste 1,60—3,20. Wäsche 0,80—2,20. Schiete 1,60—3,20. Weis 0,80—1,80. 60 Stück Äpfel 3,50—24,00.

Witterungsübericht vom 17. Februar 1914.

Stationen	Barometer Höhe über Meer	Wind- richtung	Wind- stärke	Temper. in der Luft	Stationen	Barometer Höhe über Meer	Wind- richtung	Wind- stärke	Temper. in der Luft
Zeitz	758,8	2	bedeckt	5	Magdeburg	758,8	2	bedeckt	4
Hamburg	760,8	3	bedeckt	4	Petersburg	744,8	3	bedeckt	1
Berlin	759,8	4	bedeckt	4	Schw.	766,8	3	bedeckt	7
Frankf. a. M.	762,8	1	Regen	5	Wien	757,8	2	bedeckt	1
München	763,8	4	bedeckt	6	Warsz.	765,8	3	bedeckt	4
Wien	765,8	1	bedeckt	5					

Wetterprognose für Mittwoch, den 18. Februar 1914.
 Zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit geringen Niederschlägen und trübigen westlichen Winden; Temperatur wenig verändert.
 Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserland	am 16.	am 15.	Wasserland	am 16.	am 15.
Regel, Mühl	604,9	+1	Saale, Großh.	130	+15
Regel, Annerburg	265,9	+4	Saale, Spandau	84,9	+4
Regel, Thom.	198,9	+1	Saale, Rathenow	90,9	0
Oder, Rathenow	138	+1	Spreew., Spremberg	105	+15
Oder, Krossen	138	+1	Spreew., Beetzow	130	+1
Oder, Brandenburg	151,9	+4	Spreew., Bräunchen	295	+49
Elbe, Elbmann	108	+2	Spreew., Witten	294	+16
Elbe, Landsberg	134,9	+5	Spreew., Rappin	303	+22
Elbe, Borsdorf	63	+8	Spreew., Rappin	197	+11
Elbe, Leitzmeritz	70	+1	Spreew., Rappin	293	+28
Elbe, Dresden	+155	+13	Spreew., Rappin	138	+27
Elbe, Borsdorf	107	+5	Spreew., Rappin	176	+19
Elbe, Magdeburg	82	+2	Spreew., Rappin	338	+11

+) + bedeutet Zufluß, — Fluß, —) Unterpegel. —) Gießland. —) Treibeis. —) Eisgang. —) eisfrei.
 Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Reichstag.

216. Sitzung, Dienstag, den 17. Februar 1914, nachmittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Liska.

Kurze Anfragen.

Abg. Reichmann (Soz.)

Weist darauf hin, daß auf eine Anfrage vom 14. Januar 1913 der Reichskanzler am 18. Januar 1913 schriftlich geantwortet habe, ein Entwurf der Bestimmungen über die Errichtung und Zusammenfassung der Fachauschüsse...

Geheimrat Caspar:

Die Vorarbeiten über die Errichtung von Fachauschüssen haben noch nicht beendet werden können. In Preußen sind nach den eingegangenen Erläuterungen die Vorarbeiten dem Abschluß nahe.

Abstimmungen zum Etat des Reichsamts des Innern.

Die Position zur Unterstützung der Olympischen Spiele, 46000 Mark, die die Budgetkommission gestrichelt hatte, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und eines kleinen Teils des Zentrums bewilligt.

Die nationalliberale Resolution, die Erhebungen über den Gesundheitszustand der Arbeiter in der Großindustrie wünscht, wird angenommen.

Die sozialdemokratische Resolution auf vermehrte Schulpflicht der Jugendlichen und der Arbeiterinnen wird abgelehnt.

Die freisinnige Resolution, die das Arbeitsverhältnis der in Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten nach bestimmten Grundrissen regeln soll, wird in ihren einzelnen Teilen angenommen, die Bestimmung, daß die Betätigung von Arbeitern und Angestellten in Berufsorganisationen, die keine gemeinsame Kündigung und Arbeitsentlassung verlangen, nicht gehindert werden darf, im Hammelsprung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten mit 108 gegen 111 Stimmen; in der Gesamtstimmentabelle wird die Resolution im Hammelsprung mit 180 gegen 127 Stimmen abgelehnt.

Abgelehnt wird die sozialdemokratische Resolution auf Aufhebung der das Koalitionsrecht einschränkende Bestimmung, desgleichen die Resolution, die einen Gesetzesentwurf zur Regelung der Arbeitszeit für alle im Gastwirts- und gewerblichen Angelegenheiten und die Ausdehnung der Bundesratsverwaltung über die Beschäftigung von Schiffen und Lehrlingen im Gastwirts- und gewerblichen Angelegenheiten verlangt.

Ebenso wird abgelehnt die sozialdemokratische Resolution, die einen Gesetzesentwurf zur Regelung der Arbeitsverhältnisse in der deutschen Seinerindustrie fordert.

Angenommen wird die von der Budgetkommission beantragte Resolution, die die Unterstützung der vom deutschen Handels- und Gewerbelagerer errichteten zentralen Beratungskommission für die Verbindungssämter der einzelnen Handwerkskammern wünscht.

Hierauf wird die zweite Beratung des

Etat des Reichsjustizamts

fortgesetzt beim Titel „Staatssekretär“.

Staatssekretär Dr. Liska:

Die Budgetkommission hat, wie schon in Vorjahren, den angeforderten Reichsanwalt gestrichelt. Dabei hat die Zahl der Strafsachen beim Reichsgericht beständig zugenommen. Ich bitte dringend, ihn in diesem Jahre zu bewilligen. Ueber die Frage des Zwangsvergleiches außerhalb des Konkurses schweben noch Verhandlungen in Preußen. Eine gesetzliche Regelung der Rechtsverhältnisse der Angestellten bei Rechtsanwältinnen ist in Angriff genommen worden. Sollten die inzwischen eingeleiteten Tarifverhandlungen zum Ziele führen, so würde sich eine gesetzliche Regelung erübrigen. Ueber das Einkommen der Rechtsanwältinnen schweben Erhebungen, um eventuell die Gehaltsordnung zu ändern. Ein Entwurf zur Abänderung der Wechselordnung liegt dem Bundesrat vor. Die Frage des pfandfreien Einkommens wird im Bundesrat noch einmal funditus (gründlich) erwogen. Erwägungen schweben ferner über den Erlaß eines Irren-Gesetzes. Für die Notwendigkeit eines stärkeren Schutzes des Publikums, das mit Geisteskranken, deren Krankheit es nicht erkennt, Geschäfte macht, sind nur in Berlin Erfahrungen gemacht worden; eine entsprechende Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs scheint daher nicht angebracht. Eine Einschränkung der Eide, speziell des Parteieides, welche die Resolution Wasserstrom fordert, strebt auch die Regierung an. Eine Beschleunigung unseres Verfahrens im Zivilprozeß können wir auch ohne gesetzliche Veränderung herbeiführen; die Statistik zeigt, daß in einigen Oberlandesgerichtsbezirken schneller gearbeitet wird, wie in anderen. Man wünscht vielfach eine Novellengeföhrderung; man vergißt aber, daß alle Novellen, die wir vorgelegt haben, hier außerordentlich Bedenken gefunden haben, und daß es oft noch mehrjähriger Arbeit zweifelhaft ist, ob sie überhaupt Gesetz werden. Ich bitte also bei unseren Novellen um wohlwollende Beurteilung.

Abg. Dr. Ablaß (Op.):

Eine Beschleunigung des Verfahrens ist gewiß erwünscht; nur darf der Grundlag „billig und schnell“ auf die Justiz nicht übertragen werden in der Form „schnell und schlecht“. Die Arbeiter sollten mehr als bisher zu Schöffen und Geschworenen herangezogen werden, bisher hat man fast nur platonische Erläuterungen hierfür abgegeben. Ebenso sollten die Volksschullehrer mehr zu diesen Ämtern herangezogen werden, auch sollte man einen Versuch mit der Zuziehung von Frauen machen, speziell bei den Jugendgerichten. Im Fall des Amtsrücktritts Mittel verdient nicht nur das Verhalten des Vorsitzenden, sondern auch das des Staatsanwalts die ernsteste Rüge. Ueber das, was die Staatsanwaltschaft im öffentlichen Interesse zu verfolgen hat, müßten feste Grundriss aufgestellt werden. Als der Dortmunder Generalanwältiger scharfe Angriffe gegen die Anwaltschaft richtete und diese die Strafverfolgung verlangte, konnte sie sie nicht erheben; die Staatsanwaltschaft meinte, dadurch würde nur Gelegenheit zu Weisungsanträgen gegeben, wodurch das Ansehen der Anwaltschaft noch mehr herabgesetzt werden könnte. Wegen einer solchen Herabwürdigung des Anwaltsstandes muß ganz energisch Protest erhoben werden. Als in Schleien ein Blatt die Agitation in einer Versammlung des Bundes der Landwirte „Bauernführer“ nannte, erachtete der Staatsanwalt sofort ein öffentliches Interesse für vorliegend und erhob Anklage. Freilich sprach das Gericht den angeklagten Redakteur frei. — Ebenso wie

für die Strafverfolgung im öffentlichen Interesse müssen wir allgemeine Grundriss für die Eintragung von Vereinen ins Vereinsregister verlangen. Der Bund der Landwirte ist als unpolitischer Verein eingetragen worden. Gegenüber den Reden, die gestern im Hülfs-Buch gehalten wurden, erscheint das doch etwas merkwürdig. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Das unpfändbare Einkommen sollte von 1500 auf 1800 Mark erhöht werden und darüber hinaus sollte bei Verheirateten noch ein weiterer Betrag freigelassen werden. — Die Rechtsauskunftstellen haben sich zum Schutze gegen Schwundelstempel zu einem Verbände zusammengesetzt. Der Staatssekretär sollte dafür Sorge tragen, daß dieser Verband mit Material unterstützt wird. — Ganz besonders dringend der Regelung bedürftig ist das preussische Prahgesetz, das ganz antiquierte Bestimmungen enthält. Zum nichtgewerbemäßigen Ansetzen von Druckstufen und Plakaten bedarf es noch immer der polizeilichen Genehmigung. Diese Bestimmung des Prahgesetzes war bereits völlig verfallen und wurde erst wieder

im Kampfe gegen die Sozialdemokratie

ausgegraben. Im Plakatwesen sind wir zu Rechtsanschauungen gekommen, die mit der modernen Entwicklung unvereinbar sind. (Sehr richtig! links.) Jeder Gastwirt macht sich nach dem preussischen Prahgesetz strafbar, der in seinem Lokal ein Plakat aushängt; bei mir kostet der und der Löffel so und so viel. Von ihrem Recht, gegen solche Plakate vorzugehen, macht die Polizei aber nur im politischen oder gewerkschaftlichen Kampfe Gebrauch. So wurde z. B. ein Plakat verboten: Hier sind Formulare zum Austritt aus der Landeskirche zu haben. (Hört! hört! links.) Selbst die üblichen Inschriften auf Feuerlöschern hat die Polizei auf Grund des preussischen Prahgesetzes verboten. (Weiterleft.) Doch diese Bestimmungen im staatlichen Interesse nicht notwendig sind, beweisen die Erfahrungen in den außerpreussischen Staaten.

Einer sofortigen Regelung durch eine Novelle bedarf auch die Frage des konfessionellen Eides. Es gibt keinen schimpflicheren und brutaleren Zwang, als den Zwang in Glaubenssachen. Es geht nicht an, daß der Staat jemand von Gesetzes wegen zur Lüge zwingt. Einzelnen Sektens, die nicht schwören dürfen, ist ja heute schon gestattet, eine andere Vereinerkennung zu wählen. Was diesen Leuten recht ist, muß den Freireligiösen billig sein. Die Äußerung des Richters in Berlin-Tempelhof, er glaube gewissen Zeugen nicht, weil sie konfessionslos seien, bedeutet eine schwere Beleidigung der betreffenden Zeugen. (Sehr richtig! links.) Der berühmte Strafrechtslehrer Binding hat sich offen für die Abschaffung des religiösen Eides überhaupt ausgesprochen und für seine Ersetzung durch irgend eine andere Vereinerkennung formel. — Der Kampf gegen die Freiheit der Kunst soll jetzt ausgefochten werden unter dem Schutze der Verhinderung des Schmutzes in Wort und Bild. Man macht nicht mehr Halt vor den unergänzlichen Werken der Kunst. Den kunstfeindlichen Bestrebungen der Berliner Staatsanwaltschaft hat ja das Reichsgericht erfreulichweise energisch Einhalt geboten. Nach der Ansicht des Landgerichts sollte die Darstellung des Radten an sich unzüchtig sein. (Hört! hört! links.) Das Streben nach Wahrheit ist es gewesen, das die größten Künstler aller Zeiten zur Darstellung des Radten geführt hat. Finsternisse hat es freilich auch zu allen Zeiten gegeben. So durfte das berühmte „Jüngste Gericht“ von Rubens in einer Jesuitenkirche nicht aufgehängt werden, weil sich die Darstellung der nackten Gestalten mit den religiösen Gefühlen nicht vertrage. (Hört! hört! links.) Der sächsische Kultusminister hat sein tiefstes Bedauern ausgesprochen über diese Rechtspredung der Berliner Gerichte. Der Geist einer völlig krankhaften Prädikate beherrscht unser öffentliches Leben. Demgegenüber erheben wir den Ruf nach Freiheit der Kunst und einer wahren Durchbildung des Menschen zu einem höheren Grade der Sittlichkeit. (Bravo! links.)

Abg. Holtzsch (L.):

Eine Novelle zum Schutze gegen unerlaubte Geisteskrankheiten halten wir nicht für sehr dringend. — Den geforderten sechsten Reichsanwalt halten wir für unumgänglich notwendig und werden für ihn stimmen. — Die Resolution Schiffer, die Bestimmte Grundzüge zur Vereinfachung der Rechtspflege aufstellt, stellt das Reichsgericht vor ganz unlösliche Aufgaben. Der Vorschlag der Klassenjustiz ist jetzt gegen früher eingeschränkt worden, aber auch in der eingeschränkten Form ist er unzureichend. (Bravo! rechts.)

Abg. Mertin (Op.):

Wenn die Lehrer nicht zu Schöffen und Geschworenen herangezogen werden, so bedürfen, weil die Aufgaben der Schule notwendig sind und nicht zurückgestellt werden dürfen. Einer Novellengeföhrderung an sich stehen wir nicht feindlich gegenüber. Wir haben selbst einen Antrag eingebracht, der sich auf das Hypothekengläubigerschutz und einen größeren Schutz des Hypothekengläubigers gegen Verfügungen über den Miet- oder Pachtzins bezieht. Die Anwaltschaft muß geschützt werden gegen das Ueberwuchern des Winkelanwaltsentwens und vor der Ueberfüllung des eigenen Berufs. Dann wäre eine Gehaltsenerhöhung für die Rechtsanwältinnen nicht notwendig, denn wenn der Reichsanwalt ausgiebig beschäftigt ist, kommt er auch mit den jetzigen Gehältern aus. — Ich komme dann zu unserer Rechtspredung. Im Berliner Tageblatt“ erschien ein Artikel mit den schärfsten Angriffen gegen den Abg. v. Liebert. Dieser wurde auf den Weg der Privatklage verwiesen. In einem anderen Fall, als Abg. Sachs Strafvorfahrung gegen einen beleidigenden Zeitungsartikel verlangte, gab die Staatsanwaltschaft dem Antrage statt. (Hört! hört! rechts.) — Die Berichterstattung über die Sensationsprozesse ist etwas besser geworden. Bedauerlich bleibt noch immer die große Beteiligung des Damenpublikums an solchen Prozessen. (Sehr richtig! rechts), auch wenn es sich um die Frauen und Töchter der betreffenden Staatsanwälte, Richter und Anwälte handelt.

Abg. Werner-Petersfeld (Antif.):

Die Lage der Anwaltsangehörigen bedarf dringend der Besserung, namentlich in Berlin. — In Kunstfragen bin ich nicht so kunstverständig wie der Abg. Ablaß, aber vor dem Schmutz in Wort und Bild müssen namentlich die Kinder bewahrt werden. — Die Zeugen müssen vor Gericht besser geschützt werden gegen die Behandlung, die sie oft durch die Anwälte erfahren. — Der Forderung auf eine reichsrechtliche Reform des Irrenwesens kann ich mich nur anschließen.

Abg. Landsberg (Soz.):

Die erdrückende Mehrzahl der deutschen Anwälte hat sich auf dem Deutschen Anwaltskongress gegen jede Beschränkung der freien Advokatur ausgesprochen. Wenn eine solche Beschränkung im Interesse des Publikums gefordert wird, könnte man darüber diskutieren. Herr Mertin aber fordert sie im Interesse der besseren Einnahmen der Anwälte. Als die Freiheit der Advokatur nicht bestand, hat das Publikum danach gekämpft, denn die alten Herren, die damals im Fette saßen, fühlten sich nicht als Diener, sondern als Herren des Publikums. Herr Mertin sagt, unter der freien Advokatur habe sich das Material der Anwaltschaft erheblich vergrößert. (Widerspruch des Abg. Mertin.) Ich nehme Ihre Verwahrung hiergegen zur Kenntnis, das Material hat sich in der Tat so wenig vergrößert, daß ein Bundesstaat, Hamburg, mit Vorliebe ältere Anwälte zu Richtern nimmt, und andere Staaten sollten diesem Beispiel folgen. Daß Herr v. Liebert auf den Weg der Privatklage verwiesen wurde, war vollkommen angebracht, Herr v. Liebert hat ja sich dem von dem angeklagten Redakteur angebotenen Wahrheitsbeweis widersetzt, obwohl doch

gerade ihm an einer völligen Klarlegung liegen mußte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Den Antrag Barndt auf eine Beschränkung der Verfügung über den Miet- oder Pachtzins gegenüber dem Hypothekengläubiger lehnen wir ebenso wie im vorigen Jahre ab, desgleichen die Forderung eines sechsten Reichsanwalts. Dem Antrag Liska, der einen Gesetzesentwurf über den Zwangsvergleich außerhalb des Konkurses verlangt, stimmen wir zu. Der Antrag Wasserstrom verlangt Vereinfachung und Vereinfachung der Rechtspflege. In den Einzelheiten enthält er aber eine, wenn auch unbedeutende Herabwürdigung der unteren Instanzen, und eine Beschleunigung der oberen. Niemand ist so klug, daß er nicht von anderen lernen kann. Auch das Reichsgericht kann von jedem Amtsrichter noch Anregungen bekommen. Heute rufen verfehlte Entscheidungen höchster Gerichte lebhaften Kritik und dadurch Nachprüfung und unter Umständen Abänderung der Rechtsprechung hervor, der gemischte Gerichtshof aber, den der Antrag fordert, würde zu einer Erstarrung der Rechtspflege führen, und die jetzt schon übergroße

Autoritätsgläubigkeit der Richter

noch verstärken. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir werden deshalb gegen den Antrag stimmen. Der Antrag Schiffer enthält eigentlich nur Ueberweisungen, solche unsubstanziierten Anträge sind nicht unbedenklich. Herr Schiffer will eine Durchsicht des Reichsrechts daraufhin, ob nicht einzelne Teile zu verbessern sind. Wir Sozialdemokraten sind recht mißtrauisch gegen alle gesetzgeberischen Reformen, keine Verbesserungen sind immer mit Verschlechterungen verknüpft worden.

Im Vereinsgesetz ist die Zulassung der Frauen zu politischen Vereinen erlaubt worden mit dem Sprachenparagraphen, im Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz sind einige Erleichterungen der Einbürgerung geschaffen, dafür aber sämtliche Bundesstaaten unter die preussische Aufsicht gestellt. Unsere Zeit hat nicht den Beruf zur Gesetzgebung, nicht wegen mangelhafter Begabung, sondern wegen des unheilvollen Einflusses Preußens im Reich. Deshalb muß jeder weitgehenden Gesetzesänderung eine

Reform des preussischen Wahlrechts

vorausgehen. (Lebhaftes Sehr richtig! links.) Wir werden dafür stimmen, daß die Behandlung der Geisteskrankheit ins Auge gefaßt wird, die Ausdehnung der schöffengerichtlichen Zuständigkeit, die Zulassung der Volksschullehrer als Schöffen und Geschworene und die religiöse Erziehung der Kinder aus Richtigem. Alle anderen Punkte lehnen wir ab. Zum Punkt „Schutz der Ehre“ hat Herr Schiffer manches Ueberzogenwerte gesagt. Tatsächlich ist die Empfindlichkeit unserer Zeit recht groß. Herr Schiffer kann da aber an seine eigene Brust schlagen. Früher haben die Parlamente ihre Ehre stets selbst gewahrt und den Staatsanwalt nicht gebraucht. Von diesem üblichen Brauche ist das preussische Abgeordnetenhaus wiederholt abgewichen und hat Strafanträge gegen sozialdemokratische Redakteure gestellt, und Herr Schiffer hat hierbei zur Mehrheit gehört. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Der Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) wird nur dem gewährt, der ein materielles Interesse, nicht ein ideelles hat. Als ein Wüßling auf der Straße ein 15jähriges Mädchen attackierte und dieses zu seiner Mutter lief, da trat die Frau auf die Straße hinaus und machte dem Manne die ernststen Vorwürfe in derber Sprache. Er hatte die Freiheit, die Frau wegen Beleidigung zu verklagen, und tatsächlich fand sich ein Richter, der diese Frau, die in bester Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt hatte, zu 30 R. Geldstrafe verurteilte. (Lebhaftes Hört! hört! links.) Gegen den Redakteur, der sich ein unsterbliches Verdienst um die

Reinigung der Kölner Polizei

erworben hat, ist auf 500 R. Geldstrafe erklamt worden. Was würde aber aus der von Herrn Schiffer verlangten Reform herauskommen? Lediglich eine Verschärfung der Strafen wegen Beleidigung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das werden gerade die Herren betreiben, die in diesen Tagen im Hülfs-Buch beweisen, welche hochgradige Rücksicht sie auf die Ehre ihrer Mütterchen nehmen. (Sehr gut! links.)

Die Einschränkung der Eideleistung wird gewiß jeder von uns wünschen. Aber bezeichnend ist, was Herr Schiffer zu diesem Antrage veranlaßt hat, nämlich der Umstand, daß zwei Mitglieder des Krupp-Direktoriums im Krupp-Prozess nicht vereidigt worden sind. Ich muß sagen, die Herren haben großes Glück bewiesen, daß sie nicht angeklagt worden sind, denn bisweilen der Tatverdacht lag zweifellos vor, und wenn jemals Zeugen mit Recht vereidigt geblieben sind, dann diese Zeugen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Verhinderung, die in der Nichtvereidigung lag, haben sie voll verdient dadurch, daß sie das unverantwortliche Treiben des Brandt geduldet und gefördert haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Bei der heutigen Art, wie bei uns Beweise gewürdigt werden, können wir für den Antrag nicht stimmen. Alle Erfahrungen der modernen Psychologie, die den geringsten Wert der Zeugenaussagen beweisen, werden in deutschen Gerichten mit geringen Ausnahmen nicht berücksichtigt, das heißt, so lange es sich um Belastungszeugen handelt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Kommen Entlastungszeugen an die Reihe, dann ändert sich auf einmal das Bild. Die berühmte Frau Ebers aus Zabern, die jetzt alle Aussicht hat, für eine Art

deutsche Jungfrau von Orleans

für unsere Aubeutschen zu werden (Große Heiterkeit), würde, wenn sie eine ebenso große Antipathie gegen das Militär bei ihrer Aussage an den Tag gelegt hätte, wie sie Sympathie gezeigt hat, absolut ungläubwürdig gewesen sein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ebenso wenig sehen wir einen Grund zur Annahme des Antrags auf Vereinfachung des Verfahrens im Zivilprozeß und Strafprozeß. Klagen über Verschleppung von Prozessen im allgemeinen sind ganz gewiß unbedeutend. Ich kenne eigentlich im ganzen Deutschen Reich nur einen einzigen Menschen, der berechtigt wäre, sich über die Verschleppung seines Prozesses zu beklagen, das ist Herr Eulen-burg. (Große Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir kommt es weniger auf die Pflanzzeit der Rechtsprechung an als auf die Nichtigkeit. Ich möchte unter Prozeßrecht mit dem österreichischen nicht verwechseln, und unsere prozeduralen Fristen sind schon oft zu kurz. Wenn Prozesse dennoch verschleppt werden, liegt es nicht am Gesetz, sondern an anderen Ursachen. In Oesterreich hat der Richter das Recht, über alle Weiseregeln hinweg eine Partei eidlich zu vernehmen und auf Grund deren Aussage dann den Prozeß zu entscheiden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auf diese höchst bedenkliche Neuerung verzichte ich gern. — Was die Einschränkung des Legalitätsprinzips im Strafprozeß anlangt, so wäre es uns viel lieber gewesen, wenn Herr Schiffer eine kräftige Durchsicherung des Anklagemonopols der Staatsanwaltschaft gefordert hätte.

Kollege Pelzer sprach über die Sensationsprozesse. Er schien eine Abneigung gegen die Öffentlichkeit der Prozesse überhaupt zu haben. Diese Öffentlichkeit aber brauchen wir wie das liebe Brot. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Zweifellos kann auch damit Mißbrauch getrieben werden; das ist nur ausgeschlossen bei Dingen, die absolut nichts taugen. (Weiterleft.) Gegen Ausschreitungen der Presse auf dem Gebiet des Schmutzes in Wort und Bild können wir uns um so lieber erklären, als anerkannt ist, daß die sozialdemokratische Presse eine Feindin der Sensation ist. Herr Pelzer hat ja dem „Vorwärts“ gestern selbst ein ehrenvolles Zeugnis ausgestellt. Wenn wir uns nur einig werden könnten über die Bedeutung des Schmutzes. Wir halten z. B. für Schundliteratur gewisse Schriften, die dem

heranwachsenden Knaben den heißen Wunsch heibringen sollen, dereinst

gegen Frankreich oder Rußland zu marschieren

und möglichst viel Feinde zu töten und Orden zu ergattern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Derartige Schriften werden aber unter Förderung hoher Herren in Deutschland in Hunderttausenden von Exemplaren verbreitet und werden höchst wahrheitsgemäß, wenn wir eine Novelle gegen Schundliteratur bekommen, nicht darunter fallen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ebenso rechnen wir zur Schundliteratur gewisse Traktate — ich spreche natürlich nicht von religiösen Erbauungsschriften — deren inhaltlicher Inhalt geradezu abstoßend wirkt und die man für religiösen Wahnsinn viel mehr verantwortlich machen kann als Gerichtsberichte für Verbrechen. Dagegen rechnen Sie zur Schundliteratur alles Radie und damit sind wir gar nicht einverstanden. Ich erinnere daran, daß eine Adhässin in Bologna, glaube ich, sich ihr Schlafzimmer mit Bildern Correggios schmücken ließ, auf dem nackte Männergestalten abgebildet waren. Die Adhässin hat jeden Abend und Morgen sicher ihre Augen mit Wohlgefallen auf diesen nackten Gestalten ruhen lassen, und ich mache ihr keinen Vorwurf daraus. Gewiß, Sinnlichkeit hat der Künstler empfunden, als er diese nackten Männer malte. Sinnlichkeit wird vielleicht auch die Adhässin bei ihrer Betrachtung empfunden haben. Aber eine Sinnlichkeit, die uns solch' unbergängliche Werke befehrt wie die von Michelangelo und Correggio, kann ich nicht tadeln, sondern muß sie preisen. Natürlich muß eine Sinnlichkeit, die lästerliche Menschen veranlaßt, in Badeanstalten

durch Astlöcher zu gucken.

(Große Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wer die Schundliteratur aus den Händen unserer heranwachsenden Jugend reißen will, muß ihr Ertrag dafür geben. Meine Mitschüler und ich haben als Knaben die elendesten Judionergeschichten in Massen gekauft und verschlungen. Aber der Geschmack an dieser Art Lektüre war in dem Augenblick verfliegen, wo wir mit den Werken Schillers und Goethes bekannt wurden. Wer den Klang der Verse der Iphigenie einmal empfunden hat, der ist gefeit gegen diese 10-Bf.-Literatur. Genau so ist es mit dem Schmuß im Bild. Wer die Jugend dagegen schämen will, der muß sie an das Radie gewöhnen. Erkennen Sie doch die unbestreitbare Tatsache an, daß der Mensch ohne Gewand erschaffen ist. (Heiterkeit.) Wenn Herr Welzer einen von Künstlerhand gezeichneten nackten Körper sieht, so mußte ihm von seinem Standpunkt aus, da er den Menschen für das Ebenbild Gottes hält, der

Gebanke der Audacht

kommen. Statt dessen kommt es zu ganz anderen Empfindungen, er stellt sich nämlich vor, wie ihm zu Ante wäre, wenn er da abgebildet wäre, und da schämt er sich selbstverständlich. (Heiterkeit.)

Kun noch einige Worte zur Klassenjustiz. Wenn sie immer wieder bestritten wird, so erinnert mich das an das Wort Macaulays: „Wenn es gegen die Interessen eines Menschen wäre, die Anziehungskraft der Erde anzuerkennen, so würde es Menschen geben, die sie bestreiten“. Es geht gegen das Interesse von Menschen und Parteien, die Klassenjustiz anzuerkennen, deshalb bestritten man sie. Gewiß gibt es wohlwollende Richter, die bestrebt sind, dem armen Teufel zu helfen; aber sobald es der Richter mit einer Organisation von Arbeitern zu tun hat, wandelt sich die Sympathie in ihr Gegenteil. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokr.) Die Herren Schiffer und Welzer haben selbst bedeutliche Schwächen der Richter, die sich während der Verhandlung zeigen, enthält. Trotzdem haben sich beide dafür verbürgt, daß die Richter bei der Beratung und der Urteilsverkündung vollkommen unparteiisch sind. Wenn Herr Schiffer meinte, wir seien selbst nicht unparteiisch, denn wir halten jeden Streifbrecher für ehrlos, so irrt er. Es kann jede Handlung aus ehrlichen sittlichen Motiven begangen werden, allerdings halten wir eine gewisse Sorte von Streifbrechern für außerordentlich niedrige Subjekte, wie die Leute, die sich vom Revolver überhaupt nicht trennen. Die jener Streifbrecher, der neulich in Berlin sogar dem Krankenassistentenkontrollor den Revolver entgegenhielt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn wir von Klassenjustiz sprechen, so wenden wir uns gegen den ganzen Geist, der in solchen Prozessen lebt, wo die Richter es mit der organisierten Selbsthilfe der Arbeiter zu tun haben. Dieser ist den meisten Richtern heute noch durchaus verhaft, während sie für die organisierte Selbsthilfe der Unternehmer vollstes Verständnis haben, und auch z. B. für die Solidarität der Verzeite. In dieser Stelle hat einmal ein Richter gestanden, der das Vorhandensein der Klassenjustiz zugegeben hat. Das war ein Parteigenosse des Herrn Schiffer, der Landgerichtsdirektor Peinze. Seit damals haben sich die Dinge nicht gebessert. Ein Redner trat für die Unabhängigkeit der Richter ein. Die Hauptsache ist aber, daß die Richter

innerlich unabhängig

werden, frei werden von den Vorurteilen, die äußere Unabhängigkeit allein macht es nicht. Die innerliche Unabhängigkeit wird nicht durch den Nachweis eines bestimmten Vermögens gefordert. Windthorst hat einmal gesagt, wenn zu seiner Zeit dieser Nachweis möglich gewesen wäre, wäre es ihm unmöglich gewesen, Jurist zu werden. — Daß in Deutschland eine Klassenjustiz besteht, ist eine traurige Tatsache. Wir würden gern auf das Agitationsmaterial verzichten, das die Organisten dieser Justiz uns liefern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich würde den Tag als den schönsten meines Lebens betrachten, an dem ich hier erklären könnte, es gibt in Deutschland keine Klassenjustiz, die Richter verstehen es, die Vorurteile, die sie aus ihrer Welt mitgebracht haben oder die sie ihrer Erziehung verdanken, zu unterdrücken. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Bell (Z.):

Jährlich wird hier das Kapitel der Klassenjustiz erörtert. Gewiß kann auch ich keine begeisterte Lobrede auf alle Richterprüche halten. Es gibt manches Urteil gegen sozialdemokratische Redakteure, mit dem ich nicht einverstanden bin; daraus aber den Vorwurf der Klassenjustiz zu erheben, geht nicht an. Nun wird ja nicht der Vorwurf bewußter Ungerechtigkeiten erhoben, sondern gesagt, die Richter entspringen einem Milieu, das sie dem Volke empfinden fernhält. Es ist aber gar nicht richtig, daß die Richter nur einer Klasse des Volkes entspringen. Dann aber kommt hinzu, daß im Volke der Vorwurf der Klassenjustiz dahin verstanden wird, daß die Richter ungerecht urteilen. Dadurch wird das Vertrauen zur Rechtsprechung untergraben, und so kommt man leicht vom Predigen der Klassenjustiz zum Predigen des Klassenhasses. Unterlassen Sie diesen Vorwurf, so werden wir uns über Mißstände der Justiz leicht verständlich können. Mißstände zur Sprache zu bringen, ist Ihr (zu den Sozialdemokraten) gutes Recht. Das haben wir in der Kulturkampfzeit getan, das tun Sie heute. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir tun es auch heute noch, wie unsere Besprechung des Falles Knittel beweist.

Herr Peinze wird mir zugeben, daß es gegen früher besser geworden ist, daß die Richter mehr wie früher einen Einblick in das soziale Leben haben und dadurch der Seele des Volkes nahe stehen. Bei der Vorbildung des Juristen kann in dieser Richtung noch mehr geschehen.

Der Antrag Schiffer verlangt von dem Reichsjustizamt eine große Anzahl von Novellen. Das ist aber nicht die Art einer „gerühmten“ Arbeit, die der Abg. Schiffer empfohlen hat. Bis hier wurden hier Novellen immer nur einzeln von Fall zu Fall beraten auf Veranlassung eines besonderen Erfordernisses. So erscheint es uns auch als das Richtige. Die summarische Erledigung einer größeren Anzahl von Novellen lehnen wir ab. Für die Anträge Schiffer können wir nicht eintreten. Der Redner gibt mit großer Ausführlichkeit die Gründe für seine ablehnende Haltung an. — Besonders aktuell für unsere Gesetzgebung ist die Frage der Gläubigernot. Gewiß, es bricht eine Schuldnernot, aber wichtig ist es vor allem, gegen die böswilligen Schuldner anzukämpfen, die durch Machinationen und Schiedungen die Gläubiger in gefährlicher Weise schädigen. Es ist

falsch, zu glauben, daß als Schuldner stets der arme Mann und als Gläubiger stets der Wohlhabende steht. Es wäre ein Zeichen großer Schwäche, wenn wir gegen die böswilligen Schuldner nicht einschreiten würden. Im Zusammenhang mit der Reform des Strafgesetzbuches steht die Reform des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb, ebenso auch der größere Schutz gegen Verleumdungen. Auch ich halte es für bedauerlich, daß der Redakteur Sollmann im Kölner Polizeiprozess viel zu hoch bestraft worden ist, wenn es überhaupt nötig gewesen wäre, ihn zu bestrafen. Wenn einmal ein hartes Wort fällt, so darf das nicht so hoch angerechnet werden, wenn die Mißstände als wahr erwiesen werden.

Dringend notwendig ist eine Reform des Strafvollzugs. — Die Entschädigung unschuldig Verurteilter sollte liberaler gewährt und vor Pfändung geschützt werden. — Das Stiefkind unserer Rechtspflege sind die Rechtsanwälte. Deutlich zeigt das der vom Abgeordneten Ablaß zur Sprache gebrachte Dortmund-Fall. Die Anwaltschaft hat daselbst Recht auf Schutz vor Herabwürdigung wie andere Organe der Rechtspflege und wie etwa der Offiziersstand. Eine öffentliche Verhandlung hat die Anwaltschaft nicht zu scheuen. — Unsere Justiz muß modern sein, modern in dem Sinne, daß sie das Leben kennt. Ihre Sprache soll so sein, daß das Volk sie versteht. In der Beziehung ist das Reichsgericht leider kein nachzuahmendes Beispiel. — Mit dem Auslieferungsinstitut für Verbrecher hätte das Reichsjustizamt allen Anlaß, sich näher zu befassen. — Bei der Auswahl der Strafkammervorsitzenden sollten in Zukunft nur solche Herren ausgewählt werden, die die nötige Objektivität und den nötigen Takt besitzen. Wie notwendig das ist, hat das Verhalten des Vorsitzenden im zweiten Knittel-Prozess bewiesen. — Wenn wir im Interesse des deutschen Volkes einen gründlichen Kampf gegen den Schmuß in Wort und Bild kämpfen, so wirt man uns vor, wir seien Kunstfeinde. Wir wollen aber gerade die wahre, edle Kunst schätzen gegen die Kunst. Es ist auch eine Einstellung, wenn man behauptet, wir seien gegen die Darstellung des Radten an sich. Wer sich aber das Kabinett von Unzüchtigkeiten ansieht, das sich die Berliner Staatsanwaltschaft angeeignet hat, muß von Ekel erfaßt werden. Im Interesse der Volksgesundheit muß mit eisernem Beien das Land rein gemacht werden von diesem Schmuß. Künstler und Literaten haben sich leider dazu hergegeben, ihre Kunst in der obzönsten, gemeinsten Weise zu prostituieren. Eine solche Kunst muß es sich gefallen lassen, als Schanddirne behandelt zu werden. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Hierauf verlegt sich das Haus.

Personlich verweigert sich

Abg. Mertin (Rp.)

dagegen, gesagt zu haben, unter der freien Advokatur sei das Material der Rechtsanwaltschaft gesunken. Auch habe er die Beschränkung der Advokatur im allgemeinen Interesse, nicht im wirtschaftlichen Interesse der Anwälte verlangt.

Abg. Dr. Landsberg (Soz.), persönlich:

Ich finde nicht, daß ich den Kollegen Mertin irgendwie falsch verstanden habe. Eine ganze Reihe von Kollegen haben ihn genau so verstanden wie ich, und zwar mit Recht.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr (Fortsetzung des Justizrats).
Schluß 8 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

29. Sitzung, Dienstag, den 17. Februar 1914,
vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Dallwitz.

Die Beratung über den

Sparfassenantrag

wird fortgesetzt.

Abg. Reinert (Soz.):

Wir haben seiner Zeit gegen das Sparfassengesetz gestimmt, das die Gelder der Sparer zur Kurserhöhung der Staatspapiere verwendet und die Sparfassen zum Vorteil der Banken benachteiligt. Die Schädigung der Sparfassen durch Kurserlöse auf den ihnen aufgezwungenen Staatspapieren war vorauszuweisen und schon damals forderte ein Antrag Waldstein (Rp.) Schutz dagegen. Er wurde aber in der Kommission abgelehnt.

Der Antrag geht eigentlich hervor aus dem Verlust der Städte an Sparfassenüberschüssen. Viele Städte sind auf diese Einnahmen geradezu angewiesen, um ihren Haushalt im Gleichgewicht zu halten. Die Annahme und Durchführung dieses Antrages würde aber die Städte noch darin befähigen, ihre Etats auf die schwankenden Sparfasseneinnahmen zu stützen.

Wir meinen durchaus nicht, daß die Sparfassen niedrige Verzinsung gewähren müssen, wir wollen aber, daß ein Teil des Ueberschusses den Sparer gutgeschrieben würde, damit sie nicht von den Gemeinden zur Herabsetzung der Realsteuern verwendet werden. Auch wir — das sage ich dem Abg. Dr. Träger — sind selbstverständlich Freunde der Genossenschaften und ihrer Sparfassen, aber die

Konsumvereinsfrage der Konservativen

und weiter Zentrums- und liberaler Kreise hindert die Auffklärung der Bevölkerung und läßt ihr Vertrauen zu den genossenschaftlichen Kassen nicht aufkommen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Reservefonds sind für die Sparfassen unbedingt nötig und müssen in der vollen Höhe des Gesetzes erhalten bleiben. (Im Saal herricht infolge der ungenierten Privatgespräche der Abgeordneten große Lärm.) Man müßte einmal auch Klarstellen, was neben den Landesversicherungsanstalten von den Sparfassen für Wohnungsbau usw. geleistet wurde. Der Abg. Reinhardt hat diese Tätigkeit so sehr gerühmt, aber die Initiative dürfte doch von den Versicherungsanstalten ausgegangen sein, und diese haben auch weit mehr geleistet.

Der Verband der öffentlichen Lebensversicherungsanstalten will die Sparfassen für seine öffentlich-rechtliche Vollversicherung in Anspruch nehmen, indem aus den Einlagen der einzelnen Sparer ohne deren Wissen Lebensversicherungspolice beschafft und bezahlt werden. Dagegen protestieren wir, das wäre eine einseitige Bevorzugung der Konkurrenz gegen die Volksfürsorge und für solche Zwecke sind die Spareinlagen nicht da. Wir stimmen gegen Kommissionsberatung, von der wir uns nach den Erfahrungen in der Kommission über den Antrag Waldstein einen Erfolg nicht versprechen. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Lippmann (Rp.):

Wenn die Sparfassen sich zu Banken ausgestalten würden, würden sie die Sicherheit, die das Volk von ihnen zu verlangen hat, einbüßen. Es gibt keine Bankgeschäfte ohne Risiko; die Sparfassen dürfen aber kein Risiko auf sich nehmen. Wir können diesem Antrag nicht zustimmen.

Minister v. Dallwitz

kritisiert einzelne Ausführungen des Vorredners.

Abg. Dr. Barenhorst (fl.)

tritt für den Antrag ein und ersucht die Regierung um Zustimmung.

Abg. Dr. Dieberich Hahn (l.):

Ich habe nicht die Absicht, eine polemische Rede zu halten, sondern eine Sammlungsrede (Heiterkeit), um das Haus gegen die Regierung zu sammeln. Unser Antrag bedeutet eine wertvolle Hilfe für die Sparfassen. Daß diese in eine so schwierige Lage infolge der Geldknappheit auf dem Inlandmarkt geraten sind, daran ist die Regierung selbst schuld. Sie hätte den Geldwert unserer Großbanken verhindern sollen. Da sie das nicht getan hat, so hat sie die Pflicht, den Schaden wieder gut zu machen. Ich bitte, den Antrag der verstärkten Gemeindefunktion zu überweisen.

Die Debatte schließt. Das Ministergehalt wird bewilligt.

Abstimmungen zum Etat des Innern.

Der Sparfassenantrag geht gegen die Stimmen der Sozialdemokraten an die verstärkte Gemeindefunktion; der volksparteiliche Antrag über die Einwirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte an die Gemeindefunktion, die Anträge Braun (Soz.) und Schmedding (Z.) betreffend das Jrenrecht an die Justizkommission.

Der Arbeitswilligkeitsantrag der Rechten und Nationalliberalen wird gegen Zentrum, Fortschritt, Sozialdemokraten, Polen und Dänen angenommen.

Zu dem sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung der Plakatbestimmungen des alten preussischen Preßgesetzes erklärt

Abg. Schröder-Kassel (natl.),

daß seiner Partei der Gedanke sympathisch, die Aufhebung der betreffenden Paragraphen aber undurchführbar erscheine.

Abg. Hirsch (Soz.)

beantragt Uebertreibung an die Justizkommission.

Dies wird gegen die Linke samt den Nationalliberalen abgelehnt, darauf der Antrag selbst gegen die Fortschrittler, Sozialdemokraten und Polen abgelehnt.

Der sozialdemokratische Antrag gegen die Mißbräuche im Arbeiterlegitimationszwang wird gegen die Polen, Sozialdemokraten und Dänen abgelehnt.

Die Sturmflut der Ostsee.

Abg. Lippmann (Rp.)

begründet die Interpellation betreffend den Koststand infolge der Ueberschwemmung an der Ostsee und in den Häfen und fordert verschiedene Uferschutzbauten usw.

Minister v. Dallwitz:

Die bisher von den Provinzialbehörden erstatteten Berichte über die von der Sturmflut an der Ostseeküste angerichteten Schäden erlauben noch keine genaue, zahlenmäßige Feststellung. Jedenfalls sind die Betroffenen zur Tragung des Schadens nicht instande. Auch die private Hilfsbereitschaft muß in Anspruch genommen werden. Ich erlaube das Haus, sich damit einverstanden erklären zu wollen, daß den von der Hochflut betroffenen Bezirken Kostbeiträge aus staatlichen Mitteln gewährt und außerordentlich berechnet werden. Die Wiederherstellungsarbeiten sind in Angriff genommen.

Abg. Jehr. v. Rathahn (l.)

begründet einen scheinigen Antrag der Konservativen, der die Regierung auffordert, sofort ausreichende Mittel bereitzustellen, um dem Koststande der durch die Sturmflut betroffenen Bevölkerung entgegenzuwirken und beantragt, den Antrag und den gleichlautenden Antrag der Nationalliberalen einer Kommission von 28 Mitgliedern zu überweisen.

Abg. Dr. Kewoldt (fl.):

Die private Wohltätigkeit muß zur reichsten Entfaltung angeregt werden. Sie ist diesmal hinter ihren früheren Leistungen zurückgeblieben. (Hört! hört!)

Abg. Dr. Schifferer (natl.):

Unser Antrag beweist, daß auch wir eine tatkräftige Unterstützung der betroffenen Bevölkerung wünschen. Mit den Vorschlägen des Ministers erklären wir uns einverstanden. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Steputat (Kons. Litauer):

Besonders im Memeldelta tut schnelle Hilfe not.

Abg. Dr. Gaigalat (Kons. Litauer)

schildert gleichfalls die Ueberschwemmungen der Memeliederung.

Abg. Hofer (Soz.):

Den Anträgen stimmen wir zu. Aber ich kann die Bemerkung nicht unterdrücken, daß wir der Regierung besonders da, wo es sich um Ausgaben für Kulturzwecke handelt, sehr wenig Vertrauen entgegenbringen. Wir fürchten in diesem Falle unangebrochene Sparfassen. Die Unterstützungen müssen den von der Katastrophe Betroffenen nicht nur für eine längere Zeit die notwendigen Lebensmittel garantieren, sondern auch die Schäden, von denen Gebäude, Grund und Boden und das gesamte Inventar betroffen wurden, wieder ausgleichen. Die Regierung sollte in Zukunft mit der Hilfsaktion nicht mehr so lange zögern. In solchen Fällen werden wir der Regierung eigenmächtig handeln gern verzeihen. Vor allem kommt es darauf an, wie die Unterstützungen verteilt werden. Meistens ist durch eine

ungerechte Verteilung

eine große Erbitterung unter vielen Opfern der Katastrophe in früheren Fällen zurückgeblieben. Unser Vertrauen zu den Landräten, die die Verteilung der Unterstützungen vorzunehmen haben, hinsichtlich ihrer Unparteilichkeit ist nicht sonderlich groß. Daher wünschen wir, daß die Landräte aus den Kommissionen ganz ferngehalten werden. Aber mit der Bereitstellung der Hilfsmittel gegen die Not ist es nicht getan. Das Unglück, das jetzt von der Sturmflut angerichtet worden ist, hätte vielleicht durch zeitige Vorsorge ganz verhütet werden können. Am Kurischen Haff und im ganzen Memeldelta haben die Sturmfluten aufs furchterlichste gewüthet. Den Arbeitern wurden die Vorräte an Kartoffeln, Heu und Gemüse verdorben oder fortgeschwemmt, ihre Acker und Wiesen mit Sand überzogen, den Fischern ihre Netze und Rähne zerstört. Immer neue Hochposten treffen ein. Infolge des Lawenwetters schwall die Memel von Schmelzwasser an, das infolge des an der Mündung aufgestauten Eises nicht abfließen konnte. — Felder und Wiesen wurden überschwemmt. Ungeheure wirtschaftliche Werte sind zerstört worden. In den durchdrückten Wohnungen haben die Menschen schweren Schaden an ihrer Gesundheit genommen. Fast nur kleine Leute sind von dem Unglück getroffen worden. Jetzt muß der Staat Schritte unternehmen, ein für alle Male, um der Wiederholung solcher Katastrophen vorzubeugen. In den Jahren 1888, 1890 und jetzt 1914 haben sich solche Ueberschwemmungen ereignet, jedesmal mit ungeheuren Verlusten. Da hätte der Staat, der Hunderte von Millionen für die Polendekämpfung, für Jugendbewegung verendet, längst Abhilfe schaffen können, besonders da es sich um Kulturzwecke handelt. Die Mündungsarme der Memel müssen eingedeicht werden, die rechte Memelseite ist gänzlich ohne Schutz. Ebenso hätte das Unheil am Kurischen Haff vermieden werden können, wenn man bei Zeiten die ganze Küste des Haffes eingedeicht hätte. Aus persönlicher Anschauung weiß ich, wie traurig es dort überall mit den Vorbeugungsmahregeln gegen das Hochwasser bestellt ist. Manche Gegenstände sind im Herbst und Frühjahr regelmäßig vom Verkehr mit der Außenwelt vollständig abgeschnitten. Dort mühten feste und hochliegende Chaußeausgeschüttet und die Flußläufe überbrückt werden. Kann die Provinz die Mittel dazu nicht aufbringen, so muß der Staat helfend eingreifen. Vor einigen Jahren bereits sollte ein Hafsdamm gebaut werden. Die Vorarbeiten waren fix und fertig, nur die Mittel fehlten. Die Bewohner der Gegend erklärten sich das mit der Rücksicht auf das dort lebende seltene Elchwild, das lumpyiges Terrain gebraucht und von den hohen und höchsten Herrschaften besonders gern jagt wird. Man sollte doch den Wohlstand eines ganzen Landstriches nicht dem Jagdvergnügen einiger Weniger opfern. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schmiljan (Rp.):

Die Frage muß ohne Rücksicht auf parteipolitische Tendenzen gelöst werden. Ein schnelles Vorgehen der Regierung ist dringend erforderlich. Die erforderlichen Mittel bewilligen wir der Regierung. Der Uebertreibung an eine 28gliedrige Kommission stimmen wir zu.

Abg. Korfauly (Pole):

Die von der Regierung vorgeschlagenen Abhiffmittel sind ungenügend. Es müssen alljährlich größere Mittel zum Rüsten...

Abg. Dr. Dittrich (Z.):

Die Regierung muß außerordentliche Maßnahmen treffen. (Beifall im Zentrum.)

Die Anträge werden an eine besondere Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Die Vorlage über die Erweiterung des Stadtkreises Dortmund wird nach unwesentlicher Debatte der verstärkten Gemeindefunktion überwiegen.

Etat des Ministeriums des Innern.

Beim Kapitel „Oberverwaltungsgericht“ nimmt das Wort

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Es gibt immer noch Leute, die glauben, auf das Oberverwaltungsgericht soll kein zu müssen. Früher hat das Verwaltungsgericht die Freiheit der Bürger zeitweise gegen die Polizeiverwaltung in Schutz genommen.

vom Minister des Innern ausgeführt.

Danach ist schon anzunehmen, daß nach Verwaltungszweckmäßigkeit und Nützlichkeit gerichtet wird, wie überhaupt in der ganzen Verwaltungsfunktion.

ein glatter Mißbrauch des Rechts,

um der Mißwirtschaft und Willkür gegenüber den ausländischen Arbeitern nicht Raum und Bügel anlegen zu müssen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

In dem Schadenersatzprozeß der Witwe des getöteten Arbeiters Herrmann hat das Oberverwaltungsgericht im Konfliktverfahren die rechtskräftigen Entscheidungen der Landgerichte in Straf- und Zivilsachen und des Kammergerichts nicht anerkannt.

Das Oberverwaltungsgericht hat die Berliner „Freie Volksbühne“ der Polizei unterstellt. Der Minister hat das kulturelle Wirken der „Freien Volksbühne“ anerkannt und die Unterstellung der Polizei als nur aus juristischen Ordnungsgründen erforderlich erklärt.

Jagows heimliche Zensurschikane

bestätigt und sich so alles eher denn als Schutz der bürgerlichen Freiheit erwiesen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Auch in seiner Vereinsrechtssprechung verkehrt das Oberverwaltungsgericht das Gesetz in sein Gegenteil. Die Polizei hat nach dem Reichsvereinsgesetz kein Recht zur Überwachung geschlossener Sitzungen politischer oder unpolitischer Art.

Die Auseinandersetzung eines Lichtdübervortrages über 1848 in Commerfeld wurde gerechtfertigt damit, daß er die Patrioten hätte zu Gewalttätigkeiten hinführen können!

It schon die Gesamtheit des Vereinsrechts keine Ausnahme, so ist das Vorgehen auf dem Gebiete des Disziplinarrichts die Wille. Ein Gemeindevorsteher wurde disziplinarisch zu Geldstrafe verurteilt, weil er die Wahl eines Sozialdemokraten in die Schuldeputation nicht verhindert hatte.

Das Oberverwaltungsgericht hat ja auch erklärt, daß ein Sozialdemokrat ungeeignet sei, einen Unterrichtsurlaubsschein zu erhalten, er besitze nicht das erforderliche sittliche Gefühl.

Minister v. Dallwitz:

Wie kommt Dr. Liebknecht dazu, eine solche Kritik zu üben an einem höchsten Gericht? Ist er soviel klüger als diese Richter? Er will sie nur beeinflussen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Diese Worte waren nichts als eine Verteilung der reaktionären Justiz des Oberverwaltungsgerichts. Wir haben das Recht der Kritik, und wenn hier ein einfacher Arbeiter sagte, das Oberverwaltungsgericht übe Klassenjustiz, so hätten Sie, Herr Minister, anders zu antworten.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Diese Worte waren nichts als eine Verteilung der reaktionären Justiz des Oberverwaltungsgerichts. Wir haben das Recht der Kritik, und wenn hier ein einfacher Arbeiter sagte, das Oberverwaltungsgericht übe Klassenjustiz, so hätten Sie, Herr Minister, anders zu antworten.

ein paar schnoddrige Redensarten

sind keine Antwort! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Die Rechte schreit, schimpft und schlägt auf die Lische; hierauf ruft der Präsident Graf Schwerin den Abg. Liebknecht wegen Ungehörigkeit zur Ordnung. Beifall rechts.)

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung: Morgen Mittwoch 11 Uhr: Weiterberatung. Schluß 4 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission.

Die Frage der Erhebung des Reichsarchivs in Verbindung mit dem neuen preussischen Staatsarchiv beschäftigt am Dienstag noch einmal die Budgetkommission. Der springende Punkt der Beratungen war die von sozialdemokratischer Seite wiederholt und nachdrücklich vertretene Forderung, daß dem Reich die unbedingte Selbstständigkeit in der Verwaltung seiner Archivbestände und die Möglichkeit jederzeitiger Lösung des mit Preußen abzuschließenden Vertrags gesichert bleibe.

Bei der vorjährigen Beratung des Etats zum Kanalamt hat sich die Firma Sander u. Küster beschwerdeführend an die Budgetkommission gewandt, weil ihr die gegen das Kanalamt geltend gemachten Schadenersatzansprüche aus dem Bau des Loos v. dem Kaiser-Wilhelm-Kanal freitlig gemacht wurden. Die Firma fühlt sich um Millionen benachteiligt, da von dem Wasserbauinspektor Pohl, mit dem der Vertrag geschlossen worden ist, zum Nachteil der Firma falsche Angaben über die Resultate der Bohrungen gemacht worden sind.

Keine allgemeine und völlige Sonntagsruhe.

Die Sonntagseruhekommission des Reichstags beendete am Dienstag die Generaldebatte über die Frage, ob völlige oder beschränkte Sonntagsruhe im Handelsgewerbe eintreten soll. Für die Sozialdemokraten sprach Genosse Dr. Quard in längerer Ausführungen für die Durchführung der absoluten Sonntagsruhe unter Hinweis auf eine vom Leipziger Detailistenverband eingetragene Eingabe, in der die absolute Sonntagsruhe für durchaus durchführbar erklärt wird.

Es sollte nun in die Spezialdebatte eingetreten werden. Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde aber zunächst darüber debattiert, wie weit die Grenze für die Einwohnerzahl der Städte zu ziehen ist, die für die völlige Sonntagsruhe als geeignet erklärt werden sollen.

Soziales.

137 089 Schwerverletzte, 10 300 Tote.

Die Notwendigkeit einer Verbesserung des Arbeiterschutzes, der nur durch Erweiterung und Sicherung des Koalitionsrechts

gewährleistet werden kann, wird sehr eindrucksvoll durch die hohen bekannt werdenden Nachweisungen der Berufsgenossenschaften über die Unfallhäufigkeit im Jahre 1912 demonstriert. Burden doch in dem einen Jahre auf dem Schlachtfelde der Arbeit 137 089 Proletarier schwer verletzt, das heißt so schwer, daß trotz rigoroser Abweisung von Entschädigungsansprüchen, trotz der berückichtigten Rentenquerscheren in 137 089 Fällen Unfallrenten gezahlt werden mußten.

Die Zahl der versicherten Personen bei den Berufsgenossenschaften und Ausführungsbehörden betrug im Berichtsjahr 28 389 605. Davon gelten 3,4 Millionen Personen als doppelt gezählt, weil gleichzeitig in gewerblichen und in landwirtschaftlichen Betrieben versichert. Sonach stellt sich die Zahl der durchschnittlich versicherten Personen auf rund 25 Millionen. Auf je 1000 Versicherte entfielen demnach 5,48 entschädigungspflichtige Unfälle.

Die Zunahme der Unfälle und die Verschlechterung in der Rentenfestsetzung kommt in der folgenden Zusammenstellung zum Ausdruck. Es wurden in den aufgeführten Jahren erstmalig Unfallentschädigungen festgesetzt:

Table with 4 columns: Year, Total (überhaupt), Insured (versicherte Personen), and Accidents (Unfälle mit tödlichem Ausgang). Rows for years 1886 to 1912.

Bis zum Jahre 1905 ist die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle ununterbrochen gestiegen, absolut und relativ. Auch die nächsten Jahre brachten noch eine Zunahme der als entschädigungspflichtig anerkannten Unfälle, aber im Verhältnis zur Zahl der versicherten Personen begann mit dem Jahre 1906 ein Rückgang. Von 1909 an zeigt sich sogar eine absolute Abnahme der entschädigten Unfälle, der relative Rückgang erstreckt sich bis auf das Jahr 1911.

Gegen das Vorjahr hat die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle um 4,6 Prozent zugenommen, eine bedeutliche Ziffer, aber noch mehr ist die Zahl der Getöteten gestiegen, nämlich um 9,1 Prozent! Ueberhaupt hat sich das Verhältnis der Getöteten zu den Schwerverletzten gegen früher verschlechtert. Auf je 100 Schwerverletzte entfielen nämlich:

1905 . . . 6,8 Getötete

1912 . . . 7,3

Bei solcher Entwicklung kann man doch wahrlich nicht von einer Verminderung der Unfallgefahren oder gar von einer Verbesserung in der Unfallverhütung reden. Die Zahlen spotten jedem Vertuschungsversuch.

Die Krüppel und Toten bilden eine furchtbare Auflage gegen das herrschende System. In der bisherigen Weise kann und darf nicht fortgewürfelt — und gemordet werden. Eine wirksame Durchführung des Arbeiterschutzes, ein Eindämmen in dem himmelschreienden Vernichten von Menschenleben und Gesundheit, in der Anhäufung von Not und Jammer, von Elend und Pein ist nur möglich, wenn den Arbeiterorganisationen größere Bewegungsfreiheit gegeben, ihnen Einfluß auf die Gewerbeinspektion eingeräumt wird.

Angeichts der graufigen Ziffern erhebt die Arbeiterschaft mit Nachdruck erneut ihre alte Forderung: Verbesserung der Gewerbeinspektion durch Einstellung von Kontrolloren aus den Reihen der Arbeiter, von diesen selbst gewählt, und vor allem:

Freies Koalitionsrecht!

Gesichertes Koalitionsrecht!

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet in den Abends 69, nach der Truppen - Paraden, wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Auftrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erwidert. Anfragen, denen keine Anwesenheitsnotifikation beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

H. K. Regel. Unseres Erachtens hat das Nächste Anrecht auf Zahlung bis zum 1. 10. 1912. 1. Vom Zeitpunkt des Urteils ab. Im übrigen sind nur die Ansprüche verjährt, die länger als 4 Jahre zurückliegen. 2. Minimal. 3. Unzulässig. Es müßte im Ausland neu geplant werden. 4. Am zweckmäßigsten ein schriftlicher Antrag, unter dem der jetzige Vorwand keine Zustimmungserklärung steht. — S. 2. 105. 1. bis 5. Um mit einer Klage durchzudringen, müßten Sie ein Verzeichnis des Vermieters oder eines von ihm Beauftragten, das zu dem Schaden geführt hat, nachweisen. Es erscheint ein Vergleich angebracht. 6. bis 8. Falls Sie Ihre Behauptung nachweisen können, können Sie den Ertrag der 2 R. beanspruchen. Beantragen Sie zunächst den Ertrag eines Abzahlungs- bezugs. Abzug von der Miete ist nicht zulässig. — S. 2. 1. Ein Obey nicht, wohl aber eine Polizeiverordnung vom 1. 4. 1903, sogenannte Gell- gehilfenordnung; ebenfalls im Verlag von Johann Erben (Kurt Gerber). 2. und 3. Ja. — S. 2. 100. Ja. — S. 2. 43. Die Kündigung ist zutreffend, sofern nicht bei der Veranlagung etwa ein ganzer Jahres- arbeitsverdienst zugrunde gelegt ist. — S. 2. 47. Ein gesetzlicher Anspruch darauf besteht nicht. Die vertraglichen Bestimmungen sind maßgebend. — S. 9. 1092. In der Regel nicht ausreichend. Ob im vorliegenden Falle anders zu beurteilen, läßt sich aus Ihren lediglich andeutungsweise gegebenen Darstellungen nicht entnehmen.

Pankow 100. Eine gegen Sie gerichtete Klage würde voraussichtlich abgewiesen werden. — S. 9. 10. 1. Ja, wenn eine Aufschaltung der Erträge nicht geschehen ist. Ist der Nachlaß noch nicht geteilt, so kann die Forderung auf den Nachlaß beschränkt werden. 2. Ja. 3. Ja, mit Zustimmung des Erben. Dadurch würde aber Ihre unbedingte Haftung begründet werden. — S. 8. 14254. 1. Ja, im Wege des Wiederkaufes- verfahrens. Ob die Voraussetzungen dafür vorliegen, läßt sich nicht erkennen. 2. Nein. 3. Ja, wenn ein Anwaltsbescheid vorliegt. Dieser könnte die Akten einsehen. — S. 100. 1. u. 2. Ja, falls die Police nicht zu Ihren Gunsten lautet. Das läßt sich durch Umkehrung der Police auf Ihren Namen erreichen. — S. 9. 25. Sie können auch weiterhin das Obereigentum beanspruchen. — S. 17. 1. Sie können beim Regiment erlernen. 2. Nach Jahresfrist haben Sie ein Eigentumsrecht. — S. 2. 3528. 1. u. 2. Ja. 3. u. 4. 113 Gewerbeordnung. 4. Danowitzer-Kammer. — S. 2. 26. 1. u. 2. Unseres Erachtens sämtliche Kosten. 3. Ja. 4. Ja, falls Sie im Prozeß obliegen. — S. 150. 1. Eintrag beim Notar oder Gericht und demnach Eintragung in das beim Amtsgericht geführte Güter- rechtsregister. 2. Ja, zwei. — S. 6. 4554. Leider nein. — S. 9. 53. 1. Möglich, aber zweifelhaft. 2. 150 R., für den Fall der Verschlechterung

fam Ermäßigung bis auf 3/4 N. erfolgen. 3. Regierungspräsident in Potsdam. Dem Gesetz ist zunächst ein Neuanfangszeugnis der Heimatsbehörde beizufügen. — **S. 112.** Probenkammungen sind Wohlthatigkeitsvereine. Die übrigen Progen sind unverständlich. Sehen Sie sich mit einem der Vereine in Verbindung. — **S. 17.** Ka. — **Norden 937.** 1. bis 3. Nach ihrer Darstellung nicht antestbar. 4. Kein 5. Ka. — **S. 1325.** 1. Ja, falls nicht das Gesetz einen Beschluss erläßt, monach das Kind bei ihrer Frau zu bleiben hat. 2. Zunächst muß ein Sühneverfahren beim Amtsgericht Neudöln vorausgehen. Den Antrag können Sie zu Protokoll des Gerichtsfreibers aufgeben. Zur Erhebung der Sühneklage ist ein Anwalt nötig. Wenn sich die Klage auf böswillige Verlassung stützt, so muß erst eine Klage auf Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft vorausgehen. Zwischen dem Zeitpunkt der Rechtskraft des Urteils und dem Zeit-

punkt der Erhebung der Sühneklage muß ein Jahr liegen. 3. Beim Anmendvorsteher Ihres Bezirks zu beantragen. 4. Drei bis sechs Monate. — **S. 111.** Senden Sie sich an eine Filialbank. — **Wette in D.** Derartige Wette sind doch wirklich nicht im Briefkasten zu behandeln. — **S. 100.** Das erfahren Sie beim Transportarbeiterverband, Section Seelitz, Engelstr. 15. — **S. 5.** 1. „Banderklub“, Heise, Bonenstr. 19. 2. Turnverein „Rote“, Stühm, Neudöln, Pannierstr. 13. — **S. 1886.** Hgl. Klink, Berlin, Siegelstr. 5/9. — **S. 23.** Verein der Präsidenten, Gerwin, Urbanstr. 6. — **S. 23.** Die ersten Verträge mit Motorflugzeugen wurden schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gemacht. Verflucht ohne motorische Hilfsmittel, durch bloße Ausnutzung der Muskelkraft, vermittelst künstlicher Schwinger zu liegen, gehen weit in frühere Jahrhunderte zurück. Der erste nachweislich gelungene Flug mit der

modernen Flugmaschine (Mecoblan) gelang den Gebrüdern Wright im Jahre 1905. — **S. 13.** 84. Ist uns leider nicht bekannt. — **S. 23.** 18. Das gebräuchlichste französische Wort für Buchdrucker und Schriftsetzer ist typographe. Schriftsetzer heißt französisch: compositeur. — **S. 105.** 1. Unseres Erachtens nicht. Nach § 908 ff. Bürgerlichen Gesetzbuches. 2. Besondere gesetzliche Vorschriften bestehen darüber nicht. Es können aber diese Frage regende Polizeivordriften bestehen. Darüber würden Sie bei dem Amtsvorsteher näheres erfahren. — **S. 21.** 1. Ja, unseres Erachtens jedoch nur in einer geschlossenen Gesellschaft. Soll die Ausführung öffentlich geschehen, so bedarf es der Zustimmung des Urhebers oder dessenigen, dem das Urheberrecht übertragen ist. 2. und 3. Unseres Erachtens nicht. 4. Der Dirigent; die Spieler nur dann, wenn sie Kenntnis haben. — **S. 7.** Ja.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 3. Berl. Reichstagswahlkreises.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Herr
Fritz Prenzel
(Engelstr. 17) gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. Januar, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Straßhofes, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreises.
Köpenicker Viertel. Bez. 167.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Metall-
dreher
Alfred Bredendik
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 19. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des Thomas-Straßhofes in Neudöln, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.
Am 14. Februar verstarb unser Parteigenosse
Georg Bichler
Witzstr. 4, 7. Bezirk.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des alten Neudöln Friedhofes, Rudower Straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Am 15. Februar verstarb unser lieber Kollege, der Schriftsetzer
Heinrich Hasenfeld
im Alter von 49 Jahren.
Ruhe sanft!
Das Personal der Buchdruckerei N. S. Hermann.
Die Bestattung findet am Donnerstag, den 19. Febr., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt. — Linien: 23, 26, 28.

Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederharnim.
Bezirk Oranienburg.
Am Sonntag, den 14. d. M., nach längerem Krankenlager der Lagerhalter, Genosse
Franz Wensch
im 41. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
240/5 Die Bezirksleitung.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb. Filiale Groß-Berlin.
Nachruf.
Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Karl Jahnke
welcher im Betriebe des städtischen Schlachthofes beschäftigt war, verstorben ist.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
11/9 Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“ Ortsgruppe Berlin.
In Erfüllung der traurigen Pflicht geben wir allen Mitgliedern bekannt, daß unser Bundsgenosse
Paul Kahle
(Mitglied der 5. Abt.) verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. Febr., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Georgen-Straßhofes, Landberger Allee, aus.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederharnim.
(Bez. Reinickendorf, Ck.).
Am Montag, den 16. Februar, verstarb unser alter, braver Genosse
Heinrich Hasenfeld
Bürgerstr. 12.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in der Humboldtstraße aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.
240/6 Die Bezirksleitung.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb. Filiale Groß-Berlin.
Unsern Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Max Thomander
welcher im Betriebe der städtischen Gaswerke, 14. Repierinspektion, beschäftigt war, verstorben ist.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Bestattung findet am Mittwoch, den 18. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Hedwigs-Straßhofes in Reinickendorf, Berlinstraße, aus statt.
33/8 Die Ortsverwaltung.

Am Sonntag verschied nach schwerem Leiden unser lieber Bruder, der Metzler
Fritz Morgenstern
im Bezirk-Krankenhaus.
Am Namen der trauernden Hinterbliebenen 23/20
Paul Morgenstern.
Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, nachm. 3 Uhr, auf dem neuen St.-Pauli-Friedhofe in Bismarckstr.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Sohn und Bruder, der Goldschmied
Moritz Srenk
am Sonntag, den 15. Februar, verstorben ist.
Dies geht im Namen der Hinterbliebenen tiefbetrubt an
Olga Srenk und Kinder,
Brangelstraße 70.
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des alten Thomas-Straßhofes in Neudöln, Hermannstraße, aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein Niederharnim.
Bezirk Lichtenberg.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Genossin
Frau Klara Riedel
Wilhelmstr. 14
im 41. Lebensjahre verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
14/3 Die Bezirksleitung.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe, gute Frau
Helene Müller
geb. Butschersit 9386
verstorben ist.
Um stille Teilnahme bittet
Julius Müller.
Die Beerdigung findet am Donnerstagnachmittag 3 1/2 Uhr auf dem Dankes-Straßhof, Reinickendorf-West, Blankstraße, statt.

Dankfagung.
Für die herzliche Teilnahme und die vielen Kranzspenden bei dem Hinscheiden meines lieben Mannes, des Gastwirts
Karl Düringshofen
sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten meinen innigsten Dank.
Wwe. Luise Düringshofen.
Dankfagung.
Für die in so reichem Maße erwiesene Teilnahme bei dem Hinscheiden meines lieben Mannes
Otto Walter
sage ich allen Verwandten, Freunden, Kollegen und Bekannten meinen herzlichsten Dank.
115/4
Ww. Emilie Walter und Sohn.

Dankfagung.
Für die herzliche Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung unserer so früh verstorbenen lieben Tochter und Schwester
Erna
sagen wir allen Verwandten und Bekannten, insbesondere den Genossinnen und Genossen der Arbeiter-Genossenschaft Paradies, der Freien Turnerschaft Paradies, den Bauhandwerkern der Paradiesgenossenschaft, den Sängern vom Verein Fichte-Georgina und dem Genossen Hermann Büchse für seine zu Herzen gegangenen, tröstlichen Worte unseren innigsten Dank.
Familie Dörner.

Dankfagung.
Für die vielen Botschaften herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unseres unvergesslichen Sohnes und Bruders
Bruno
sagen wir allen Bekannten und Verwandten, seinen persönlichen Freunden, dem Schwimmklub Delphin-Reinickendorf, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, den Arbeitern der Schuhfabrik W. Müller und vor allem den Kollegen und dem Sängerkor der Firma Dr. Paul Meier für die schönen Kranzspenden und dem Nachruf am Grabe unseres herzlichsten Dank.
Karl Rothauer und Frau
nebst Kindern. 115/2



Berühmt

Können Sie werden wenn Sie Ihre Stimme pflegen. Vorrätig in allen Apotheken und Drogerien Preis der Originalschachtel M 1

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“
Berlin C. N. Sahnisch, Adlerstr. 174.
W. G. Schmidt, Kirchbachstr. 14.
O. Petersburger, Bay 4. Gustav Vogel, Kopenstr. 82.
R. Wengels, Or. Frankfurter Str. 120.
No. E. Just, Immanuelstr. 12. A. Reul, Barnimstr. 42.
N. H. Wolgast, Baitzstr. 9. S. Fischer, Baitzstr. 6.
Karl Wars, Greifenbäcker Str. 22. A. Schönich, Köpenicker Str. 5.
S. Vogel, Lorenzstr. 37. H. Ties, Invalidenstr. 124.
NW. Salomon Joseph, Wilhelmshavener Str. 48.
SW. G. Schmidt, Gendemannstr. 72. Tachn, Hagelberger Str. 27.
S. St. Preis, Brinckstr. 31. S. Lehmann, Rottbuler Damm 8.
SO. Paul Böhm, Langstr. 14/16. B. Dorich, Engelstr. 15.
Adlershof. Karl Schwarze, Köpenicker Str. 28.
Baumschulenweg. S. Hornig, Marienbader Str. 13, L.
Borsigwalde. Paul Kienast, Mühlstr. 10.
Charlottenburg. Gustav Zahnberg, Seidensteiner Str. 1.
Friedrichshagen. Ernst Westmann, Köpenicker Str. 18.
Grünau. Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal. Max Gontchar, Parkstr. 6.
Karlshorst. Richard Käter, Mühlstr. 9, II.
Köpenick. Emil Wöhler, Klegerstr. 6, Laden.
Lichtenberg. Otto Seifert, Baitzstr. 1.
Nieder-Schöneweide. W. Haruh, Brüdenstr. 10.
Nowawes. Wilhelm Jappe, Lutherstr. 2.
Ober-Schöneweide. Alfred Bader, Wilhelmshagenstr. 17, Laden.
Pankow. Otto Rihmann, Mühlstr. 30.
Reinickendorf. F. Gurich, Provinzialstr. 56, Laden.
Neukölln. W. Heinrich, Weststr. 2. Conrad, Hermannstr. 50.
G. Rohr, Siegfriedstr. 28/29.
Rummelsburg. A. Heintzmann, III-Bogsgasse 36.
Schöneberg. Wilhelm Bäumer, Martin-Luther-Str. 69 im Laden.
Spandau. Köppen, Breitenstr. 54.
Steglitz. S. Bernice, Alsenstr. 5.
Tempelhof. Joh. Krohn, Dorststr. 62.
Treptow. Robert Gramenz, Kleingartenstr. 412, Laden.
Weißensee. Hubmann, Sedanstr. 103. Schiller, Berliner Allee 253.
Wilmerdorf. Paul Schubert, Wilmersauer Str.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 1987, 1230, 9714, 183.
Donnerstag, den 19. Februar, abends 7 Uhr, in den Musikersaal, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m (großer Saal):
Versammlung
der
Eisen-, Metall- und Revolverdreher sowie Rundschleifer.
Die Tagesordnung wird von den Vertrauensleuten bekannt gegeben.
Jeder Kollege hat Zutritt. Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Produktenhändler und -Händlerinnen.
Freitag, den 20. Februar 1914, abends 9 Uhr
in den „Borussia-Sälen“, Ackerstraße 6-7:
Öffentl. Versammlung
aller Produzenten und -Händlerinnen.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn Justizrats Mattersdorf. — 2. Diskussion.
3. Verschiedenes. 282/16
Zur Dedung der Unkosten findet Teller-Sammlung statt. Der Vorstand.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Donnerstag, 19. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Rosenthaler Hof,
Rosenthaler Str. 11/12: 187/3
General-Versammlung
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1913. 2. Jahresbericht 1913. 3. Wahl der Ordreverwaltung. 4. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert. Wer länger als 6 Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, hat keinen Einlaß zu dieser Versammlung.
Die Ortsverwaltung.

Die reellsten und solidesten
MÖBEL
liefert anerkannt Möbelfabrik von Schulz, Reichenberger Straße 5, seit 36 Jahren die mit langjähriger Garantie zu äußerst billigen Kassonpreisen und gegen Zinsvergütung auch auf Teilzahlung. Größte Auswahl in moderner Ausführung in allen Preislagen von 240 bis 10000 M. am Lager.

Heines Werte
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Mohrenstr. 37a
Kolonnenen.
Gr. Frankfurterstr. 115
Trauer-Magazin
Kleider, Hüte etc.
Außerste Preise
Farbige Konfektion
in größtem Maßstabe zu billigsten Preisen
Westmann

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend
E. G. m. b. H. Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstr. 16/26.

Donnerstag Seefische u. grüne Heringe
Ferner offerieren wir Sonnabend
Brathühner 1,50 pro Stück
Selbsteingekochte prima Preiselbeeren a Pfd. 50 Pf.
108/7 Der Vorstand.

Garbáty
Cigaretten
Qualität

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)
für Syphilis, Mann- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Kur (Dauer 12 Tage).
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung. Mäßige Preise.
Sprechst. v. 8—8, Sonntags 9—11.
Ohne jede Auszahlung!!
Keine Rasterer, keine Raten!
Bettwäsche, Teppiche,
Portieren, Bilder, Gardinen,
Stores, Stepp- u. and. Decken.
HATZNER.
Gutfeldstraße Nr. 41.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige daraus Anzug od. Paletot
nach Maß, schnell, dauerhaft. Zahlung
von 25 Mark an. Moritz Laband,
Nehm. Prinsensdamm 8, II. (Stadtb. Bldg.)
Bruchbandagen
Leibbinden, Geradenhalter,
Irrigatoren, Spritzen etc.,
Suspensorien, sowie
alle Artikel z. Krankenpflege
empfiehlt
Fabrikant Pollmann,
jetzt Berlin N., Lothringer Str. 60.
Eigene Werkstatt. Lieferant für
Krankenkass. Fachgem. Bedienung.